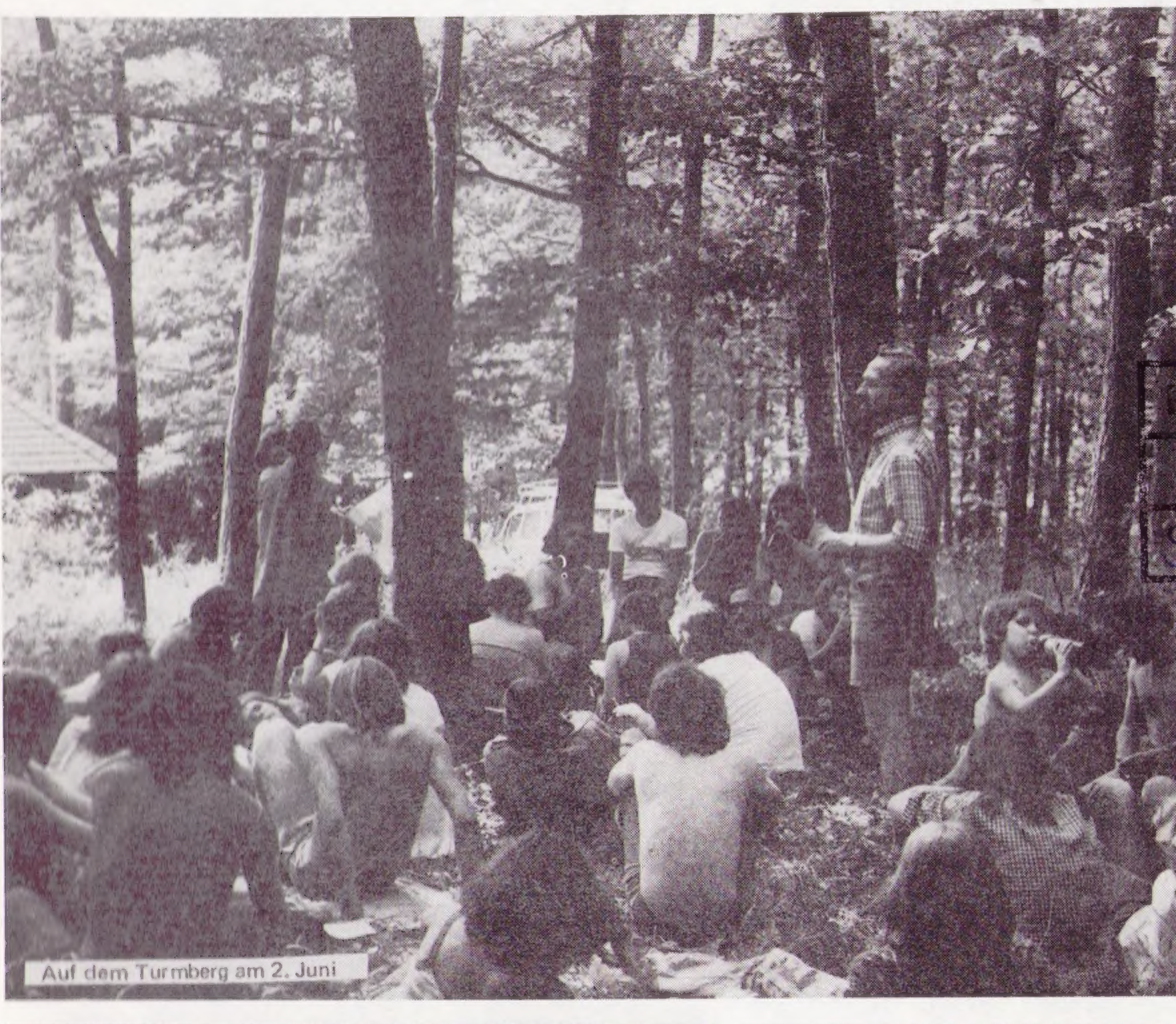
Informations-Dienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

Erscheint wöchentlich ID Nr. 290 13. Juli 1979 1,50 DMincl. 6%MWst. D 1870 CX

Bund-Schuh gegen Daimler-Benz

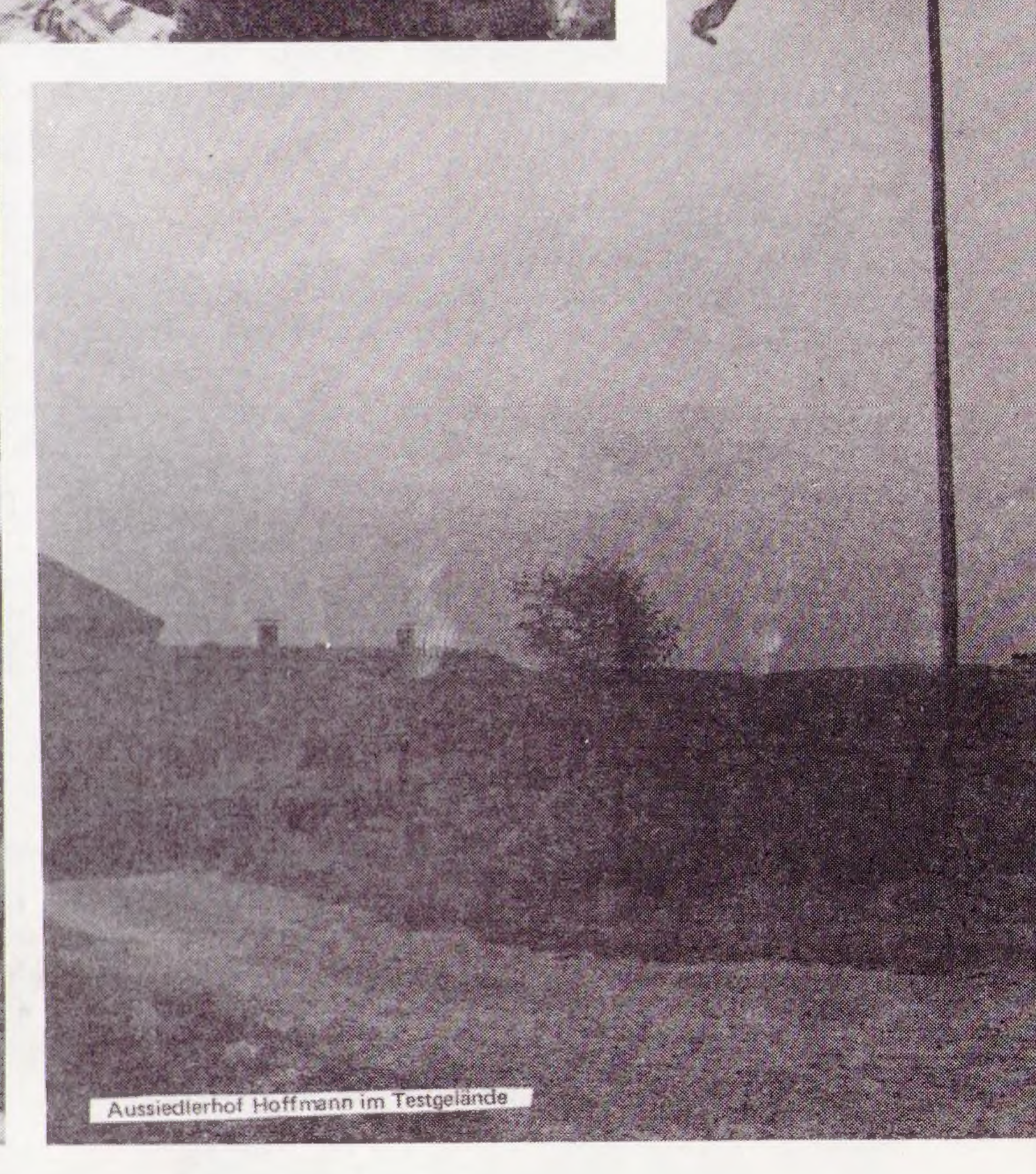
(Seite 5)



Auf dem Turmberg am 2. Juni



Vor der Aufführung der Bauernoper am 30. Juni



Aussiedlerhof Hoffmann im Testgelände



HAUSMITTEILUNG: AM SUMPF AUS DEM ZOPF

Liebe Freunde, so siehts aus

Zur Zeit haben wir ungefähr 35.000 DM Schulden, davon über die Hälfte beim Druckladen. Dem stehen gegenüber 20.000 DM Außenstände, die uns Weiterverkäufer (hauptsächlich Buchläden) im ganzen Bundesgebiet schulden. (Ach ja, fragt doch mal in eurem örtlichen Buchladen, ob er die letzte ID-Rechnung schon bezahlt hat!) Wenn Auflage und Produktionskosten so blieben wie bisher, kämen monatlich je 6.000 DM neue Schulden dazu. Einer der Gründe ist der, daß der ID seit Jahren 1,50 DM kostet, während die Herstellungskosten in dieser Zeit beträchtlich gestiegen sind (Papier, Druck, Postvertrieb u. ä.). Gründe dafür, den ID nicht teurer zu machen gibts genug: Schüler, Jugendzentren, Freaks haben nicht viel Kohle. Über eine Preiserhöhung wollen wir deshalb gar nicht erst reden. A Auch nicht über Anzeigen. Über eine Vergrößerung der Abos viel eher. Das heißt natürlich: einerseits Einsparen, wo möglich, andererseits Geld aus allen möglichen Quellen aufzutreiben und in aller nächster Zeit die Abozahlen wieder dahin zu kriegen, wo sie schon mal waren. **Letzten Samstag hat das ID-Plenum beschlossen: Wir machen weiter, vorerst drei Monate. Wenn wir bis dahin kein Land sehen, müssen wir den Laden zu machen. Und zwar Ende Oktober.**

Was wir tun, um aus der Tinte rauszukommen:
Wir betteln und schnorren bei Leuten, von denen wir denken, daß sie Geld übrig haben. Fazit: Wir kennen verflixt wenig Leute mit Geld. Ergebnisse der Bettelaktion sind bisher vage Zusagen und Absagen.

Vom ID bezahlte Leute suchen sich Jobs, kurz oder längerfristig.

Schuldeneintreiber des ID bereisen die deutschen Lande und langen den bei uns verschuldeten Buchläden in die Kasse. Die erste Reise, bei der Gießen, Köln, Opladen besucht wurden, brachte 514,50 DM Bares und Zusagen für 647,50 DM. Ein Wiederverkäufer in Koblenz, von dem wir noch 2.000 DM zu kriegen haben war kurzfristig nicht aufzutreiben.

Außerdem gibt es Leute, die in Frankfurt eine **Riesen-ID-Fete** planen, mit Musik, Tombola usw. und das in der Urlaubszeit, aber: wir haben uns die Zeit nicht ausgesucht. Dort wollen wir alles verkaufen, was nicht angenietet ist: alte IDs, Getränke, Kuchen. Und zu allem Überfluß auch noch Eintritt kassieren. Musikgruppen, Leute, denen etwas zum Fest einfällt, was uns nichts kostet, können sich sofort bei uns melden. Aber bitte bis spätestens Mittwoch, den 18. Juli, da wir sonst in Terminschwierigkeiten kommen.

Außerdem haben ein paar befreundete Leute im besoffenen Kopf ausgeheckt, eine Sponti-Dampfer-Fahrt auf dem Rhein und auf der Spree zu machen.

Aber, ohne euch gehts nicht. Die Diskussionen der letzten Wochen haben ergeben, daß wir die Misere unseres Auflagenschwundes nicht nur auf die TAZ schieben können. Zum Teil liegts auch daran, daß wir die Leute, die bei uns schreiben, nicht genügend gepflegt haben. Das heißt, wir haben zu viele Berichte vom Leuten abgedruckt, die mies geschrieben und lieblos gemacht waren. Und zwar von Leuten, won denen

macht waren. Und zwar von Leuten, von denen wir wissen, das sie's besser könnten. Zu ihrem und unserem Wohle hätten wir öfter sagen sollen: Machts doch bitte noch mal. Wir sind zu wenig gereist und haben mit Leuten zu wenig über den ID, über Medien, über das, was Zeitung sein kann, geredet. Wird der ID überhaupt noch gebraucht? Was unterscheidet ihn von der TAZ? Dazu sind in den letzten zwei Wochen etliche — noch nicht ganz ausgegorene — Papiere entstanden.

Was ihr, die IID-Leser, tun könnt:
Auf unsere letzte Hausmitteilung gibts auch schon die verschiedensten Reaktionen, und Einfälle. ID-Abonnenten(innen) wollen ihre zu Hause gestapelten IDs an Freunde weiterverschenken, um ihn bekannt zu machen. Der „Regenbogen", Zeitung in Oberbayern, will den ID in seinem Blatt vorstellen und schon einer unserer ID-Freiabonnenten will seinen ID rückwirkend bezahlen. Was übrigens eine gute Idee ist, denn wir verschicken genau 326 Freiabos. Die meisten davon gehen in die Knäste. Trotzdem gibts einige, die den ID seit Jahren zum Nulltarif kriegen, die mal ihr Konto überprüfen sollten. Außerdem könnte die die gute alte Idee vom Knast-Paten-Abo wieder aufleben. Wer will Pate werden?

Der TOP-Vorschlag ist natürlich: jeder Abonnent spendet 5 Märker und die Lage sieht wieder viel rosiger aus.

Das allermindeste, was ihr tun könnt:
Euer Abo verlängern, bevor ihr in die Ferien fahrt!



NEUES AUS DEM BILDERDIENST

Wir haben Bilder von:
- der Besetzung der B8 in Kelkheim/Taunus. Dort wurde auf der Trasse ein "Naturdorf" errichtet, mehrere Hütten und ein großes Rundhaus.

- Bundschuhfest in Schwabhausen, Solidaritätsfest der Bundschuhgenossenschaft gegen die geplante Teststrecke der Mercedes Benz.

- Aufnahmen der Marienhütte in Großauheim. Dieser Betrieb wird geschlossen, 500 Menschen arbeitslos. Ein Bericht folgt im nächsten ID.
- Straßentheater/Chaostheater/Clownerien.
  Circus Rigolo beim Gemeinschaftsfest der Jugendzentren in Selbstverwaltung im Laubacher Steinbruch.
  Karl Naps Chaos Theater mit Bildern von Stücken, Das Polizeifest und Scens aus der Scene. Sowie Bilder verschiedener Straßentheatergruppen z.B. Klaus der Geiger, Buff–Straßenmusikanten, Von Rock gegen Rechts, Udo Lindenberg, Oktopus usw.

Bestelladresse:
ID–Bilderdienst, Postfach: 900 343, 6 Frankfurt 90

LEOS'S ZEITUNG – EIN DICKES DING

"Also wirklich, das ist doch ein dickes Ding!" dachte ich, nachdem mich ein wildfremder Mann in eine Straßenbahn gezerrt hatte, die Richtung Mainz-Bretzenheim fuhr. Kurz vorher stand ich nämlich noch völlig ahnungslos am Mainzer Bahnhof und erfreute mich meines Tourist-Seins.

Er wies sich als Angestellter der Frankfurter Zoos aus (Abteilung Zuwachs und Sicherheit) und verlangte geradewegsheraus a) einen ausführlichen Bericht über "das Verhalten von gemeinen Frischlingen vor und nach der Geburt", sowie b) "neueste Ergebnisse über das Paarungsverhalten intellektueller Delphine". Ich staunte Apfelsinen. Vorsichtig, um ihn nicht zu verärgern, bemerkte ich, daß ich weder Archäologe noch Schmeeterlingsjäger sei, sondern nur ein einfacher, kameraabhängiger Tourist.

Außerdem fügte ich schnell hinzu – gewissermaßen als Kompromiß –, daß ich unter bestimmten Umständen bereit sei, ihm eine Story über "die Ängste des Fußgängers beim Überqueren einer stark befahrenen Straße" zu liefern. Schließlich kenne ich mich auf diesem Gebiet prima aus. Der Fremde jedoch nur autoritär: " Es hat hier zwei Möglichkeiten, (so sagen die Mainzer; grammatikalisch korrekt müßte es aber lauten: 'es gibt hier ...') entweder sie liefern die Berichte, oder nicht!"

Derart vor die Alternative gestellt, konnte ich nur noch schlukken. Er aber setzte mir unverschämterweise seine Aktentasche an die Kehle, um mir zu drohen. Da ich ihm aber meinerseits kräftig auf den Fuß trat, sprang er empört aus der fahrenden Straßenbahn. Nachdenklich starrte ich nun auf den Band "Brehms Tierleben, von d bis f" unter meinem Arm; das Buch hatte ich billig auf einem Flohmarkt erstanden. Hatte der Typ mich etwa mit Prof. B. Grzimek verwechselt?
Aus Angst, der Frankfurter Zoo könnte mir dennoch seine Gorillas auf den Hals hetzen, vertelefonierte ich unzählige Einheiten, und so erhielt ich per Zufall eine ganze Sendung gestreifter Frischlinge aus Berlin-Moabit, die dort von dem Wachpersonal als Maskottchen gehalten werden. (Weil diese nämlich auch noch in ihrer Freizeit etwas vertrautes, gitternusterartiges vor Augen haben wollen).

Auch schrieb ich sofort an Flipper, aber durch einen Onkel aus Amerika erfuhr ich, daß Flipper weder Autogramme geben, noch Fragen über seine sexuellen Techniken beantworten würde. Das sah ich zwar ein, schwor mir aber trotzdem, dieses arrogante Meerungeheuer bei passender Gelegenheit zu vergiften.

In meiner Not wandte ich mich daraufhin an einen dieser bekannten Bestseller-Autoren. Wie hieß er doch gleich? Jeremias Fimmel, oder war's Heukalyptus Sonsalik? ? – Namen kann ich mir einfach nicht merken! Jedenfalls – ich engagierte einen von diesen Profis als Ghostwriter. Er lieferte mir aber nicht den gewünschten Forschungsbericht, (obwohl ich immer gedacht hatte, Schreiberlinge könnten sowas auch) sondern er präsentierte mir innerhalb weniger Tage voller Stolz eine erstklassige, herzzerreißende 'Love-Story' zwischen einem Frischling und einer jungen Delphinin. Gewürzt mit Spionage und ein paar Toten. Der Titel: "Liebe zwischen Strand und Brandung". Das Buch wurde natürlich prompt ein Bestseller.

Vom Frankfurter Zoo hörte ich seitdem übrigens nie wieder etwas.

Helmut Bambynek

So, wenn's euch wundert: Das ist die erste Seite einer neuen kleinen Zeitung: leo's Zeitung, die Zeitung für Frischlinge, Delphine und – grüne Nilpferde. Soeben ist die Nr. 00 erschienen, Redaktionsschluß für die Nr. 1 ist der 24. Juli. Die Zeitung wohnt in

Hummelberg 1, 8831 Solnhofen,
und soll von und mit Lesern gemacht werden.

„WIR WOLLEN NICHT EINGEHEN"

Münster 5. Juli Wir, der Verlag Frauenpolitik in Münster, sind ein relativ kleiner Frauenverlag und machen Bücher von Frauen, die Diskussionsgundlage sein können, sollen für Frauen und linke Basisbewegungen. Unser Projekt existiert jetzt 3 Jahre - aber wie lange noch? Bisher konnten wir das Projekt durch kurt- und kürzestfristige Darlehen sowie durch viel zu viel unbezahlte Frauenarbeit aufrechterhalten und weiter ausbauen. Bedingt durch fehlendes Startkapital und große Buchproduktion in 1978 sind uns nun jedoch Verbindlichkeiten entstanden, die wir allein durch unsere Arbeit und den Verkauf der Bücher kurzfristig nicht mehr ein einlösen können.

Wir brauchen kurzgristig 10.000,-- DM, um dises „Finanzierungsloch" abzudecken. Frauen, Genossen: unterstützt uns durch Darlehen oder auch durch Büchergutscheine (ab DM 50,-) - wir wollen nicht eingehen!!!

Nähere Informationen könnt ihr bei uns einholen. (Kto.: Volksbank Münster, 800006400, Stichwort Überleben)
vfp verlag frauenpolitik gmbh, 44 münster, hafenweg 2-4, tel.: 60363



EINLADUNG ZUM VEREIN LINKER BUCHLÄDEN (VLB) NACH KIEL

Freitag, 20.7.: Anreise bis ca. 19.00 Uhr im Buchladen 'Barrikade', dann ziehen wir n paar Ecken weiter in ne Kneipe, also noch keine inhaltlichen Sachen, aber dann ab Samstag, 21.7.: 10.00 Uhr (? !? !? !) Treffen im "Lutterbecker" in Lutterbeck. Sonntag, 22.7.: 10.00 Uhr . . . .

Zur Arbeit steht u.a. an:

Vorbereitung National — VLB; Wein-verteiler Nord, Informationsaustausch, Aufbau eines selbigen Selbstverständnisses VLB — ökonomisches — Verhältnis zu linken Verlagen; Desinteresse der linken Verlage am VLB mit wenigen Ausnahmen; der hinkende Fuß des VLB: die Ökonomie; oder: über Geld wird nur geredet, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist (Trikont); müssen Linke bei Linken drucken, ausliefern, verkaufen . . . ? Ökonomische Benachteiligung von linken Läden gegenüber Großabnehmer Montanus, der Sonderrabatte erhält.

All diese Punkte führten in Oldenburg am Sonntagnachmittag im trauten Kreise auf ein Gespräch mit glorreichen Ideen, ausgehend von dem Gefühl, daß die linken Buchhandlungen scheints nur noch die nützlichen Idioten für die linken Verlage sind — mit Ausnahmen. Wo die Sova—Verlage laut Richter in Dortmund ca 50 % über die linken Buchhandlungen verkaufen und Wagenbach/Rotbuch gut 30 % — wir also ein großer bzw. entscheidender ökonomischer Faktor sind.

Als Maßnahme tauchte dann zum Schluß in Oldenburg die Idee der "Linken—Einkaufskooperative" ("LEC"(?)) auf; d.h. wir, die linken Buchläden treten als Einkaufskette auf, also als Großabnehmer, um

a) von bürgerlichen Verlagen die normalen Großabnehmer—Konditionen zu erhalten
b) die linken Verlage mit Hilfe dieses Druckmittels wieder an den Diskussionstisch zu bringen
c) von den linken Verlagen die gleichen Konditionen zu erhalten wie Montanus.

So, auf daß wir dieses Kind zur Welt bringen !!!!!
WICHTIG
RUFT BITTE AN MIT WIEVIELEN MENSCHEN IHR KOMMT WEGEN DER SCHLAFPLÄTZE UND DES ESSENS: 0431/562115.
FALLS IHR WEITERE IDEEN HABT UND EINEN PLAN ZUR ANREISE BENÖTIGT, BITTE AN UNSERE ADRESSE, WIR MACHEN DANN DEN VERTEILER — FALLS SIE RECHTZEITIG ANKOMMEN!

Mit usw. etc. grüßen Ihre Baustoffhandlung Barrikade — Kiel, Holtenauerstr. 67, Tel. 562115

Huglfing — Wieder eine KDV-Broschüre
Wir haben unsere Kriegsdienstverweigerungs-Broschüre noch einmal aufgelegt, weil sie so gut angekommen ist. "Wie verweigere ich den Kriegsdienst? " Von Erfassung, Musterung, Verweigerung, Begründung, Verhandlung, Widerspruch bis zu Zivildienst. DM 2.- + Porto gegen Vorauszahlung. Ab 10 Stück DM 1,50.- — 52 Seiten. Über: *Regenbogen, Bachstr.15,*

8125 Huglfing, Tel. 08802/ 8282

DREIJAHRESKONFERENZ DER INTERNATIONALEN DER KRIEGSGEGNER

HAMBURG 2. Juli — Unter dem Titel „Der Befreiung entgegen" findet in Sønderborg/ Dänemark vom 12.—18. August die Dreijahreskonferenz der War Resisters International (WRI = Internationale der Kriegsgegner statt. Das Treffen soll Gelegenheit geben, uns über unsere Erfahrungen, Pläne, Ideen auszutauschen und neue Pläne für internale Zusammenarbeit zu machen, die auf die Bekämpfung & Beseitigung von Militarismus und Unterdrückung hinwirken. Die Strategie des Wandels ist das Hauptthema der Konferenz. In den Arbeitskreisen und Vollversammlungen werden u.a. die folgenden Themen behandelt:

- Zivile Verteidigung, Umstellung von Rüstungs- auf zivile Produktion, einseitige Abrüstung, die Anti-Atomkraftbewegung, Widerstand gegen die Wehrpflicht und Kriegsdienstverweigerung, Frauen und Militarismus
- die gewaltlose Bewegung auf Graswurzelebene, z.B. der Kampf der Bauern im Larzac und in Puerto Rico
- die letzten historischen Erfahrungen in der CSSR und in anderen osteuropäischen Ländern, wie auch in Iran, Indien, Lateinamerika und Südafrika
- der Krieg zwischen den sozialistischen Staaten in Südostasien, inwieweit beeinflußt er unsere Anschauung von der Welt und unsere Analyse der imperialistischen Strukturen

Zu diesem 1. Teil des Treffens (12.—15.) sind alle Mitglieder, Freunde, Interessierten und Sympathisanten herzliche eingeladen; der 2. Teil der Konferenz ist den Mitgliedern und Vertretern der nationalen Sektionen der WRI zur Ausarbeitung ihres weiteren Programmes vorbehalten.

Nähere Information über Teilnahme, Mitwirkungsmöglichkeiten und Anmeldeformalitäten: Internationale der Kriegsgegner/ telefonische Durchwahl von der BRD: 0032-2-648.52.20.

HERAUSGEBER
Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90, Postfach 900343,
Tel.: 0611/ 704 352
Redaktionsschluß: Donnerstag, 16 Uhr
Druck: Druckladen GmbH, Hamburger Allee 45
Verantwortlicher Redakteur: Richard Herding

Zum Fall Niko Hübner

DIE POLITISCHE VERMARKTUNG EINES KRIEGSDIENSTGEGNERS

BERLIN 3. Juli — *Jochen Lange, stellvertretender Vorsitzender der Deutschen Friedensgesellschaft — Vereinigte Kriegsdienstgegner e.V., schreibt zum Fall des in der DDR inhaftierten Kriegsdienstverweigerers Niko Hübner:*

Der Ost-Berliner Kriegsdienstverweigerer Niko Hübner hat den erstmals verliehenen "Konrad—Adenauer—Freiheitspreis"

der Deutschland–Stiftung e.V. erhalten. Begründung: "Für seine mutige Haltung und sein unbeugsames Eintreten für Freiheit, Recht und Einheit aller Deutschen". Die Preisverleihung soll – zusammen mit einem Scheck über DM 10 000,- bis zu Hübners Freilassung in Verwahrung genommen werden – von Franz–Josef Strauß.

Eine größere Unverschämtheit ist kaum noch denkbar.

Da weigert sich ein junger, knapp 22-jähriger Mann aus dem Ost–Berliner Bezirk Prenzlauer Berg, seinen "Ehrendienst" in der Nationalen Volksarmee anzutreten. Er macht dies nicht etwa in legalisierter Form als Bausoldat; nein, er verweigert bereits die Erfassung und die Musterung und erklärt, in keiner deutschen Armee Dienst leisten zu wollen. Im Westen würde man ihn einen Totalverweigerer nennen.

Nico Hübner diskutiert über seinen Schritt mit Freunden aus der Evangelischen Kirche, im übrigen der einzige, beschränkte Freiraum, in dem Militärkritik in der DDR formuliert werden kann. Hübner entschließt sich, seine Verweigerung auch mit dem Berlin–Status zu begründen, d.h. er beansprucht den entmilitarisierten Status Groß–Berlins (– wie er im Potsdamer Abkommen festgelegt worden war –), wonach kein Berliner Bürger zum Wehrdienst herangezogen werden darf.

Niko Hübner begeht damit zwei folgenschwere Fehler, die ihn schließlich 5 Jahre Freiheitsstrafe kosten:

– zum einen gibt es dieses Groß–Berlin faktisch nicht mehr, seitdem UDSSR und DDR die vollständige Einbeziehung Ost–Berlins in die DDR vereinbart haben. Die Nationale Volksarmee paradiert auch hier im Stechschritt; die Ost–Berliner Abgeordneten zur DDR–Volkskammer sollen künftig direkt gewählt werden etc.

– zum anderen gibt er mit seiner Berufung auf den Berlin–Status das willkommene Zeichen für eine beispiellose Kampagne reaktionärer Kreise in der BRD und West–Berlin; Spitzenpolitiker aller Parteien "gedenken" Niko Hübners, sein Fall kommt vor den Bundestag und das West–Berliner Abgeordnetenhaus; ehemalige Luftbrückenstrategen setzen sich für Hübner ein, genauso wie die obskure "Gesellschaft für Menschenrechte" und ähnlich gelagerte Vereine. Schließlich: Franz–Josef Strauß legt ein Spar–Strümpferl für Niko Hübner an, woraus dieser sich einen neuen Start im "freien Deutschland" finanzieren kann – wenn er freigelassen wird.

Spätestens hier muß gefragt werden, welche Rolle die westliche Linke im Fall Niko Hübner spielt. Kurz gesagt: eine erbärmliche!

Während für die einen der "Fall Hübner" weit hinter dem Fall des erklärten Kommunisten Rudolf Bahro zurückbleibt (– und die ohnehin spärliche Solidaritätskapazität nicht breiter gestreut werden kann . . . –), ist für die anderen die Lobpreisung Hübners in Springers Medien der letzte Beweis dafür, daß Niko Hübner der leibhaftige Antikommunist an sich sei; seine Vermarktung durch rechte und reaktionäre Kreise wird als eigene und ursprüngliche Absicht hingestellt. Diese "linken" Kreise erweisen sich zum wiederholten Male als moralisch korrumpiert: Niko Hübner sitzt seit über einem Jahr in Haft und kann sich nicht wehren. Er hat nie eine Chance gehabt, sowohl seinen glühenden Verehrern (die ihn brutal für ihre eigenen Zwecke ausnutzen) als auch seinen Kritikern zu antworten.

Es drängt sich hier der Verdacht auf, daß das grundsätzliche Problem des Falles Niko Hübner von beiden Seiten nicht gesehen bzw. höflich übergangen wird:

die Kriegsdienstverweigerung, zumal in der Form der Verweigerung auch staatlich anerkannter Ersatzdienste, bedeutet in allen Staaten der Welt eine eklatante Bedrohung bestehender Herrschaftsstrukturen; alle Staaten, die eine militärische Absicherung benötigen, können Kriegsdienstverweigerer nur solange dulden, wie diese nicht die militärische Einsatzbereitschaft stören.

Im Osten wie im Westen, qualitativ durchaus unterschiedlich, werden Kriegsdienstverweigerer verfolgt. Und beide Seiten taktieren unverdrossen: die einen heissen "gerechte Kriege" östlicherseits unter Umständen gut und treten für die uneingeschränkte Wahrnehmung des Grundrechtes in der BRD ein; die anderen begeistern sich an östlichen Kriegsdienstgegnern und verhindern mit allen Mitteln die freie Wahrnehmung des KDV–Grundrechtes im Westen. Die über 20 000 Kriegsdienstverweigerer in West-Berlin können ein Lied davon singen.

Die Friedfertigkeit eines Staates erweist sich bekanntlich auch darin, wie er „seine" Kreigsdienstverweigerer behandelt.
Niko Hübner ist nicht mehr und nicht weniger als ein konsequenter Verweigerer militärischer „Friedenssicherung".
Er hat nichts anderes verbrochen als Zehntausende seiner Altersgenossen in ganz Europa: der militärischen Herrschaftssicherung und der Kriegsvorbereitung durch Rüstung und Wehrerziehung den Kampf angesagt. Wenn der Begriff der europäischen Friedensbewegung überhaupt real werden sollte, dann durch die konsequente Kriegsdienstverweigerung einzelner und vieler Menschen.
Niemand weiß, wie Niko Hübner –falls er einmal freigelassen wird und die DDR verlassen kann/will, sich verhalten wird; niemand kann ihm allerdings einen Vorwurf machen, wenn er dann erbittert und von 5-jähriger Haft zermürbt, nach München fährt und Straußens 10 000 DM in Empfang nimmt. Es sei denn, Pazifisten, Antimilitaristen und andere Linke werden rechtzeitig zur Stelle sein.

Jochen Lange

Kontakt: DFG-VK Deutsche Friedensgesellschaft, Vereinigte Kriegsdienstgegner e.V., Landesverband Berlin, 1000 Berlin 65, Togostraße 75





Der Seehof. Nach der Vorstellungen der Bundschuh-Genossenschaft soll dieser Hof zum Modell-Betrieb für biologischen Landbau werden.

BUNDSCHUH GEGEN DAIMLER BENZ

SCHWABHAUSEN
Pfingsten 1979

Gehört hatte ich von der Bundschuh-Genossenschaft im April, nach dem Gorleben-Treck. Was ich hörte, war nicht mehr, als daß sich irgendwo in Süddeutschland Bauern zusammengetan hatten, um sich gegen eine Daimler-Benz-Teststrecke auf ihrem Land zu wehren, und daß die Gründung der Genossenschaft etwas mit dem biologischen Landbau zu tun haben sollte. Ich wußte aus dem Wendland, daß sich die Bauern da als Konsequenz aus dem Widerstand gegen die Atommüllfabrik überlegen, wieviel sie bei sich verändern müssen, um weiter Bauern bleiben zu könne, wie sie es wollen. Deshalb fuhr ich Pfingsten nach Franken.

Schwabhausen in Franken ist eine Gründung schwäbischer Aussiedler. Vier Kilometer entfernt liegt Windischbuch, das einmal Wendisch- oder Wendenbuch hieß. Und fünfzehn Kilometer entfernt liegt Königshofen im Taubertal. Am 2. Juni 1525 wurde auf dem Turmberg bei Königshofen der schon stark zersplitterte „Helle Lichte Haufen" der aufständischen Bauern unter der Fahne mit dem Bundschuh vom Söldnerheer des Bauernjörg geschlagen. Lustig sei es gewesen, wie auf der Schweinehatz, sagten die Sieger später.

— Am 2. Juni 1979 hatte die Bundschuh-Genossenschaft Jugendliche aus den Jugendzentren der Umgebung zur Erinnerung auf den Turmberg eingeladen.

— Beim mühsamen Erinnern an ihre rebellische Tradition fällt Bundschuhlern noch das Jahr 1848 ein. Damals stürmten ihre Vorfahren das Boxberger Amtshaus. Und dem Fürsten von Leiningen, dessen Nachfahre auch jetzt wieder ein Rolle spielt, leerten sie im guten 48er Jahr die Getreidespeicher.

Und das ist der Konflikt, in dem die Geschichte wiederentdeckt wird:

— Im Januar 1978 sickerte es aus den Amtsstuben der Boxberger Stadtverwaltung: Daimler-Benz will zwischen Schwabhausen und Assamstadt eine Hochgeschwindigkeits-Teststrecke bauen. Die Planung dafür war fertig, bevor ein Betroffener je davon gehört hatte. Der Flächenbedarf wird im Moment mit 614 Hektar angegeben, 200 Hektar davon sind der Seehof, im Besitz des Fürsten von Leinigen, der schon verkauft hat. Zu den 614 Hektar kommt noch das Land, das für den Straßenbau drauf geht. Alles bestes Ackerland.

— 5 km lang soll die Teststrecke werden und 1,5 km breit. Eine Bundes- und mehrere Kreisstraßen müßten verlegt werden. Drei Aussiedlerhöfe, erst 1972 gebaut, sollen wieder verschwinden.

Die Aussiedler bekamen zusätzlich zum Kaufpreis ihrer Höfe zunächst 100.000,— DM, später 200.000,— DM geboten. Der Bürgermeister von Boxberg, Zipperle, die baden-württembergische Landesregierung und Daimler verkaufen die Teststrecke mit den Argumenten aller Planer, die Lebensqualität nur in Zahlen ausdrücken können: der Main-Tauber-Kreis sei strukturschwach und die Teststrecke würde 150 neue Arbeitsplätze bringen. 50 Vollerwerbsarbeitsplätze würde sie erst einmal in der Landwirtschaft zerstören.

Aber hinter der Teststrecke scheint noch mehr zu stecken, nämlich eine militärische Anlage. Und das spricht dafür: nicht weit vom Testgelände wird bereits heute ein Nato-Tanklager gebaut, daß an die Teststrecke angeschlossen werden soll und selbst wieder mit dem Nato-Pipeline-Netz verbunden ist; die beiden Längsseiten der Strecke sind parallele, jeweils 4 km lange, mehrfach autobahnbreite Rollbahnen und schließlich soll innerhalb des Areals ein etwa 500 m breiter, pottflacher Betonkreis betoniert werden. Die ganze Anlage wäre ein idealer Flugplatz für Großraumflugzeuge, Nachschubbasis für das mit militärischen Anlagen eh schon gespickte Franken.

Nachdem die Planung bekannt wurde , schlossen sich betroffene Bauern und Grundbesitzer zu einer Interessengemeinschaft zusammen. Bereits die Eintragung der Gemeinschaft ins Vereinsregister wurde von amtlichen Stellen verzögert. Die Erfahrungen im Widerstand führte bald zu anderen Überlegungen:

Die im ersten Jahr des Widerstands gewachsene Basis war zwar solide, erschien uns aber längerfristig gegenüber dem Gespann Daimler/CDU als unzureichend. Es mußte darum gehen, nach der Sprengung der lokalen nun auch die regionalen Grenzen zu überwinden.

Und ein Weiteres erschien uns wichtig: Diese Auseinandersetzung hat in den Köpfen der Beteiligten und in ihren sozialen Kontakten bereits so viel verändert, daß es ein Rückfall wäre, nach Abschluß des Kampfes in einigen Jahren, einfach auseinanderzulaufen.
Der Angriff auf unsere staatsbürgerlichen Rechte muß positiv gewendet werden und auf die Angreifer zurückschlagen!

Im konkreten Fall heißt dies: Die Genossenschaft wird in die Lage versetzt, selbst Land zu erwerben, um es vor dem Beton zu retten. Unsere Satzung sieht vor, dieses Land selbst zu bewirtschaften oder an Genossen zu verpachten.

aus: Bundschuh-Informationsblatt Nr. 2

Über den engen Kreis der betroffenen Bauern und Bürger soll in dieser Genossenschaft jede Einzelperson mit einer Mindesteinlage von 100,— DM Mitglied werden können. Am 11. Januar 1979 wurde dann die Land- und Forstwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft Bundschuh gegründet — deren Eintragung ins Genossenschaftsregister bis heute vom Badischen Genossenschaftsverband verzögert wird.

Überhaupt die Erfahrungen mit der Gegenseite:
— Es geht das Gerücht um, daß die Gemeindevertreter der betroffenen Ortschaften je 35.000,— DM erhalten sollen dafür, daß sie dem Projekt zustimmen und es durchsetzen;
— die Fernsehübertragung einer Diskussion zwischen Daimler-Benz-Vertretern und Bürgern kam erst im dritten Anlauf zustande, und dann geschnitten: das erste Mal wurde eine Minute vor Sendebeginn ein Anschlag auf den Boxberger Sender verübt, beim zweiten Mal blieb dem Sender Langenburg der Strom weg, bis heute haben weder Bundespost noch Süddeutscher Rundfunk Anzeige erstattet; die Bundschuhler warnen alle Initiativen vor Herrn Roderich Klett vom Süddeutschen Rundfunk;
— allerdings wurde die Staatsanwaltschaft in einem anderen Fall aktiv, als nämlich ein Daimler-Vertreter nach einem Besuch in Boxberg seine wichtige Aktentasche vermißte, deren Inhalt auf den unerfindlichen Pfaden der Erdgeister beim Bundschuh auftauchte:

Der 14. Dezember 1978 war ein guter Tag für die Widerstandsbewegung. Alle möglichen Leute waren mal wieder im Schwabhäuser Gemeindehaus zusammengekommen. Nachdem einer der Fremden als Vertreter des Daimler-Benz-Managements entlarvt war, stellte er sich als der neue Daimler-Beauftragte für das „Teststreckenprojekt" vor.

Es kann gesagt werden: Der Daimler'sche Statthalter in Boxberg hatte keinen guten Start. Er erlaubte sich, einem unserer Verbündeten aus dem Daimler-Benz-Betriebsrat unverhüllt zu drohen. Daraufhin war ihm unsere Sprache nicht mehr fein genug und er zog es vor, aus dem Saal zu rennen. Vielleicht glaubte er auch, wir würden mit ihm sonst noch die Sprache sprechen, die alle Herren verstehn...

Wie wir später rekonstruieren konnten, muß er bei seinem überstürzten Aufbruch seine Aktentasche vergessen haben, deren Inhalt uns dann zugespielt wurde.

Was lernen wir daraus?

Wenn Du vorm Feinde fliehst — vergiß die Geheimpapiere nicht!

Nun, das Aktenstudium erwies sich als sehr nützlich, zeigte es doch auf, zu welchen Mitteln die Bonzen greifen müssen.

— Da war von einem Vertrag mit der „Landsiedlung" zu lesen, der dieser „gemeinnützigen Siedlungsgesellschaft des Landes Baden-Württemberg" eine Million DM zusichert, wenn es ihr gelingt, das für die „Teststrecke" erforderliche Gelände für maximal 31 Millionen DM zu erwerben.

— Da waren Aktennotizen von 4-Augen-Gesprächen des Daimler-Benz-Propagandadirektors Helmut Schmidt mit dem evangelischen Landesbischof Heidland zu finden, der sich auch gerne als Brückenbauer zu seinen Gläubigen betätigen würde.

Bei allem Verständnis für die Amtspflichten des hohen geistlichen Herrn — Spaltungsversuche werden nicht geduldet!

Auch Teile der niedrigeren Geistlichkeit werden für Daimler-Benz tätig. Der Pfarrer und CDU-Ortsvorsitzende von Bobstadt, ein Mann namens Raulf, verriet am 20.11.78 dem Daimler-Statthalter Kemna einen seiner Gläubigen, von dem er annahm, er sei aus der Widerstandsfront herauszubrechen. — Dabei hat sich der Tor noch mächtig geirrt.

Wenn wir unseren Pfarrer und BUNDSCHUH-Genossen Pöltl nicht hätten — man könnt' manchmal grad den Glauben verlieren.
(Schwabhäuser Bäuerin)

— Am schlimmsten wurde aber der Übereifer des Boxberger Bürgermeisters Franz Zipperle entlarvt. Der hat doch tatsächlich die ganzen Unternehmer seiner Stadt auf Befehl von Daimler-Benz aufgelistet und dabei Vermerke angebracht wie: „Daimler-Benz-Gegner", „großer Daimler-Benz-Gegner", „beschäftigt Daimler-Benz-Gegner" oder „verwandt zu Aussiedler Hofmann" (einem BUNDSCHUH-Genossen).

Zipperle hat denunziert wie ein Nazi-Blockwart und sieht trotzdem keinen Grund zum Rücktritt.

aus: Bundschuh-Informationsblatt Nr. 2

Die „Landsiedlung", von der in den Papieren die Rede ist, ist eine landeseigene gemeinnützige Siedlungsgesellschaft. Sie hat eigentlich den Zweck, Flurbereinigungsmaßnahmen zu unterstützen, indem sie Land zum Tausch kauft. Das tut sie hier auch, allerdings nicht für die Landwirtschaft, sondern als Strohmann von Daimler-Benz.
Die wegen der Teststrecke notwendige Flurbereinigung wäre dennoch nicht durchzuführen (das Allgemeininteresse fehlt, es geht ja um Daimlers Privatinteresse), wenn nicht die Planer auf einen neuen Trick verfallen wären: die Flurbereinigung wird mit dem Bau neuer Straßen begründet. Der Straßenbau ist aber nur notwendig, wenn die Teststrecke die alten Straßen zerschneidet.

Durch ihre Erfahrungen mit dem Einbruch der Großtechnologie gehen die Bundschuh-Genossenschaftler weiter, als nur Geld zu sammeln für den Kauf von Sperrgrundstücken im Testgelände. Sie sehen den Zusammenhang zwischen einer Technologie, die ihnen die Teststrecke bescherte, und ihrer eigenen Produtionsweise. In Seminaren, die zweimal im Monat stattfinden, informieren sie sich über den biologischen Landbau. Und für den Fall, daß sie die Teststrecke verhindern, haben sie schon eine Alternative für das Argument mit den Arbeitsplätzen: der fürstlich-von-leiningensche Seehof mitten im Areal könnte als biologisches Modellprojekt mindestens so viel Arbeitsplätze schaffen wie die Teststrecke.
Karl Sandra

Unserer Region droht eine Katastrophe wenn die bisherige Entwicklung so weitergeht: Die Region wierd zum Altenheim, weil die Jugendlichen aus Mangel an Ausbildungsplätzen und Arbeitsplätzen die Region verlassen; die Verringerung der Be-

völkerung bei sowieso schon geringer Siedlungsdichte (97 Einwohner pro Quadratkilometer – Bundesdurchschnitt: 250 Einwohner/Quadratkilometer) führt zu einem allmählichen Zusammenbruch der ganzen Infrastruktur (vor allem der sozialen Versorgung, da reduziertes Steueraufkommen unsere Region noch stärker von den Subventionen durch das Land abhängig macht.) Die Entleerung unserer Region, die Nötigung, daß gerade die Kräfte den ländlichen Raum verlassen, die wichtige Entwicklungspotentiale darstellen (Facharbeiter, Jugendliche), die Ohmacht bisheriger Maßnahmen gegen diesen Trend vorzugehen, schafft eine permanente Benachteiligung unserer Region, die so ihren Provinzzustand (als Randregion einer inneren Kolonisation aus der immer nur herausgeholt wird, nämlich Arbeitskräfte und Land) nie verlassen wird. **Unsere Region hat es satt, das Krankenhaus der Großstädter, ein Altersheim ohne Jugend, das Armenhaus der Kommunen, der Mülleiner der Großstädte und der Hinterhof der Industrie zu sein.** Wir wollen die Möglichkeit haben, unseren Fortschritt, den Fortschritt des ländlichen Raumes, selbst zu wählen, ohne verplant zu werden, ohne für fremde Konzerninteressen eingesetzt zu werden, ohne nur billiges Land-Material zu sein, ohne als Bauer einfach liquidiert zu werden. Den Landfrieden haben die Technokraten und die Geldsäcke gebrochen. Von nun an kann es nur noch einen Waffenstillstand geben.

aus: Grundsatzprogramm der Interessengemeinschaft

ÜBER BONZENSCHMUH UND MENSCHENGERECHTE ARBEITSPLÄTZE

Das folgende Gespräch mit Bundschuh-Genossenschaftlern fand am Abend des Pfingstsonntages in Schwabhausen statt. Außer mir und einem Freund, mit dem ich zusammen nach Franken gefahren war, nahmen an dem Gespräch teil: August Weber, Bauer, der zusätzlich im Tiefbau arbeitet und Vorsitzender der Bundschuh-Genossenschaft ist; Walter Rukaber, Gewerbelehrer, Willi Hofmann, Bauer; Hermann Hettinger, Bauerund Vorsitzender der Interessengemeinschaft der Bauern und Grundbesitzer; Frau Rukaber, Hausfrau; Frau Weber, Bäuerin; Rainer Moritz, Bauer und für die regionalen Jugendzentren im Vorstand des Bundschuh, außerdem von der Regionalzeitung Traum-a-Land; Albert Herrenknecht.

Wir haben zuerst über den Namen Bundschuh geredet. Ich wollte wissen, wie gegenwärtig der Bezug zum historischen Bundschuh ist. „Wir könnten ja Nachkommen von denen sein", faßte Herrmann Hettinger die Haltung zu dieser Tradition zusammen. Als wir am 2. Juni auf dem Turmberg bei Königshofen waren, da, wo am selben Tag 1525 der „helle lichte Haufen" der Bauern unter dem Bundschuh geschlagen wurde, waren von den Einheimischen nur wenige da. Mit der Antwort auf diese Frage beginnt das Gespräch:



Ortsausgang von Schwabhausen

Rukaber: Das war eigentlich mehr oder weniger für die Gäste gedacht. Wir kennen ja die historische Landschaft und waren alle schon öfters dort.

Karl: Okay, dann zum Namen Produktionsgenossenschaft. Um überhaupt einen Einblick zu kriegen, warum das Ganze Genossenschaft heißt und was daran Produktionsgenossenschaft ist. . .

Hettinger: Nicht, daß Sie da ein falsches Bild, einen falschen Eindruck kriegen: Das hat mit den Produktionsgenossenschaften in der DDR überhaupt nichts zu tun. Ich meine, das Kind muß einen Namen haben, ob man das so heißt oder so. Und was heißt Produktion? Wenn genügend Geld zusammenkommen würde, um den Seehof kaufen zu können, um Grundstücke kaufen zu können und sie zu bewirtschaften, ohne Düngemittel und so, alles Mögliche könnte man dann über die Genossenschaft laufen lassen. Die Genossenschaft muß auch wirtschaftlich tätig werden. Die kann man ja nicht nur dem Namen nach betreiben. Bis jetzt wehrt man die Eintragung der Genossenschaft auch von höchster Stelle immer wieder ab. Damit die gute Idee nicht zustande kommt. Da ist doch überall Schmuh dahinter. Wir haben damals mit der Interessensgemeinschaft auch ein ganzes Jahr benötigt, bis sie ins Vereinsregister eingetragen wurde. Es ist manchmal nur um einen Kommastrich oder ein i-Pünktle gegangen. Nur um die Sachen hinauszuzögern. Und so machen sie es jetzt auch wieder. Es hängt an der Macht der Bürokratie und des Großkapitals; ob eine Wende im großen Stil herbeigeführt werden kann, ist fraglich.

Unser Problem ist eins von vielen. Denn, ich habe schon bemerkt, daß die ganzen Geldsäcke sich einig sind. Da schafft keiner gegen den anderen. Und im kleinen Volk sind zu viele egostischen Streitereien, da wird zu viel in kleinen Sekten gearbeitet. Und das bringt zu keinem Ziel. Hier muß ein großer ökologischer Zusammenschluß erfolgen, nur so wird es in absehbarer Zeit gelingen, diese großkapitalistischen Geldsäcke aus den Angeln zu heben. Sonst werden wir die Zerstörung der Erde und der Menschen erleben.

Karl: Was würde das bedeuten, ein großer Zusammenschluß?

Hettinger: Ja, ich meine einen großen Zusammenschluß aller menschheitswahrenden Kräfte, man soll das nicht so eng begrenzen. Man hats doch bei den Grünen gesehen, wegen diesem oder jenem Mann hat man sich wieder zersplittert. Das bringt nichts im Großen und Ganzen. Nur eine Einheitsfront kann da zum Sieg verhelfen. Anders sehe ich keinen Erfolg mehr. Denn das Geld hat die große Macht die kaufen wieder viele von den Kleinen auf, und deswegen muß man einfach eine größere Basis herstellen. Und nicht mit dem Grüpple und dem Grüpple, die alle getrennt marschieren, das bringt nichts.

Rukaber: Sprichst du da die alternative Liste an?

Hettinger: Ich habe da keine endgültigen Vorstellungen. Aber ich meine, man müßte auch ab- und zugeben können und es sollte nicht jeder nur auf seine Vorstellungen pochen. So wie die Großen das Geld verbindet, müßte einfach die andere Seite eine gewisse Solidarität verbinden. Solange das nicht zustande kommt, werden wir die nie aus dem Sattel heben können. Dies aber nur mit friedlichen Mitteln. Zu einem Umsturz wie in Persien ist das Volk bei uns nicht bereit, weil sie zu arg geldsüchtig sind. Wir wollen das mal ganz klar und offen aussprechen: so einen Umsturz kann man vielleicht mit Leuten machen, die nicht so vom Geld abhängig sind, ja, noch nie soviel Geld gehabt haben. Bei uns ist der größte Teil des Volkes gewissermaßen verseucht vom Geld und dem ausschweifenden Leben. Und drum ist es so schwer, gegen die Bonzen anzukämpfen.

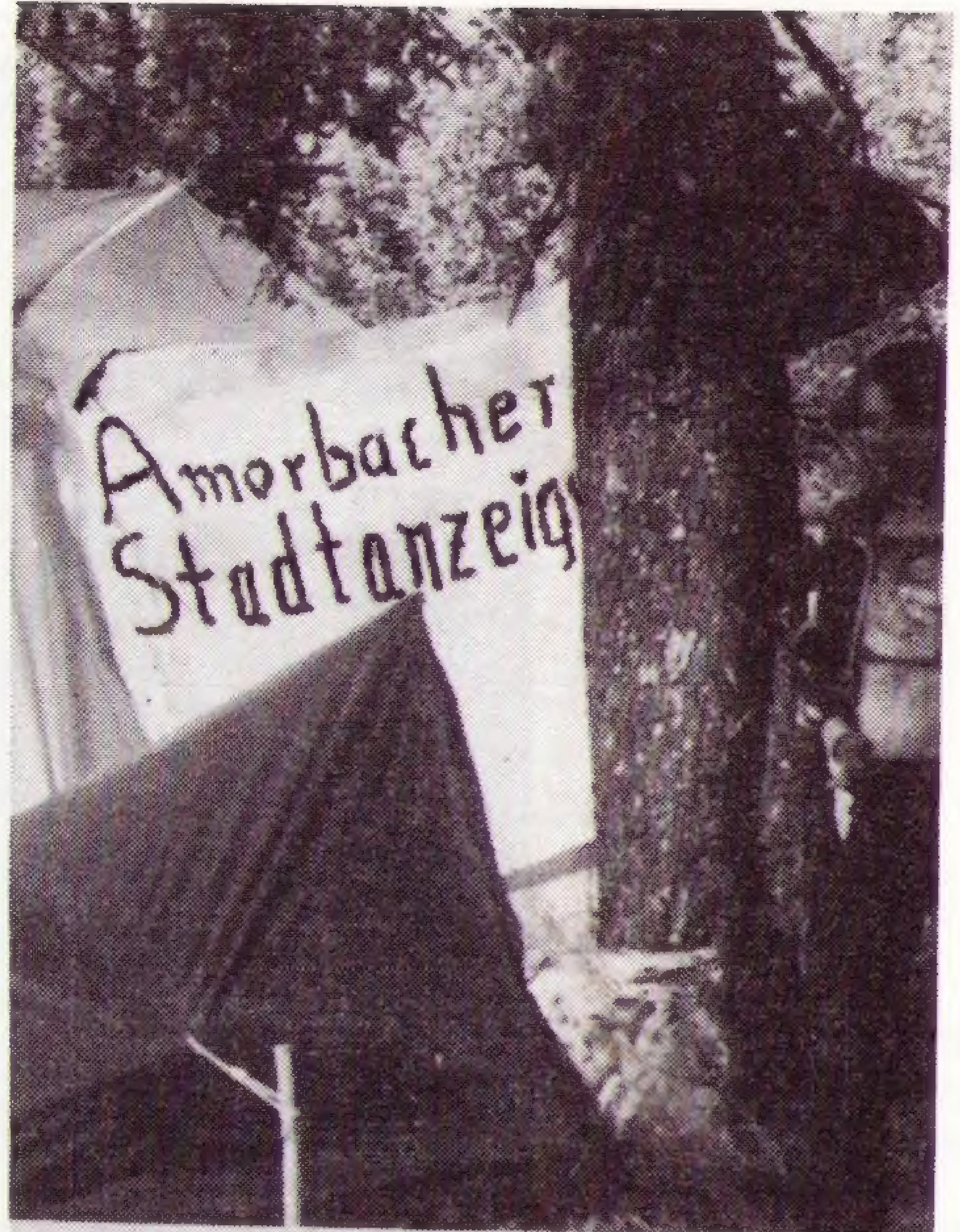
Karl: Nun gibt es ja mehrere Möglichkeiten, so etwas wie einen Zusammenschluß oder Solidarität zu organisieren. Die eine Möglichkeit ist das, was versucht wird über andere Parteien, so wie die Alternative Liste oder die Grünen. Das ist die eine Möglichkeit. Aber eine andere Möglichkeit ist ja die unterhalb der Ebene von Parteien, z.B. auf der Ebene von lokalen Zusammenschlüssen wie der Genossenschaft hier, um dann in Zusammenarbeit mit ähnlichen Anderen zu kommen.

Rukaber: Ja, unsere Vorstellung war eigentlich die, daß wir auch hier Alternativ-Arbeitsplätze schaffen. Weil Daimler mit dem Argument kam, sie schaffen hier Arbeitsplätze. Wir sagen eben: Wenn hier so ein gutes Land ist, dann müßte man versuchen, in diesem Land natürliche Arbeitsplätze zu schaffen, die den Menschen zufriedenstellen und die das gute Land auch ausnützen. In Zusammenarbeit mit dem Biologischen Ring Darmstadt haben wir uns über das Problem Gedanken gemacht. Herr Dr. Chr. v. Wistinghausen (Diplomlandwirt und Fachberater für biologisch-dynamischen Landbau), der ganz in unserer Nähe wohnt, hat uns gesagt:

"Wenn man so einen Hof, wie den Seehof, in die Hand kriegen könnte, als Pachtland oder als Versuchshof, dann könnten wir hier ein richtiges Zentrum für bilogisch-dynamischen Landbau schaffen, und da man ja weiß, daß die Lebensmittel immer schlechter werden, könnte dies ein Kristallisationspunkt für eine breite, neue Lebensmittelproduktion bei uns hier werden. Das wäre dann auch gegen den Trend in der Landwirtschaft, daß die Höfe immer größer werden und daß die Bauern immer mehr mit Kunstdünger arbeiten. Wenn immer weniger Menschen immer größere Höfe bearbeiten werden, zerbrechen diese Bauern durch finanzielle und arbeitsmäßige Überforderung an diesen großen Höfen. Unsere Vorstellungen sind: Menschengerechte Arbeitsplätze, die von zufriedenen Menschen erfüllt werden und die dann gesunde Nahrung schaffen und die Landschaft erhalten.
Nachdem die Leute von hier durch den Widerstand politisch sehr wach geworden sind, sollten sie mit ähnlichen Gruppen aus der ganzen Bundesrepublik, eventuell sogar auch europäischen, zusammenarbeiten, um eine ganz neue Richtung einzuschlagen: sparsames, lebensgerechtes Verhalten. Um die neue Richtung, die ja eigentlich bekannt ist, zum Zug zu bringen, braucht es die Einsicht weiterer Bevölkerungsteile. Es sind natürlich wahnsinnig große Widerstände vorhanden, die Chemieindustrie will ja leben, will gut leben, und von der Landesregierung her wird uns jeder Knüppel in den Weg gelegt, den man nur reinlegen kann.

Karl: Das ist die Zielsetzung der Genossenschaft. Was tut sie dafür?

Rukaber: Wir haben jetzt mal angefangen den Gedanken dieser Anbaumethoden und unsere Zielrichtungen bekannt zu machen. Es laufen hier Kurse über den alternativen Landbau. Auch haben wir schon Angebote von Leuten, die hier gern arbeiten möchten. Wir informieren und verkaufen Anteilscheine, damit wir den Boden retten können und damit wir eigenen Grund und Boden kaufen können. Herr Hettinger hat ja vorhin schon mal die Problematik angesprochen, daß uns von allen staatlichen Stellen starker Widerstand entgegengesetzt wird, weil man den einfachen Weg des schnellen Geldes



Während des Zeltlagers der Jugendzentren zu Pfingsten.
Provinzzeitungen und Jugendzentren arbeiten eng mit dem Bundschuh zusammen.

und den Wahn des ewigen Wirtschaftswchstums, der zum Chaos führt, nicht verlassen möchte.

Karl: Von welchen Stellen und auf welche Art?

Rukaber: Von der Landesregierung und ihren Organen. Wir haben eine Satzung von drei Rechtsanwälten ausarbeiten lassen, wir sind zu dem Genossenschaftsverband nach Karlsruhe gefahren. Die Juristen dort haben sich mit unseren Juristen auseinandergesetzt. Dies und jenes wollten die Herren vom Genossenschaftsverband noch anders haben, wir änderten die Satzung nach deren Wünschen, danach reichten wir die Satzung wieder ein. Es verging viel Zeit und sie schrieben, es sei noch nicht in Ordnung. So geht es seit Wochen hin und her. Die boykottieren also ganz offensichtlich die Genossenschaftseintragung. Sie haben eben Angst davor. Unsere Idee ist ja Neuland.

Hettinger: Wenn man immer betont, es ginge doch dem Bauern nur um seine Äcker, also um sein Eigentum, ist dies nicht korrekt. Es geht hier erst zweitrangig um die persönlichen Existenzen. Selbstverständlich geht es auch darum, aber nicht in erster Linie. Sondern in erster Linie geht es darum, daß hier gutes Land kaputtgemacht wird. Wenn das Projekt zustande kommte, sind mit den Straßen 1000 ha besten Bodens zerstört. Und den verlieren nicht nur wir Bauern, den verlieren wir alle. Den verlieren Sie, und unser ganzes Volk. Falls nach uns noch weitere Generationen leben sollen, dann brauchen die auch noch was zu essen.
Deshalb dürfen wir nicht alles kaputtmachen, vor allem nicht den besten Boden. Ob das Land später noch uns Bauern gehört oder vielleicht einmal kollektiv bewirtschaftet wird, ist zweitrangig, aber zerstört darf es nicht werden. Und wenn man mit dem Arbeitsplatzargument daherkommt, dann möchte ich sagen: Ohne Arbeit kann man leben, die Grossen leben ja auch ohne Arbeit! Aber ohne Nahrung kann keiner leben. Ganz klipp und klar wollen wir das mal sagen: esse und trinke brauche mer, aber schaffe muscht net grade. Wenn die Großen das fertigbringen, dann können wir das auch.

So wie ich das sehe, stehen wir diesen Kampf siegreich durch, da das Recht und die Jugend auf unserer Seite sind. Von den politischen Jugendorganisationen stehen alle hinter uns, außer der Jugen Union. Und auf die müssen wir eben verzichten. Ich sage: Da wo die Jugend steht, da ist auch der Sieg.
Wer uns unterstützen will, der muß sehen, daß unser Problem überall bekannt wird. Damit man alle ökologischen Gruppen dafür gewinnt. Nach einem verlorenen Krieg dauert es ein paar Jährchen, und schon sitzen die Lebensfeinde wieder im Sattel. Die sind immer die Gewinner, egal, ob Krieg oder Frieden herrscht. Wo ein Geschäft zu machen ist, da sind die zu haben. Zersplitterung nützt dem Gegner.
Unsere Gegner wollen uns alle in die linke Ecke stellen. Dies stand schwarz auf weiß in den Fränkischen Nachrichten und in der Tauber-Rundschau. Beim Besuch vonLandwirtschaftsminister Weiser beim Aussiedler Hofmann bezeichnete Weiser alle Anwesenden außer mir, ich war nicht dabei, als Kommunist. Da können Sie sehen, in was für einer guten Gesellschaft Sie sich befinden. . . Keiner von uns ist in einer K-Partei. Da sieht man doch den ganzen Schmuh. Da geht ein Landrat und ein Minister daher und sagen sowas, ja und wenn das in der Zeitung steht, dann glauben das die Dummen auch. Wir hätten die Zeitung verklagt, aber die Gesetze sind so gemacht, daß man die Verbrecher nicht einmal belangen kann, wenn sie so etwas in die Zeitung schreiben.

Das dreckigste Stück ist, wie sich der Bauernverband und teilweise die Kirche verhalten. Ich schäme mich, wenn Städter fragen: Wie verhält sich der Bauernverband? Also wenn alle gegen uns stehen, könnte man dies noch verstehen, aber wenn der Bauernverband, der von uns finanziert wird, sich noch gegen uns stellt, ist dies beschämend. Und wenn Sie fragen, ja, warum machen die denn das, dann will ich Ihnen klar sagen: Fast alle Funktionäre vom Bauernverband sind gleichzeitig CDU-Parteifunktionäre. Und die Parteiinteressen gehen diesen Parasiten vor den Interessen der Berufskollegen. Auf der einen Seite wollen sie Bauernvertreter sein, und dabei sind sie Bauernverräter. Ganz gemeine Bauernverräter. Und was die Kirche betrifft, möchte ich betonen, daß unser Ortspfarrer von Anfang an zu uns steht. Mit allem, was er für uns leisten kann. Die Landeskirche und die verantwortlichen Kirchenfürsten wollen sich so durchmogeln und sich als Brückenbauer betätigen. Auf der einen Seite beschweren sie sich, die Jugend fällt von der Kirche ab, aber auf der anderen Seite sind sie unglaubwürdig. Ich meine, hier müßte auch ein Kirchenführer für die Schöpfung eintreten und kämpfen und nicht grade so mitschwimmen wollen. Der Pastor Niemöller hat sich gegen Hitler erhoben und ist dafür ins KZ gekommen, heute passiert doch niemandem etwas, wenn er sich für das Gute ausspricht. Nicht einmal am Geldbeutel merkt man es. Es hätte ein großes Gewicht, wenn die Kirche nicht zu allem ja und amen sagen würde. Tatsache ist, daß nur wenige Menschen nicht käuflich sind. Und wir sind stolz darauf, daß wir uns nicht kaufen lassen. Das hat die Gegenseite nicht einkalkuliert. Die haben geglaubt, — wie am Beispiel der Aussiedler zu sehen ist, denen haben sie 100 000, dann 200 000 angeboten, und wenn die

Aussiedler noch 1 Million zusätzlich haben wollten, dann geben sie ihnen das auch – jeder Mensch ist käuflich. Daß es Leute gibt, die nicht umfallen für Geld, haben sie nicht geglaubt.
Weber: Ich will mal so sagen, die Kirche, der Landesbischof ist halt ein Bischof für jeden. Aber unser Pfarrer steht auf unsere Seite. Die können ja nicht nur unsere Partei ergreifen, wir sind ein kleines Häufle...
Hettinger: Wenn die Kirche glaubhaft sein will, dann muß sie einfach für die Wahrheit einstehen. Ob da jetzt ein kleines Häufle ist oder ein großes. Hierbei (Ökologie) kann ich nicht nach demokratischen Prinzipien verfahren und sagen, die Masse ist dafür, jetzt muß ich mich auch dazu schlagen. Man kann in dieser Überlebensfrage grundsätzlich nur nach der Wahrheit gehen. Man muß fragen, ob das Problem mit der Bibel zu vereinbaren ist oder nicht. Der Landesbischof hat mir wortwörtlich schwarz auf weiß geschrieben: Nach dem Bibelwort ist diese Sache zu verdammen, aber man muß auch nach politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Interessen fragen. Man muß diesen Schmuh absegnen.
Karl: Aber Schmuh hat er nicht gesagt?
Hettinger: Schmuh habe ich gesagt. Aber ich meine, ich kann doch nicht sagen: Als Wolfgang Heitland (Landesbischof) stehe ich hundertprozentig hinter euch, und als Landesbischof muß ich – das hat er aber gesagt – die Argumente der Gegenseite berücksichtigen, so hat er sich ausgedrückt. Damit Sie es ganz wortgetreu wissen.
Frau Rubaker: Der soll mir mal die Stelle in der Bibel zeigen, wonach das zu verantworten ist.
Rubaker: In der Bibel steht aber: laß dich nicht gelüsten nach deines Nächsten Gut. Und das machen die, die wollen nämlich die Leute vergewaltigen. Die wollen den Leuten das Eigentum abgaunern, man kann ruhig von Gaunern sprechen.
Hettinger: Ja, ich will grade mal auf die CDU zurückgreifen. Die machen doch immer so große Sprüche über breitgestreutes Eigentum. In unserer Sache wird breitgestreutes Eigentum dem kleinen Mann weggenommen und einem nimmersatten Großkonzern einverleibt. So ist die Tatsache. Eine Partei muß doch bei der Wahrheit bleiben. Dann ist doch alles ganz leicht zu lösen. Ich kann einfach nicht verstehen, egal welche Partei das ist, daß man in der heutigen Zeit nur noch mit Schmuh das Volk regieren will. Ich meine, Wahrheit sollte das oberste Ziel der Verantwortlichen sein. Die Leute werden vielleicht schwer zu überzeugen sein. Aber man kann doch nicht, nur um Wahlen zu gewinnen, den Leuten Schmuh vormachen und in Wirklichkeit sehen die Ziele ganz anders aus. Da zeigt man heute, wie Goebbels die Leute verdummt hat. Dabei ist es heute hundertmal schlimmer mit der Leute-Verdummung. Ich war damals noch ein junger Bub. Aber ich weiß, daß damals viele der Leute nicht geglaubt haben, was da unters Volk gemischt worden ist, aber sie mußten schweigen, weil sie Angst um ihr Leben hatten. Aber heute glauben sie der Werbung und wehren sich nicht. Dies wurde durch Verdummen erreicht. In Wirklichkeit werden doch durch die Testanlage mehr Arbeitsplätze kaputtgemacht, als neue entstehen. Niemand hätte doch was dagegen, wenn die einen Fertigungsbetrieb hier in Boxberg oder einem anderen Nachbarschaftsort ansiedeln würden, damit wir wirklich qualifizierte Arbeitsplätze bekommen. Dies könnte man auf relativ kleinem Raum verwirklichen. Wegen 100 Arbeitsplätzen braucht man keine tausend Hektar zu zerstören. Es ist ein Wahn, zu behaupten, die Anlage brächte Vorteile. Die zerstört doch nur.



Bei der Demonstration am 13. Mai

Karl: Wie sollte das mit den anderen Arbeitsplätzen aussehen?
Rubaker: Dr. Christian von Wistingshausen sagt, wenn man den Seehof gewinnen könnte, würde sein Bruder als Pächter auftreten. Durch biologisch-dynamischen Landbau würde man zahlenmäßig dieselben Arbeitsplätze schaffen, wie sie Daimler angibt. Beim biologischen Landbau kann man die Arbeitsplätze ständig steigern. Er sagt, erst baut man die Grobfrucht dann kommt der Gemüsebau. Später kann man einen Unterglasbau betreiben. Es besteht ein permanenter Ausbau.
Karl: Dabei ist zunächst erstmal gedacht an den Seehof als Projekt für biologisch-dynamischen Landbau? Als Demonstrations- und Versuchsprojekt?
Rukaber: Ja, genau. Den Seehof als großen Versuchshof ausbauen.
Karl: Und wie sieht das mit den Höfen sonst aus? Die Resonanz auf diese Idee bezieht die sich auch auf die eigenen Höfe?
Rukaber: Ja, zur Zeit werden hier Kurse für biologisch-dynamischen Landbau abgehalten, und zwar zweimal jeden Monat. Einige Landwirte haben schon angefangen das Gelernte in die Tat umzusetzen. Statt die Gerste zu spritzen, fahren sie mit der Egge rein. Sie reduzieren auch die Düngergabe. Das Interesse ist sehr stark, die Umstellungszeit dauert jedoch Jahre.
Hettinger: Theorie und Praxis müssen gekoppelt werden, jede neue Idee muß mal angeschoben werden, damit sie auch ins Laufen kommt. Vorrangig ist jetzt, erstmal dieses Daimler-Projekt abzuschlagen, dann können wir uns voll und ganz auf die gesunde Erzeugungsweise konzentrieren.

Ich meine, wenn wir grad den Kunstdünger und das Spritzen anführen, muß man sagen, das haben ja nicht die Bauern erfunden, sondern ja auch die Großindustrie. Und die Anwendung wird den jungen Bauern über die Landwirtschaftsschule immer wieder eingeimpft, und die Lehrer werden von der Chemieindustrie unterrichtet. Früher hat man ja keinen Dünger gesehen. Es ist auch nicht gespritzt worden. Ich erinnere mich gut, daß dies erst nach dem Krieg so langsam angelaufen ist. Diese Wirtschaftsweise ist uns immer wieder eingeimpft worden. Um in die neue Richtung zu lenken müßte der Staat über die Landwirtschaftsschulen mehr Einfluß nehmen. Ich meine, man sollte die biologische Anbauweise auf breiter Basis wieder einführen, das muß kommen, wenn wir den Krebs bekämpfen wollen.
Karl: Bezieht sich jetzt der Widerstand ausschließlich auf die Testrecke oder ist das ein Widerstand überhaupt gegen solche Formen industrieller Großansiedlungen?
Rukaber: Primär gehts darum, daß die Verhältnisse überhaupt nicht stimmen. Wenn hier einer käme und würde eine Fabrik hinstellen, auf schlechte Böden, würde er das Land kriegen. Wenn es wirklich ökologisch und ökonomisch vernünftig wäre. Wäre es ein ähnliches Projekt, das für die Bevölkerung auch nichts bringen würde, z.B. ein Chemiewerk, das die ganze Gegend verseucht, und nur hier rausgesetzt wird, weil es im Ballungsgebiet nicht mehr untergebracht werden kann, dann wär der Widerstand genauso groß. Das Fatale ist, daß die Multis versuchen, Projekte, die sie nirgends mehr unterkriegen, zu den dummen Bauern rauszulegen, und dann noch in das beste Land rein. Wir sind nicht gegen ein Unternehmen, das hier einen umweltfreundlichen Fertigungsbetrieb herlegen würde, wobei dann alle möglichen Berufe vertreten sind und wobei der Flächenbedarf in einem vernünftigen Verhältnis



zu den Arbeitsplätzen steht. Die würden hier bestimmt landen können, jederzeit. Aber die Teststrecke ist ja ein Wahnsinnsprojekt, sie bringt für uns Menschen nichts, sie zerstört nur.
Hofmann: Ich will auch mal dazu was sagen. Am 7.Januar 1978 zeigten sie abends im Fernsehen, wie im Dritten Reich das VW-Werk in Wolfsburg gebaut worden ist. Am 7.Januar war das. Am 10. Januar ist bei uns durchgesickert, also drei Tage später, daß Mercedes hier auf dem Seehof bauen will. So hieß es. Wir haben dann drüber geredet und ich habe gesagt: ihr müßt euch das so vorstellen, wie das da vorgestern im Fernsehen gezeigt wurde. Wenn die da ein Werk herbauen, vielleicht mit tausend oder ein paar tausend Arbeitern, dann ist das eine gute Sache. Auf dem Seehof hat es geheißen. Zuerst wurde von 200 bis 250 Hektar gesprochen. Und so hat sich das fortentwickelt bis zu 620 im Ring. Die Landesregierung hat sich in dem Fall ganz schlecht benommen. Wenn ich so ein großes Projekt bauen will – aus meiner Sicht ist das Ganze eine militärische Anlage – dann muß ich in ein dünn besiedeltes Gebiet. Wenn dann etwas passiert, trifft es nicht soviele. Wenn ein Sportflugzeug abstürzt, dann sind zwei oder drei Mann zu beklagen. Wenn aber so eine DC-10 abstürzt, dann sind gleich 280 kaputt. So ist das in unserem Fall auch zu sehen. Bei uns trifft es ja nur wenige.
Karl: Ich möchte noch gern Ihre Reaktion auf das Wort 'strukturschwach' wissen. Die Sache mit den strukturschwachen Gebieten. Das ist ja immer das Argument, wenn so etwas gebaut werden soll, ob Atomkraftwerk oder hier die Teststrecke. Immer wird gesagt, das seien strukturschwache Gebiete. Empfinden Sie sich hier als strukturschwach?
Hofmann: Wir wohnen in einem Gebiet, in dem man noch Lebensmittel hat, d.h. gute Luft, Ruhe und Natur. Natürlich könnte wir hier noch Arbeitsplätze für unsere Kinder gebrauchen, die möchten wir aber nur unter dem Vorbehalt, daß die unsrigen erhalten bleiben und deshalb muß unser gutes Feld geschont werden.
Weber: Ja, und noch was anderes. Strukturschwach. Wir haben ja gar keine Arbeitslosen hier. Wir haben ein paar Arbeitsunwillige, die haben wir, aber Arbeitslose haben wir keine. Wir haben den Zipperle (Bürgermeister von Borberg) ja zuerst angesprochen, weil er gesagt hat, 150 Arbeitsplätze. Da haben wir gesagt: Ja, wenn das 500 oder 1 000 Arbeitsplätze bringen würde, für so eine große Fläche. . . „Ich bringe ja nicht einmal die 150 Leute zusammen" hat er darauf gesagt. Er hat ja keine Leute. Wir haben hier keine Arbeitslosen, manche müssen natürlich bis 20 Kilometer Entfernung zur Arbeit fahren.
Hofmann: Die fahren bei uns die 20 Kilometer wie in Frankfurt auch. Ich habe einen Verwandten in Frankfurt, der fährt jeden Tag nach Wiesbaden. Bei uns kannst du die 20 oder 50 Kilometer in einer halben Stunde fahren, der Frankfurter braucht 1 Stunde.
Karl: Aber Sie sagten jetzt auf das Wort strukturschwach, daß hier ja gar keine Arbeitslosen sind. Genau das ist aber die Definition der Planer. So wie das Wort gebraucht wird, hängt es sich gerade an solchen Argumenten auf, Arbeitslose, Straßen, oder sonst was. Gibt es nicht umgekehrt für Sie etwas, wo Sie sagen: Im Gegenteil, unsere Gegend ist sehr strukturstark, weil wir Sachen haben, die es woanders gar nicht mehr gibt?
Hettinger: Ja, das will ich Ihnen sagen. Das mit strukturschwach, das ist genauso Lüge wie mit Arbeitsplätzen. Das ist auch nur wieder Verdummung. Da wird den Leuten so ein Schlagwort vorgeredet, so ein Wort, von irgendwoher geholt, viele können das gar nicht richtig verstehen. Wenn man sagt, die Ballungsräume, da gibts mehr Geld, die sind strukturstark. so ist dies nicht objektiv: Jetzt wollen wir mal ganz nüchtern rechnen. Wer jetzt mehr hat. Vom Geld, vom Leben. Die in den Ballungsgebieten haben viel Geld. Die Leute müssen aber Woche für Woche sich in ihr Auto setzen, und müssen hunderte von Kilometern weit fahren, damit sie sich erholen können, sie müssen es, weil sie es nicht aushalten können, längere Zeit in den Ballungsräumen zu leben.
Wenn die Leute hier weniger verdienen, haben sie auch die Natur rund um sich herum, die brauchen nicht jedes Wochenende wegfahren. Man kann auch wegfahren, aber man muß es nicht. Also, wem bleibt jetzt am meisten übrig, den Leuten in den Ballungsgebieten, die viel wieder ausgeben müssen, damit sie irgendwo Erholung finden oder wir, die wir die Erholung kostenlos haben? Man muß auch mal die Überlegung anstellen. Das mit dem strukturschwach ist auch wieder so ein Bonzen- und Bürokratenschmuh.
Rukaber: Hochindustrialisierte Gegenden sind doch eigentlich strukturschwach. Wir wollen das Ruhrgebiet als Beispiel betrachten, als die Kohle nicht mehr so zu verkaufen war. Man sah dort eigentlich ein strukturschwaches Gebiet. Kommt eine Krisenzeit, dann fallen solche Gebiete in sich zusammen. Das gibt ja eine Not, die unvorstellbar ist. In unserem weiten Raum, in dem die Menschen nicht so konzentriert wohnen, sind wir nicht so abhängig von den Technologien wie in großen Gebieten, wir sind doch viel überlebensfähiger. Ich halte es auch für Blödsinn, wenn man sagt, strukturstark. Was ist denn, wenn man in so einem Ruhrgebiet drin ist? Man hat doch schon oft gesehen, was in Krisenzeiten los ist, alles rennt dann aufs Land und die Krisen kommen wieder und ich glaube, daß wir kurz vor Krisen allergrößten Ausmasses sind.
Hettinger: Wären die ländlichen Gebiete nicht dagewesen, wieviele Leute hätten den Krieg gar nicht überstanden?
Rukaber: Die Vermassung ist Voraussetzung für Strukturschwäche. Was man als europäisches Ziel vorhat, wenn man plant: hier Industriestaat, da Weinland, dort Käseland, dort weiß der Kuckuck was. Das ist eigentlich Strukturschwäche, Schaffung solcher Monokulturen. Und das ist der Vorteil auf dem Land, man hat keine Monokulturen, vorausgesetzt, man rottet den Mittelstand nicht weiter aus, sondern baut ihn wieder auf.
Karl: Es gibt auch ländliche Gebiete, wo es mit Volldampf versucht wird, Monokulturen zu schaffen. Auch die Monokulturen in der Landwirtschaft wachsen.
Rukaber: Ja, der Wahnsinn, den ich dahinter sehe, ist der, daß man die ganzen mittelständischen Betriebe kaputtmacht. Daß man die kleinen Geschäfte und die kleinen Handwerksbetriebe zerstört, indem man die großen Supermärkte baut, die großen Industrien schafft. Dies bringt eigentlich Strukturschwäche.



Karl: Gibt es zu Ihren Vorstellungen einer anderen Art Landwirtschaft auch noch die Überlegungen, wie diese Kleinbetriebe, Handwerker und so einbezogen werden können? Welche Funktion die dabei haben könnten?
Rukaber: An diesen Vorstellungen über die Veränderungen in der Landwirtschaft hängt ja automatisch ein ganzer Rattenschwanz dran. Die Produkte können dann selber vermarktet werden. Da können Stände und Läden aufgemacht werden. Da gibt es dann wieder Zulieferer. Da wäre also schon einiges drin. Aber das würde eben voraussetzen, den Begriff „Small is beautiful" zu verwirklichen, das man wieder zu einem anderen Lebensstil kommt. Und das würde ich für sinnvoll halten. Leben, um zu leben und nicht arbeiten, um die Grundlagen des Lebens zu zerstören.



Am 30. Juni führte die Badische Landesbühne „Die Bauernoper" in Schwabhausen auf. Bürgermeister Zipperlei hatte die Umpfertal-Halle in Bocksberg gesperrt. So fand die Aufführung unter freiem Himmel statt.

"WAS WILL MAN VON EINEM BAUERNVERTRETER ANDERES ERWARTEN!"

Besuch des Baden-Württembergischen Landwirtschaftsministers Weiser bei Bundschuh-Bauern.

Im Mai 1979 begab sich der Baden-Württembergische Landwirtschaftsminister Weiser auf Tournee. Die Bundschuh-Bauern sollten beruhigt werden. Weil aber der Minister es nicht für nötig oder geboten hielt, ins Zentrum des Widerstandes, nach Schwabhausen zu den Bauern zu fahren, hielten es die Bauern umgekehrt nicht für nötig, die in Boxberg , der nächsten Stadt angesetzte Großveranstaltung zu besuchen. So hätten sich denn beinahe der Landwirtschaftsminister und die unmittelbar betroffenen Bauern gar nicht getroffen, wenn nicht der Minister auch noch geplant hätte, die Aussiedler, deren Höfe mitten im geplanten Testgelände liegen, aufzusuchen. Jeden für sich, versteht sich.
Die gute Stube auf dem Aussiedlerhof Hoffmann war proppenvoll, als die Delegation um den Minister Weiser eintraf. Deren Verwunderung über die vielen Bauern war groß, denn von außen war das nicht zu sehen gewesen: die Bauern hatten ihre Autos in Scheunen, Silos und Schuppen versteckt.

Daß zu diesem Besuch auch die Schnüffelei der grünen Begleitmannschaft auf dem Hof gehört, ist schon so normal wie die Bedrohung eines Fotografen mit der Pistole.

Der Besuch verlief sehr turbulent. Selten durfte Weiser ausreden, und ruhig war es die ganze Zeit nicht, zaghaft gesagt.

Die folgenden Auszüge sind vom Band abgetippt und geben nur einen schwachen Eindruck. Ich kann die einzelnen Leute nicht unterscheiden. Deshalb steht meistens nur Bauer, Bäuerin oder Delegation da. Die Ausnahmen sind Walter Rukaber, ein Gewerbelehrer und Bundschuh-Mitglied der ersten Stunde, und Weiser, der 'Minister.

Das Gespräch beginnt mit der Überraschung der Delegation über die vielen Leute. Dann Ratlosigkeit — und dann:

Bauernverband: Ja, wie gehts weiter. Herr Hoffmann, wollten Sie etwas sagen oder ...

Bauer Hoffmann: ... also wir selbst bleiben, wo wir sind. Den Hof können Sie sehen, Sie können die Felder sehen, wir werden nie weggehen. Und wenn Sie uns eine Million geben würden für den Hof. Wir haben den Hof jetzt gebaut, da ist so viel Arbeit drin, daß wir bleiben, wo wir sind. Wir haben das beste Land vom Main-Tauber-Kreis, wir bleiben wo wir sind, uns gefällt hier. Wir haben einmal gebaut und das genügt uns.

Bauer: Der Herr Weiser hat doch die Flurbilanz zustellen lassen, dann soll er auch danach handeln. Wenn es auch kein Gesetz ist. Es schockiert uns doch immer wieder: jede Woch lesen wir im Wochenblatt vom Herrn Weiser: nach der Flurbilanz sollen die Flächennutzungspläne aufgestellt werden, und dann macht mans Gegenteil. Liebe Leute, ich sag immer, das ist ein Gaunerstückle, anders kann ich da nimmer sagen, man geht in Schwabhausen ans beste Land. Es gibt doch so viel schlechtes. Wir wollen das niemand aufhalsen. Warum geht man ans beste Land? Da stimmt doch irgend was nicht mehr.

Bauer: Ein Politiker muß das Gegenteil von dem tun, was er sagt. Leider so.

Weiser: Das ist Grundlage von jedem Gespräch: wir sollten uns nicht gegenseitig verdächtigen (Am nächsten Tag stand in der Zeitung, auf dem Hof seien alles Kommunisten gewesen. Als Quelle wurde die Delegation angegeben). Das führt zu nichts. Im Land Baden-Württemberg ...

Bauer: In dem Raum brauchen Sie nicht lange zu suchen: so lange wie wir leben, wird die Teststrecke da nicht gebaut. Nur über unsere Leichen.

Bauer: Herr Weiser, ganz klar.

Weiser: Ob sie gebaut wird oder ob sie nicht gebaut wird, daß habe ich nicht zu entscheiden. Das entscheiden Gerichte, wir sind ein Recht-...

Bauer: Aber Sie sind doch Landwirtschaftsminister! Und kein dings, kein Industrie-Unternehmer! Sie müssen doch für die Landwirtschaft sorgen. Wenn ich so'n großes Projekt bauen will, dann gehe ich doch in ein schlechtes Gelände, und nicht ins beste Gelände vom Main-Tauber-Kreis. Glauben Sie, wenn das Ding was bringen würde, hätte es Boxberg gekriegt? Nie, nie im Leben hätte es das, da wär das schon längst gefressen gewese, bis Boxberg aufgewacht wäre.

Bauer: Wir haben Unterlagen vom Raum Rastatt, wo Daimler hinwollte, wir haben Unterlagen von Dinkelsbuehl. Es ist doch 'lächerlich, wenn man hier Struktur verbessern will. Wenn doch Rastatt das Ding genommen hätte, dann hätte man doch hier mit der Strukturverbesserung überhaupt nichts gesagt. Es ist doch lächerlich, man muß es doch mal so sehen,.....

Rukaber: Herr Weiser, Sie haben gesagt, daß es bei der Teststrecke ums Gesamtinteresse geht. Das ist eine Behauptung. Ich stelle die Gegenbehauptung auf. Das hat mit Gesamtinteresse überhaupt nichts zu tun. Überhaupt nichts. Daimler baut die besten Autos, hat die ausgefeiltesten Techniken, warum braucht Daimler im Zeitalter, wo wir zu kleinen Autos hin müssen, zu sparsamen, eine Hochgeschwindigkeitsstrecke für 3oo Stundenkilometer? Warum braucht Daimler eine runde Fläche mit 5oo m Durchmesser? Wozu? Die Firma Opel hat eine Fläche von 1oo m, das ist ein Motodrom, wenn man das sieht. Das ist eine irrsinnige Anlage. Und die Anlage hat mit der Wirtschaftlichkeit von Daimler, mit Arbeitsplätzen, mit diesen Dingen, überhaupt nichts zu tun.
Der Beweis muß erst erbracht werden.

Weiser: Behauptung gegen Behauptung, es wird mir nicht gelingen, Sie zu überzeugen, ich habe das, was ich zu entscheiden habe, an dem zu orientieren, was mir an Fakten, was mir an Daten zugänglich ist, was mir geliefert wird. Sie gehen also davon aus, daß Daimler Millionen investiert, bloß weil es ihnen zu wohl ist. Daimler ist schon jahrelang an dieser Frage ...

Rukaber: Herr Weiser, daß Daimler an diesem Gelände interessiert ist, das ist mir klar. Daimler hat soviel Geld, die können ja gar keine bessere Investition machen, als sich das Land zu kaufen. In einer Zeit, wo alle Werte in der Inflation liegen. Wenn ich Geld hätte...

Weiser: Was hat die Teststrecke für einen realen Wert? Was ist denn das für ein Anlagewert?

Rukaber: Wir wissen nicht, was alles dahintersteckt.

Weiser: Was soll denn das für ein Anlagewert... Sie müssen mal eines ... Sie müssen Mißtrauen abbauen.

Rukaber: Sehen Sie mal, wir haben hier 98% CDU-Wähler, hier drin, aber die Leute, die haben total das Vertrauen zu dieser Partei verloren. Da soll man noch Vertrauen haben, wo überall so viel...

Weiser: Also ich bin bereit, jede sachliche Diskussion zu führen. Ich bin aber nicht bereit, meine Zeit damit zuzubringen, daß grundlose Verdächtigungen ...

Rukaber: (Auf Weisers Zwischenrufe) Nein, nein. Sie haben zuerst gesagt, wieso soll Daimler das hier kaufen und ich habe gesagt, das ist sogar eine gute Geldanlage, das ist ein prima Geschäft. Daimler macht immer ein Geschäft damit und wenn sie überhaupt nichts hier bauen würden. Angenommen. Aber gucken Sie mal, was ich vorhin mit Stückchen und so angesprochen habe: schon wie die Landsiedlung hier eingesetzt wird, Sie wissen doch genauso, daß das widerrechtlich ist. Doch, das ist widerrechtlich. Es geht eindeutig gegen die Satzung der Landsiedlung, was hier gemacht wird.

Bauer: Die Landsiedlung brauchen wir gar nicht groß anzuschneiden, der Landsiedlung gehört sowieso das Handwerk gelegt......

Weiser: Wir haben jetzt im Besitz der Landsiedlung etwa 580 h. Etwa. 614 werden gebraucht...

Bauer: Mit der Straße ... Wenn Ihr das Ding abschließt, sind 1000 Hektar dahin, da braucht ihr uns doch keine Sprüche vorzumachen. Bleiben Sie immer bei den Tatsachen. Von wegen Pacht im Seehof... Immer bei den Tatsachen bleiben. Und nicht lügen. Nicht lügen. (Großes Durcheinander deswegen, weil Weiser den Flächenbedarf runterspielen will). Wenn ich rede ... vorhin hat der Herr Weiser gesagt, er will reden. Wenn ich reden will, will ich reden. ... das ist doch ein Gaunerstück. Das ist doch unmöglich. Das ist ein unmöglicher Fall. — Wenn man die Arbeitslosen nach Berlin schicken will. Da kriegst du Arbeit. Das ist für uns auch, daß wir da raus fahren müßten.

Rukaber: Was uns interessiert, ist, was man mit diesem Gebiet überhaupt vorhat, aber die Wahrheit.

Weiser: Ich bin ja unterbrochen worden, ich wollte es Ihnen ja gerade erklären. Ich habe vorhin gesagt, die Landsiedlung hat 580 h etwa, 614 werden insgesamt gebraucht, davon wird etwa 250 h für die Bebauung gebraucht. Und wenn die Landsiedlung bereits 580 h hat, zusammen mit dem Wald, und es werden 240 etwa bebaut, dann ist sogar noch Fläche gegenüber dem Jetzt-Zustand übrig. (Tumult)

Bauer: Wollt ihr uns für blöd verkaufen? Hä? Dummes Gebabbel.

Landrat: Wir kommen hierher und wissen, daß wir hier nicht großes Gehör finden. Finden uns aber bereit, uns notfalls auch prügeln zu lassen... (Gelächter)

Bäurin: In Bobstadt ist ein Bauer, der hat seine Äcker verkauft, die liegen allerdings nicht im Areal, sondern außerhalb, und nachher, hat er gesagt, ist ihm versprochen worden, daß er immerhin günstig pachten kann. Kriegt er Geld, kann er ein Haus hinstellen, und immerhin ist ihm versprochen worden, kriegt er Land das er pachten kann. Das geht doch den Vollerwerbslandwirten ab.

Bauer: Lug und Betrug!

Bäurin: Herr Weiser, was sie gesagt haben, die 500 ha, die die Landsiedlung gekauft hat, da möchte ich noch was dazu erwähnen: die hat in Bobstadt, ich weiß nicht, wo sie herkommen, Sie kommen sicher da oben rüber von Boxberg, über die Ebene, Sie müssen auch mal über Bobstadt kommen, da gibt es auch andere Äcker, wo wir schaffen. Mit 18er und 15er Boden, wo wir Steine lesen, wochenlang, und diese Äcker dahinten hat die Landsiedlung auch gekauft, und die kriegen dann auch die Bauern. Hier im Ort müssen wir die guten Äcker dem Daimler abgeben, und dafür kriegen wir die. Wir sollen das Maul halten, heißt es, wir würden ja wieder Land dazu kriege. Wir kriegen das Land, wo sie nachher wieder die Straße, den Zubringer nach Mergentheim drüberbauen, verlieren wir ja wieder... da geht doch der Zirkus von neuem wieder los. Es kann doch von uns niemand erwarten, daß wir das Land jetzt in Anspruch nehmen, wo sie in 5 oder in 10 Jahren wieder die Straße durchbauen. Das ist doch unmöglich.

Bauer: Die lassen doch nur halbe Sachen raus. Die CDU soll doch die Wahrheit rauslassen, vollständig rauslassen. Sollen doch von den 1000 ha... Experten sind da, die sagen, bis das Ding...

Weiser: Was für Experten?

Bauer: Experten. Ha ja, es gibt auch noch gescheitere Leute wie wir — und ihr.

Delegation: Was soll denn die CDU rauslassen? Sagen Sie jetzt mal, Was meinen Sie da.

Bauer: Den Nato-Flugplatz. Ich bin vor ...

Delegation: Ach nein ....

Bauer: dienstag vor vierzehn Tagen ...

Delegation: ach nein ...

Bauer: NAto-Großraumflugplätze gebaut werden und ich lasse mich nicht davon abbringen.

Delegation: ach nein ...

Bauer: Sie lügen uns nach Strich und Faden an. Und ich gebe keinen Quadratmeter. ... Ich lass mich nicht unterbrechen.

Delegation: Ich wollte ihnen nur sagen: wenn Sie uns nicht auch unterstellen, daß wir es ernst nehmen mit der Verantwortung und uns nur mit Unrat überschütten...

Bauer: ... und das gleiche kriegen wir wieder. In zehn Jahren haben wir den größten Weltkrieg, das wissen Sie genauso gut wie ich. Ich war schon einmal im Krieg mit dabei, für Großdeutschland. Und ich habe mich verheizen lassen. So machen Sie es jetzt genau wieder.

Delegation: Ach Herr Hoffmann, jetzt ist es aber genug. ...

Bauer: Die verheizen uns genau wie der Hitler. (Betretenes Schweigen. Die Herren brechen auf.)

Bäurin: Das sind Bauernvertreter!

Delegation: Wir sind bereit gewesen, zu kommen ... (Aus dem Tumult ist herauszuhören: Alles Verbrecher sind das; ist doch ein Schwindel, ein großer; lauter Verbrecher.)
Herr Hoffmann, kommen Sie mal bitte.

Hoffmann: Ich habe nichts zu sprechen mit Ihnen. Ich gebe nichts her. Ich bleibe hier.

Delegation: Wenn Sie nichts hergeben, dann bleiben Sie eben hier drin!

Hoffmann: Ja, ja.

Bäurin: Wir würden uns vor unseren Vorfahren und vor unseren Nachkommen schämen, wenn wir dieses Verbrechen nicht verhindern würden.

Hoffmann: Wenn Ihrs nicht über zehn Jahre machen würdet, sondern über hunderte, hätten wir heute nichts mehr zum Leben, wär alles verbaut.

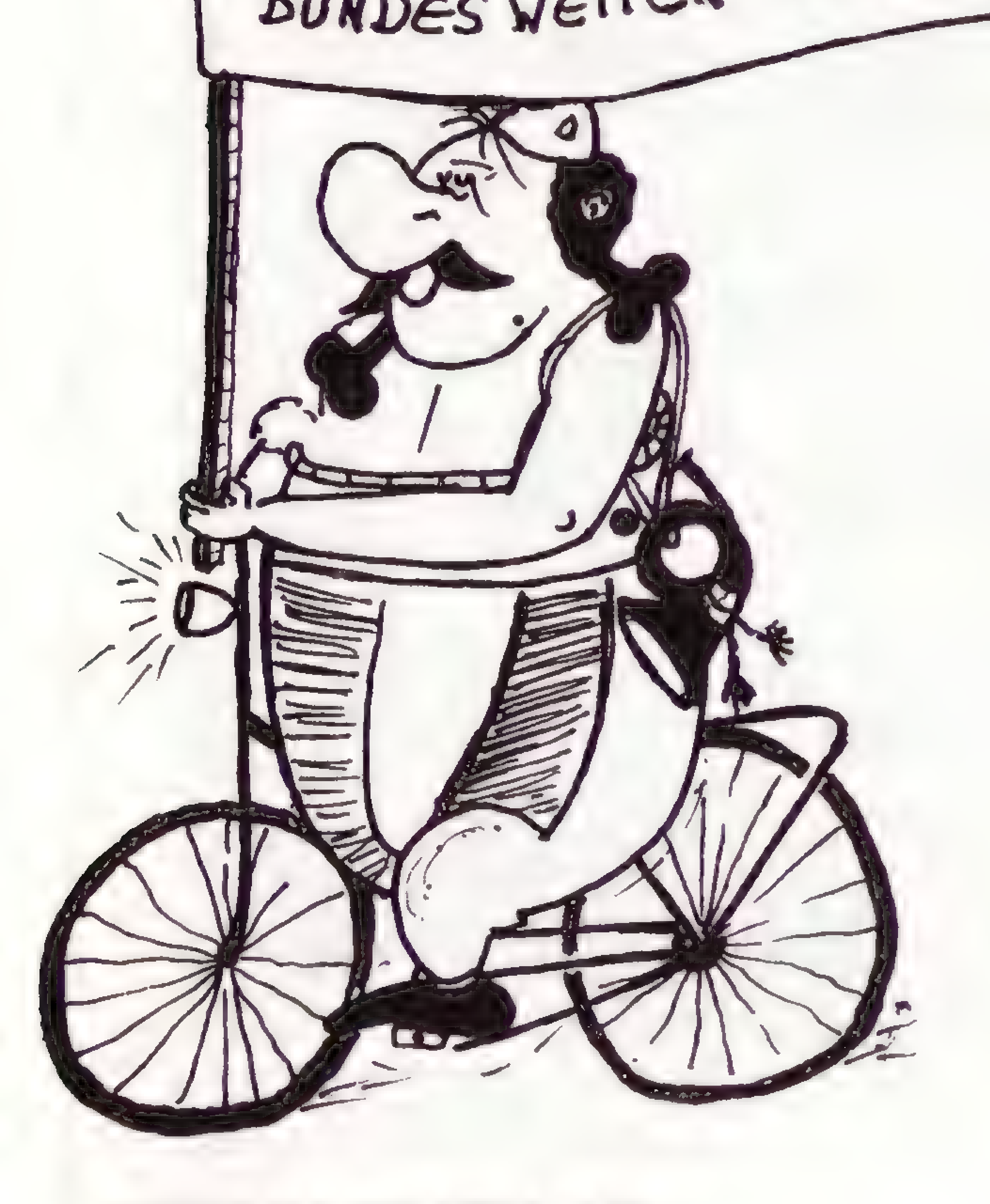
Bauernverband: Also mit euch kann man wirklich nicht reden.

Bäurin: Was ist von einem Bauernvertreter mehr zu erwarten?

Kontakt: Bundschuh–Genossenschaft,6973 Schwabhausen,Haus 58
TRAUM(A)LAND,Provinzzeitung für Franken-Hohenlohe,c/o Rainer Moritz,Mühlenstr. 63
6980 Wertheim

Fahrraddemo gegen die Daimler-Teststrecke am 21. Juli, Treffpunkt 15 Uhr am Wörtplatz in Tauberbischofsheim. Von da gehts nach Schwabhausen. Da besteht die Möglichkeit zu zelten.

WIDERSTAND IM GANZEN LAND
- GEGEN ATOMKRAFTWERKE
WEHRT EUCH!
BUNDESWEITER FAHRRADTRECK 14.7. – 1.8.79



HABEN SIE IHR STRAHLEN-SCHUTZGERÄT IM HAUS ?

Frankfurt
29. Juni

„Wissen Sie, wo sich der für Sie zustän dige Schutzbunker befindet? Welche Mittel zur Abwehr oder zum Ausscheiden von radioaktiven Stoffen haben Sie im Haushalt gelagert?" Eine „Statistische Untersuchung" mit diesen und ähnlichen Fragen sorgte in der Nähe des geplanten AKW Rehling Ende Juni für Verwirrung. Die Fragebögen waren mit „Lech Elektrizitätswerke, Aktiengesellschaft und den Namen dreier Vorsta Vorstandsmitglieder gezeichnet. Die Urheber dieser „Fälschung" ließen uns anonym eine Erklärung zu dieser Fragebogenaktion zukommen.

Liebe Presse, wir geben hiermit folgende Erklärung ab:
Am Mittwoch, dem 20. Juni verteilten wir eine größere Anzahl LEW-Fragebögen alias „Datenerhebung – statistische Erhebung" im Stadt- und Landkreis Augsburg, in Aichach, Friedberg und Wertingen. Es erscheint uns notwendig, auf die Gefahren hinzuweisen, die der Bevölkerung beim Normalbetrieb und bei einem möglichen Unfall drohen, wenn das geplante Atomkraftwerk in Rehling gebaut wird. Das gleiche gilt für Pfaffenhofen, Wertingen und Grundremmingen. Die Aktion soll zeigen, welche Auswirkungen der Atomstaat auf jeden Einzelnen hat. Im Gegensatz zu Franz K. Drobek vom LEW-Vorstand, der meint, die Aktion würde die Bevölkerung „bezüglich der Atomenergie unnötigerweise verunsichern" und sei „unsachlich", können wir nachweisen, daß die Fragen durchaus realistisch sind. Sie sind nicht auf unserem Mist gewachsen, sondern Bestandteil der menschenfeindlichen Pläne der Atomkraftwerksbetreiber.
Die Frage nach der Zahl der in einer Wohnung lebenden Menschen, nach der Abdichtung und Lage des Haushalts, nach den Nahrungsmittelvorräten und nach sanitären Einrichtungen resultieren aus den „Katastrophenschutzplänen" für die Umgebung von Atomanlagen und aus den Erfahrungen von Harrisburg.
Zum besseren Verständnis ein Zitat aus dem Katastrophenschutzplan für das AKW Fessenheim, verfaßt vom Regierungspräsidium Freiburg. Folgende Warndurchsage wird bei einem Unfall für die die Bevölkerung bereitgehalten: „Die Bevölkerung wird zum Schutz ihrer Gesundheit dringend gebeten, sich sofort in geschlossene Räume zu begeben und alle Fenster und Türen zu schließen. Schließen sie ihre Fenster und Türen. Schalten Sie Lüftungs- und Kli.,aanlagen ab. Der Verzehr von frisch geerntetem Gemüse, frisch gemolkener Milch und allen im freien gelagerten Lebensmitteln ist zu vermeiden. Sie werden gebeten,, sofern Sie sich nach Eintritt des Unfalls im Freien aufgehalten haben, die getragene Kleidung zu wechseln und sich gründlich zu duschen oder zu waschen. Schalten Sie ihr Rundfunkgerät – Südwestfunk oder Sender Süddeutscher Rundfunk – oder ihr Fernsehgerät ein. Informieren Sie die Mitbewohner im Hause."
Die Frage nach dem Besitz eines Autos stützt sich auf die 1968 verabschiedeten Notstandsgesetze, welche die Beschlagnahme von Privatwagen ermöglichen. Bei einem Atomunfall würde mit Sicherheit der Notstand ausgerufen. Die Frage nach dem Schutzbunker und dem Aufenthalt darin ergibt sich ebenfalls aus den Notstandsgesetzen und der Gefahr, die von Atomanlagen ausgeht.
Die Fragen zum Strahlenschutzgerät, zur Strahlenschutzausbildung und den Mitteln zur Abwehr oder zum Ausscheiden radioaktiver Stoffe stammen auch aus Katastrophenplänen und aus geäußerten Vorstellungen von Sicherheitsbeauftragten der Atommafia. So hatte man im baden-württembergischen vor, Jodtabletten zur Abwehr radioaktiven Jods an die in der Umgebung von Atomanlagen lebende Bevölkerung auszugeben. In der Zeitschrift „Bild der Wissenschaft" 9/1978 äußerte der Wissenschaftler Volf, daß mit Kochsalz-Lungenspülung, Batrium-sulfat und Jodtabletten radioaktive Teilchen aus dem Körper entfenrt werden können – und selbst Bier „zur Verdünnung und gemütlichem Ausscheiden radioaktiven Tritiums" wird empfohlen. Dies ist natürlich Humbug.
Die angeführten Überlegungen der Betreiber zeigen einerseits, wie gesundheitsschädigend bzw. tödlich der Betrieb von Atomanlagen ist. Es gibt keinerlei Gewähr dafür, daß ein großer Unfall vermieden werden kann, da die Atomtechnologie nicht beherrschbar ist und eine ungeheure Gefahr für Mensch und Umwelt darstellt. Diese Gefahr wollen die Betreiber mit lächerlichen Sicherheitsvorstellungen herunterspielen. indem sie vorgaukeln: Der Ernstfall kommt sicher nicht, und wenn doch, dann sind wir darauf vorbereitet.
Um die Gefährdung von Atomanlagen ins Bewußtsein der Bürger zu rufen, haben wir die Fragestellung so ausgewählt. Die beiden Fragen zur Einstellung gegenüber Atomkraftwerken und Bürgerinitiativen sollten provozierend die bestehende Gesinnungsschnüffelei und den von den Politikern geplanten Atomstaat charakterisieren. In diesem Zusammenhang ist es schockierend und bezeichnend für unsere Wirklichkeit, mit welcher Selbstverständlichkeit viele Bürger den Fragebogen ausgefüllt und der LEW „zurück"geschickt haben.

Andererseits zeigt es, wie stark die Befürchtungen in der Bevölkerung sind. Dem LEW-Vorstand raten wir, die Fragebögen nicht bei der Post liegenzulassen, sondern sich die Antworten auf die Frage 14, was die Leute von der Atomenergie halten, genau anzuschaun. Auch keineswegs aus der Luft gegriffen ist der Hinweis auf den in Rehling geplanten schnellen Brüter. In einer Studie der Kernforschungsanlage Jülich wird der Großraum Augsburg als geeigneter Standort für einen schnellen Brüter genannt. Vertreter der RWE äußerten sich in Mühlheim-Klärlich gegenüber Rehlinger Gemeinderäten, in Rehling sei vorerst kein Brüter geplant – vorerst! Nun nehmen wir befriedigt zur Kenntnis, daß die LEW durch die Fragebogenaktion zum ersten Mal klar gezwungen wurde, zu erklären, daß in Rehling kein schneller Brüter geplant sei.

Das Dementi der LEW stellt für uns jedoch keine glaubwürdige Absichtserklärung der schwäbischen Atommafia dar – wir bleiben aufmerksam. Sollten wir einigen Mitbürgern einen Schrecken eingejagt haben, tut uns das nicht leid.

Was ist ein gesunder Schreck der aktiv macht
gegen einen radioaktiven Knall der krank macht?

Gruppe: Atomkraftgegner kämpfen weiter (AKW)

TEE, MIT ODER OHNE SAHNE

Lüchow-Dannenberg,
10. Juli 1979

Am Freitag, 6. Juli, zogen etwa dreihundert Leute durchs Wendland. Am selben Tag trafen sich Albrecht und Schmidt in Bonn. Der Zug richtete sich gegen die fortwährende Anwesenheit der Bohrtrupps, der DKW und der Besatzungstruppen. Von Lüchow aus ging es zur Üfest, der Kaserne der Gorleben-Polizei, dann in die Trebeler Bauernstuben und von da nach Gorleben. 50 Trekker waren mit unterwegs. Unterwegs geschah es: als der Zug vor der Üfest stand, kam die Public-Relations-Abteilung der Polizei und reichte Tee. Und was noch übler war: es gab Leute, die ihn annahmen!

Zu einer ähnlich verwerflichen Szene kam es, als Frau M.F. einem einheimischen Polizisten, der auf seine Erbsensuppe im Nachbarort verzichten mußte, ein Stück Erdbeerkuchen anbot.

Beide Vorfälle waren Anlaß für die heftigsten politischen Auseinandersetzungen seit der Benennung des Standortes Gorleben. Einen Beitrag zu diesen Auseinandersetzungen drucken wir hier ab.

„Es gibt das Gerücht, die Vorsitzende und andere Vorstandsmitglieder der BI Lüchow-Dannenberg hätten an der Üfest Tee von den Ordnungshütern angenommen. Um die politische Tragweite dieser Ungeheuerlichkeit zu erfassen, müssen dringend einige Fragen geklärt werden:

1. War dieser Tee ungesüßt oder gesüßt? Wenn ungesüßt, dann ist es gut. War er gesüßt, dann bleibt die Frage
2. Mit Zucker oder mit Kandis? War es mit Zucker, dann wollen wir es wieder vergessen. War es aber mit Kandis, dann bleibt die dritte Frage
3. War es weißer oder brauner Kandis? War es weißer Kandis, dann war es auch noch gut. War es aber brauner Kandis, dann muß die Aktion politisch auf das Schärfste verurteilt werden.

Es geht das zweite Gerücht, auf dem Treck von Lüchow nach Gorleben habe Frau M.F. der einheimischen Polizei aus Lüchow – da die Schnitten in den Trebeler Bauernstuben nicht reichten, und die Ordnungshüter eigentlich auf dem Wustrower Erntefest Bohnensuppe bekommen hätten – Erdbeerkuchen geschenkt. Auch hier müssen verschiedene politische Fragen geklärt werden:

1. War es wirklich nur Erdbeerkuchen oder war es gar Erdbeertorte? War es tatsächlich nur Erdbeerkuchen, dann wollen wir es auch hier vergessen. War es aber wider Erwarten Erdbeertorte, dann bleibt die zweite Frage
2. War es ohne Sahne oder mit Sahne? War es ohne Sahne, o.k. Wär es aber mit Sahne, dann war es eine Aktion, die politisch über die Tagesereignisse und die Kompetenz von Frau M.F. weit hinausreicht und eine Distanzierung von Frau M.F.s Handlungsweise dringend erforderlich macht. Schließlich muß der Widerstand ungebrochen fortgeführt werden und darf weder durch Kandis noch durch Sahne in Frage gestellt werden. Mit ungesüßten Grüßen

Imo"

An alle Grohnde–Geräumte:
Nicht zahlen

Für die meisten ist die Meldung wahrscheinlich schon ein alter Hut, daß jetzt die Zahlungsaufforderungen für die Besetzer des Anti-Atom-Dorfes Grohnde verschickt werden. Jeder, der damals dabei war, soll über 1000 DM für den Einsatz der Polizei zahlen.

Die Bezirksregierung will alle Beteiligten gesamtschuldnerisch haften lassen. D.h., wenn einer zahlt, hat er die Forderung anerkannt und kann auch noch weiter belangt werden, und zwar solange, bis die Forderung erfüllt ist, bzw. nichts mehr zu holen ist. Deswegen: Auf keinen Fall zahlen. Die Bürgerinitiative Hameln ist die Kontaktstelle für alle, die davon betroffen sind. Dort könnt ihr euch über den neuesten Stand informieren.

BI Hameln, c/o Buchladen Hameln, Neue Marktstr. 17, 3250 Hameln, Tel. 05151/26161

Am 16. Juli treffen sich um 14 Uhr in Hannover vor dem DGB-Haus (Klagesmarkt) alle Betroffenen um gemeinsam zur Bezirksregierung zu gehen und dort den Widerspruch gegen die Zahlungsbescheide zu übergeben. Um zahlreiches Erscheinen wird gebeten.

Köln Stromzahlungsboykott auch in Köln

Am 1.7. haben auch in Köln ca. 50 Haushalte begonnen. 10% der Stromrechnung kommen auf ein Sperrkonto. Die Forderungen an die Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke Köln (GEW):

- kein Atomkraftwerk in Köln-Langel oder sonstirgendwo
- keine Lieferung von Atomstrom
- Offenlegung der Verträge im Rahmen der kommunalen Energieversorgung mir den Städten Düsseldorf und Duisburg.

Die Erklärungen an die GEW wurden nach einem Spaziergang mit Sandwiches durch Köln übergeben. Dazu gab es einige Anti-AKW-Lieder, die extra für den Strobo umgedichtet worden waren.

Kontakte:
Norden: BI Gewaltfrei gegen AKW Dormagen, c/o Hilar Schwarz Hackhäuser Weg 17, 5 Köln 71, Tel. 782285
Mitte: BI gegen Atomanlagen, Glasstr. 80, 5 Köln 30, Tel. 235350 (Dieter Knackert)
Süd: Otto Drese, Reischplatz 20, 5 Köln 21, Tel. 881988



BESETZUNG IN BERLIN:



Anfang Juni haben in Berlin vier Alternativprojekte die ehemaligen Filmstudios der UFA in Berlin-Tempelhof besetzt. Von einschlägigen Besetzungsaktionen unterschied sich die Aktion vor allem dadurch, daß hier nicht hundert Leute das Gelände im Sturm eroberten, keine Türen verbarrikadiert wurden, sondern eine Strategie verfolgt wurde, die die Besetzer als "friedliche Inbetriebnahme" bezeichnen. Die vier Gruppen — das sind die Schöneberger Fabrik für Kultur, Sport und Handwerk, die IG-Rock, der Sozialhilfebund und die Freie Schule — wollen die Anlage als Kultur- und Kommunikationszentrum für Tempelhof ausbauen und darauf unter anderem die erste Freie Schule in Berlin errichten. Das Gelände ist ein Areal von 15-20.000qm, das von mehreren langgezogenen, ein- und zweistöckigen Gebäudeflügeln durchzogen ist, mit Grünanlagen und Plätzen, fast ein kleines Dorf mitten im Stadtteil. Als wir letzte Woche dort waren, hatte sich der Ort schon als Treffpunkt herumgesprochen: an diesem lebhaften Samstagnachmittag übte im ehemaligen Filmvorführsaal eine Bluesband, in einem anderen spielte eine Theatergruppe, und mehrere hundert Gäste schlängelten sich auf den Asphaltwegen durch die zahlreichen Tapetentische, auf denen vielfältige Alternativwaren feilgeboten wurden. Zu diesem Zeitpunkt hatte sich die Lage dahin zugespitzt, daß die Entscheidung des Senats über das Gelände unmittelbar bevorstand, die am darauffolgenden Dienstag zugunsten der Besetzer ausfiel. Wir setzten uns mit fünf Leuten aus der Schöneberger Fabrik in einen kleinen Raum im Verwaltungsgebäude und ließen von der Besetzung erzählen. Besonders spannend fanden wir dabei den schlauen und besonnenen Umgang mit Behörden und Politikern, deshalb haben wir diesen Teil des Gespräches besonders ausführlich übernommen.

(Wir: das sind William und Bil, die Red.)

Sowas hab ich selbst noch nicht erlebt, so eine Politik, wie wir sie jetzt aufgrund unserer Erfahrungen in den letzten Jahren machen. Was nützt es dir, wenn du jetzt sagst: Haut die Bullen platt wie Stullen? Was man über den Polizeiterror und Polizeistaat sagt, steht wieder auf einem anderen Blatt.

Wir haben jetzt eine Presseerklärung herausgegeben, in der wir dem Senat angeboten haben, am Montag das Gelände zu räumen.

Wartet ihr die Entscheidung ab, die im Senat gefällt wird?

Die fällt einen Tag später, am Dienstag. Montag, 2. Juli, gehen wir runter.

Warum?

Das ist erstmal ein formaler Akt. Wir sind runtergegangen, weil wir nicht wollten, daß die Besetzung zu einer illegalen Sachen gemacht wird. Damit sich die Politiker dahinter nicht verstecken können. Wir haben die Besetzung durch die Räumung eigenhändig wieder legalisiert. Wir haben aber 20 Leute als Wache aufgestellt. Die haben aufgepaßt, daß nichts zerstört wird, während die Politiker beraten. Außerdem mußt du dir vorstellen, daß wir ja gar nicht wußten, wie lange das dauert, als wir hingingen. Der Zustand jetzt, z.B. ich schlaf seit drei Wochen auf ganz hartem Boden nur mit einer Decke, das geht nicht ein paar Monate, das machst du höchstens ein paar Wochen. Wir müssen uns jetzt hier häuslich einrichten, nur so können wir gut arbeiten. Deshalb müssen wir die anderen in Zugzwang bringen.

Die FDP hatte gestern und heute Parteitag. Heute morgen waren wir da und haben eine Erklärung verlesen. Die FDP hat dann über unsere Sache abgestimmt, nämlich ob die Fraktion im Abgeordnetenhaus aufgefordert werden soll, bei der Entscheidung am Dienstag für uns zu stimmen oder nicht. Die Entscheidung sah so aus: eine Gegenstimme, eine Enthaltung und 258 Stimmen für uns.

Das Absurde ist nämlich, daß sich die Parteien unserem Unternehmen positiv gegenüber gestellt haben. Wahrscheinlich deshalb, weil wir hier ein Stück Sozialleistung übernehmen, das sie zu leisten nicht imstande sind.

Was ihr hier die "Inbetriebnahme des UFA-Geländes" nennt, hat offensichtlich auch eine ungeheure Faszination für die Leute in der Umgebung.

Wichtig ist für uns, daß wir nicht immer nur den Frust rauskehren, sondern auch versuchen zu zeigen, wo es sich lohnt, was zu machen, nicht vor'n Arsch zu gehen. Wie wir bei unserer Veranstaltung in der Taverne am Lützowplatz auftraten, haben die Leute das auch verstanden. Wir waren einfach noch nicht so drauf und haben uns überlegt, entweder hält einer nach dem Theaterstück eine Rede, oder wir machen das ganz anders. Wir haben einfach ein Fahrrad genommen und erklärt wie ein Fahrrad funktioniert. Ich habe gesagt, also das ist ein Fahrrad, mit Pedalen, Dynamo usw., nur von der Technik geredet. Die Leute sind schon wegen dem Theaterstück etwas sauer gewesen, weil das mit der Anlage nicht so hingehauen hatte, für den vollen Saal wars nicht laut genug. Und dann — besser hätte es gar nicht sein können — kamen die Ton Steine Scherben und spielten "Alles was uns fehlt, ist die Solidarität". Und auf einmal waren alle, die vorher gewettert hatten, unsere Fans. Wenn du nämlich bescheiden auftrittst, geht das nämlich da rein und da raus. Also du mußt irgendwas machen, was aus der Reihe fällt. Wir sind ja auch vorher zur TAZ gegangen und haben gesagt: das und das haben wir vor, unterstützt uns und helft uns dabei, bekannter zu werden, damit es uns leichter fällt, unsere Interessen durchzusetzen. Weißt du, was die gesagt haben? Macht erstmal action, haben die gesagt. Macht erstmal action.

Als wir schließlich auf den Platz gingen, haben wir eine Demo gemacht. Erst mal eine kleine, um das mal zu testen, da waren so 200 Leute da. Und dann eine große mit etwa 1000 Leuten. Das war genau an dem Tag, an dem wir auf den Platz gingen. Morgens um 11 Uhr fing die Demo an und während der Demo haben wir mit einem Teil unserer Gruppe den Platz hier besetzt. Deshalb konnten wir dann gleich auf der Kundgebung sagen, daß wir auf dem UFA-Gelände sind.

Wollt ihr nicht mal erzählen, wie das mit den Verhandlungen gelaufen ist?

Das mit der FDP heute war eigentlich der Höhepunkt der ganzen Geschichte. Das hängt auch mit den komplizierten Eigentumsverhältnissen zusammen. Das ganze Gelände ist zur Zeit Eigentum der Post und die hat ein starkes Interesse daran, das Ding loszuwerden. Sie will es an den Finanzsenat verkaufen, das ist die oberste Finanzbehörde hier in Berlin. Der Finanzsenat will den hinteren Teil als Erweiterung des Finanzamts ausbauen und den Rest im Auftrag des Senats für Wirtschaft als Reserve für spätere Industrieansiedlungen bereithalten, also für Kapitalinteressen freigeben. An dieser Stelle haben wir einen Kompromiß gemacht, um das Gelände überhaupt zu kriegen.

Wir haben auf den Teil, der für das Finanzamt vorgesehen ist, von vorneherein verzichtet und beanspruchen nur den Teil, der, wie man so sagt, bereinigt werden soll, auf dem alle Häuser und Bäume plattgewalzt werden sollen. Das Problem ist, daß in der Lokalpolitik die Wirtschaftsinteressen absolut den Vorrang haben, Kulturpolitik kommt erst ganz zuletzt. Wir haben uns am Anfang darauf versteift zu sagen, das ist kulturpolitisch einmalig, weil man Kultur immer gut vorzeigen kann. Kulturpolitik hat auch ein bißchen Narrenfreiheit und ist gerade in

dieser Stadt besonders schlecht verteilt. In der City um den Ku'damm rum wird das ganze Geld reingestopft und in den Randbezirken läuft überhaupt nichts. Z.B. Tempelhof mit seinen 185.000 Einwohnern hat nicht ein einziges Kino und gerade zwei staatliche Jugendfreizeitheime, stell dir das vor.

Das war auch der Grund, warum die ganzen Lokalparteien drauf angesprungen sind. Zuerst die FDP, und das hat dann die anderen Parteien unter Druck gestellt, sich zu verhalten. Schließlich hat sich sogar die CDU im Abgeordnetenhaus dahintergeklemmt. Zum einen aus dem Interesse, die Politik der SPD im Senat anzugreifen und außerdem möglicherweise auch deswegen, weil sich die CDU allgemein stark für die Privatisierung der sozialen Arbeit einsetzt.

Seid ihr denn für die CDU ein akzeptabler privater Träger für so ein Gelände hier?

Das ist ja das Absurde daran, das hätten wir uns nie träumen lassen. Irgendwie wollen die sich hier in Tempelhof beliebt machen und stehen dabei vor dem Mangel, selbst nichts drauf zu haben.

Dann muß die Geschichte ja einigermaßen populär sein.

Das kommt durch die Presse. Die haben uns zwar auch ein bißchen exotisch dargestellt, aber die haben jeden Tag berichtet. Wir haben ja auch was vorzuweisen, ein ernsthaftes Programm, eine Konzeption mit vielen attraktiven Punkten. Z.B. haben wir gesagt, daß wir den sozialen Bereich ausbauen, daß wir Ausbildungsplätze schaffen werden. Damit sprechen wir ein Problem an, an dem keine Partei vorbei kann. Außerdem gehen wir einen kulturpolitischen Mangel an, egal, was wir hier wirklich machen werden. Wir haben ja in dieser Richtung keinerlei Zusagen gemacht, sondern haben nur gesagt: wir sind vier eingetragene Vereine mit jeweils einem eigenen Schwerpunkt und haben uns zusammengetan um ein gemeinsames Konzept zu verwirklichen. Und sowas gibt es einfach noch nicht, weder hier noch anderswo.

Man muß sagen, daß wir viel Glück gehabt haben, oder besser, daß wir glückliche Umstände genutzt haben. Sogar das Wetter hat mitgespielt. Man muß sich nur vorstellen, was gewesen wäre, wenn es die ganze Zeit geregnet hätte, das wäre eine ganz andere Situation gewesen.

Dazu kam, daß es eigentlich kein Politiker auf die Kappe nehmen wollte, das Ganze hier einfach abzureißen. Aber wir sind auch an eine Grenze gestoßen. In den letzten Tagen hat sich das zeitweise dahin entwickelt, daß sie gesagt haben, sie können auf keinen Fall ihre Zustimmung geben, weil das eine prinzipielle politische Angelegenheit ist, weil da praktisch im Nachhinein eine Besetzung legalisiert würde und andere Gruppen ach demselben Muster nachziehen könnten, womit sie natürlich vollkommen Recht haben. Aber immerhin ist es so, daß sie am Anfang sagten, das ist ein eklatanter Rechtsbruch, aber die Ideen sind ganz gut; und heute sagen sie, die Ideen sind gut, aber das ist ein Rechtsbruch. Das ist zumindest ein Erfolg, das jetzt das eine voran und das anderen dahintergestellt wird.

Was wir hier für Sachen erlebt haben. Hier war am Samstag die gesamte SPD-Fraktion. Wir hatten um 17 Uhr unsere Informationsveranstaltung für die Anwohner hier aus der Umgebung, zu der wir auch Politiker und Presse eingeladen hatten, und da kam die SPD-Fraktion und sagte, sie würde gerne ihre Fraktionssitzung hier abhalten. Wir haben gesagt, o.k. kommt halt. Wir hatten da nicht groß nachgedacht darüber. Wir saßen also da richtig aufgebaut, mit weißen Tischdecken, alles war vertreten: CDU, SPD, FDP, und die Presse, Morgenpost, Spandauer Volksblatt, Tagesspiegel, TAZ, auch ZDF und Abendschau.

Dann sagt auf einmal der SPD-Fraktionsvorsitzende so gegen sechs: ja, meine Herren, wollen wir nicht die Informationsveranstaltung zu Ende gehen lassen, denn wir haben ja um viertel nach sechs unsere Fraktionssitzung.

Die haben hier eine richtige Fraktionssitzung gemacht. Der Vorsitzende vorne auf dem Pult vom Theater: also Willi, du bist jetzt dran, und Anna, du hattest jetzt auch noch ne Frage. . . . . Was hätten die besseres machen können? Wenn die z.B. ins Rathaus gehen und die Parteitypen eine Stufe weiter informieren, können die sagen, wir waren da, wir wissen alles. Der größte Politiker ist immer der, der die meisten Connections hat, der am schnellsten weiß, was irgendwo passiert, der sagen kann: wissen sie mal was, Herr Kollege, ich will ihnen mal aus erster Hand erzählen. . . Sonst ist alles unwichtig.

Gut ist auch unser Gang ins Rathaus gelaufen. Irgendwann hatten wir gemerkt, daß, wenn wir nicht an die Senatoren rankommen, wir gar nicht merken, wie die da entscheiden.



Wir waren da so die Herren mit Nahkampfhosen, Micha mit seiner bestickten Jacke und hennaroten Haaren, Löcher im Hemd. Unkonventionell — auf jeden Fall haben wir Aufsehen erregt. Eine Situation war z.B., daß wir mit einem Abgeordneten, der irgendwie auf unsere Geschichte abgefahren war, so ein Polizeidirektor oder sowas, gingen, mit dem wir Verhandlungen darüber führten, wie wir uns das eigentlich mit den Verträgen vorstellen. Die wollten wissen, was wir z.B. machen, wenn wir einen Mietvertrag kriegen, der dann nach drei Jahren gekündigt wird. Da fängt dann der Rudolf an zu sagen, ne ne ne, nicht kündigen und wenn, dann nur, wenn Ersatz beschafft wird, so fängt der an zu reden. Da fängt der SPDler, mit dem wir gekommen waren an mitzuflüstern: 'Stoppt den, stoppt den, um Gottes Willen! Wenn ihr erstmal drei Jahre drauf seid, holt euch doch keiner mehr runter.' flüsterte er.

Mir war auch nicht wohl dabei, als der Rudolf anfing zu pokern, als hätte er fullhouse auf der Hand, und der andere sauer wurde und meinte, das wäre eine glatte Erpressung. Ich bin dann dazwischen gesprungen und hab gesagt, Rudolf, hör auf, das ist doch Quatsch, natürlich gehen wir runter, wenn uns nach drei Jahren gekündigt wird. Wir wollen ja erstmal zeigen, was wir anfangen können. Da war der Typ auch wieder beruhigt. Der stand dann auf und meinte, er würde auch mal vorbeikommen, wenn das Parlament Ferien hat und so und übrigens: ich heiße Jochen. Dieser Typ, der wirklich im oberen SPD-Sicherheitsbereich saß.

Ich hab das unheimlich oft gemerkt, daß die unheimlich erleichtert waren, in dem Moment, wo man ihnen eine Argumentationshilfe gab.

Braucht ihr Unterstützung von außen?

Wir werden jetzt sehen, daß mehr Leute bei uns mitmachen können. In der Fabirk in der Kurfürstenstraße hatten wir einen Mitgliederstop gemacht, weil wir aus allen Nähten geplatzt sind. Wir hatten 350 Mitglieder und die Fabrik wurde unter der Woche von ca. 500 Leuten genutzt. Also wir wissen, daß wir ruckzuck 1000 Mitglieder sein werden, wenn wir das nur wollen. Das heißt, wir brauchen finanzielle Unterstützung.

Wir haben jetzt in unserer Mediengruppe einen Film gemacht, der jetzt hier in den linken Kinos als Vorfilm läuft. Da kommt zuerst eine Erklärung, so eine Minute lang, und dann nur Bilder und starke Musik. Der Hammer ist, wir benutzen den alten Vorspann von der

UFA-Wochenschau, die hier früher produziert wurde, so mit Tätärätä, Blick in die Welt.

Was wird hier weiter passieren?

Zuerst wird es hier 20 - 30 Leute geben, die ständig auf dem Gelände sind und gleichzeitig mit Papier und Bleistift durch die Räume gehen und aufschreiben, was kaputt ist, und was repariert werden muß. Hier müssen z.B. jede Menge Sachverständige her, die die Heizung und die Elektrik untersuchen, und weiß der Geier was noch alles.

Auf lange Sicht muß es eine Gruppe geben, die das Ganze hier sozusagen bewirtschaftet. Das werden sicher so 40 - 50 Leute sein müssen, die sich hauptamtlich dafür einsetzen, daß hier alles läuft....

Diese Selbstdarstellung der Leute von der Fabrik für Kultur, Sport und Handwerk e.V., Kurfürstenstr. 14, 1000 Berlin 30, haben wir ihrer Fabrik-Zeitung vom März 79 entnommen:

Wie hat das nun alles angfangen?
werden einige fragen.

Nun:

Im Januar 76 sind die ersten Ideen über die Fabrik in den Köpfen einiger Leute entstanden, geboren aus der Notwendigkeit nach einer gemeinsamen Turnhalle.

Der Sport hatte uns zusammengeführt, den Schüler, den Studienrat, den Lehrling, den Ingenieur, den Arbeitslosen, den Kleinunternehmer, den Studenten, die Handwerkergruppe, den Freigänger von Tegel, den Sozialarbeiter, den Kindergärtner, ca. 20 Frauen und Männer. So wie bei der Arche Noah, von allem Guten etwas.

Alle 14 Tage haben wir uns am Anfang in einer Wohnung getroffen, um zu überlegen, was wir alles so zusammen machen könnten: Sport, Musik, Handwerkern, Ausbau der bereits bestehenden Arbeitslosenselbsthilfegruppe, Filme zeigen, Feste feiern, lernen, uns selbständig zu organisieren. Ein Programm wurde aufgestellt.

Mit diesem Programm sind wir losgezogen zu allen Freunden und Bekannten, und haben dabei festgestellt, daß es gar nicht so leicht ist, Leute für eine Sache zu überzeugen, von der nichts weiter existiert als ein bedrucktes Blatt Papier.

Doch nach einigen Monaten waren wir so viele, daß eine Wohnung zum Treffen schon zu klein geworden war. WIr haben dann alle Freunde und Interessenten zu einer Informationsveranstaltung in einen großen Saal eingeladen.

Viele Menschen kamen damals, und unser Verein wuchs auf 120 Mitglieder.

Es war nicht mehr da, als die Idee und der Mut einiger Menschen, dieses alles in die Tat umzusetzen.

Wir wollten uns überlegen, wie das Leben noch Spaß macht und die Luft wieder sauber wird, die wir zusammen atmen.

Wir wollen von unserem Leben mehr haben als Konsum und entfremdete Arbeit.

Was mit einer Handvoll Leute angefangen hat, ist inzwischen organisch gewachsen ohne Werberummel und großer Öffentlichkeitsarbeit, weil wir erst etwas festes auf die Beine stellen wollten.

Selbst in den eigenen Reihen mußten wir über lange Zeit große Auseinandersetzungen darüber führen und aufpassen, daß wir und unsere Ideen nicht vermarktet würden.

Heiße Diskussionen lieferten wir uns, bis uns allen der Kopf rauchte. Wäre dies nicht geklärt worden, so würde man heute in der ganzen Stadt Leute rumlaufen sehen, bekleidet mit einem T-Shirt, das „Markenzeichen Fabrik" vorneweg auf der Brust!!!

Manche Partei versuchte, Fuß zu fassen bei uns, was aber nicht gelang. Auch Versuche von Seiten des Senats, uns vor den Karren zu spannen, wimmelten wir ab.

Aus all diesen Erfahrungen haben wir 'ne Menge gelernt.

Unbeschadet und mit voller Kraft setzten wir unsere Arbeit fort.

Im Laufe der Jahre sind viele neue Gruppen dazugekommen. Einige haben nur ein paar Monate existiert (z.B. Französisch, T'ai Chi, Schneidergruppe, Kindertheater) und sind klanglos wieder eingegangen, bis andere kamen und die Initiative ergriffen, sie wieder zum Leben zu erwecken. Andere Gruppen bestehen schon von Anfang an und fanden immer mehr Interesse.

Viele Leute aus dem Ausland und Westdeutschland besuchten uns, erzählten von ihrer Arbeit und waren neugierig, von uns zu erfahren, wie wir das alles so machten. So zeigten Leuten aus Christiannia Filme und Dias und bis in die Nacht hockten wir zusammen. Leute von der „Farm" (eine Kommune von 1200 Menschen aus den USA) waren drei Tage lang unsere Gäste. Eine Gruppe von Italienern und viele andere interessierten sich für unsere Arbeit.

Daß wir auch eine gute Resozialisierungsarbeit machen, wurde uns von anderen erzählt.

Diese Fabrik war und ist für uns Neuland, jeder Tag ein Abenteuer, eine Fabrik des Lernens!

So vielfältig sind die Erfahrungen und Denkanstöße oft, daß es einem manchmal schon schwerfällt, alles zu verarbeiten und in die Tat umzusetzen.

Es ist nicht unser Ziel, eine „Super-Fabrik" aufzubauen, doch soll sie möglichst viele Bereiche umfassen, sonst ist das Leben zu langweilig.

Was für uns 1976 noch ein Traum und vorerst nicht zu realisieren war, ist inzwischen ganz konkret geworden. Wir wollen uns in Selbsthilfe unsere existentiellen Bedürfnisse sichern, wie gesunde Ernährung, natürliche Heilmethoden ohne Chemie, freie und fantasievolle Entwicklungsmöglichkeiten für Kinder, eigenverantwortliche Arbeitsplätze und sinnvolle Freizeitgestaltung.

Zusammen mit den neuen Gruppen, die hinzugekommen sind, erweitern wir uns in folgenden Bereichen:

Theater, Pantomine, zwei Gitarrengruppen, Spanisch, Volleyball, Fußball, Karate, Akikido, Judo, Töpferei, Foto, Druckerei, Kfz, Arbeitslosenselbsthilfe, Alternative Technik, Ökodorf, Gesundheitsschnecke, Alternativer Fahrzeugbau, Landgruppe, Restaurant, Freie Schule, Gorleben, Rock'n Roll, Lebensmittelcoop.

Kontakt: Fabrik, Kurfürstenstr. 14, 1000 Berlin 30, Tel.: 030/261 24 87.



So soll es sein: Hier entsteht gerade die Fahrrad-Werkstatt auf den UFA-Gelände

Beinahe-Katastrophe totgeschwiegen:

DEICHLECKAGEN AM DORTMUND-EMS-KANAL

EMSLAND 29. Juni — Nur knapp entging das Gebiet zwischen Lingen und Rheine einer ähnlichen Katastrophe wie sie am Elbe-Seitenkanal oder am Rhein-Main-Donau-Kanal sich ereignete. Der Zufall und die Aufmerksamkeit eines Arbeiters konnten Schlimmeres verhüten. Folgenden Hergang des Geschehens fanden wir heraus:

Der Dortmund-Ems-Kanal zwischen Lingen und Rheine verläuft ca. 2,5 m über dem übrigen Geländeniveau. Durch routinemäßige Ausbaggerungsarbeiten des Wasser- und Schiffahrtsamtes (WSA) Rheine zwischen den Schleusen Gleesen und Hesselte wurden die Kanalsohle beschädigt. Durch mindestens fünf Leckagen (soviele konnten wir wenigstens mehr als vier Wochen danach noch feststellen) trat Kanalwasser in den parallel zum Kanal verlaufenden Schweißgraben. Die Leckstellen wurden am 18.5.79, einem Freitag gegen 14.00 h von einem Vorarbeiter des WSA-Rheine entdeckt und unverzüglich dem vorgesetzten Amt gemeldet. Vermutlich wurde durch die Geistesgegenwart dieses Mannes eine Katastrophe verhindert, denn bei einem Deichbruch wären zumindest die Ortschaft Gleesen und zwei größere Feriengebiete (je eines in Gleesen und Hesselte) gefährdet gewesen. Es wurden unverzüglich alle Arbeitskräfte benachrichtigt. Auch Landwirte aus der Umgebung kamen zur Hilfe. (Insgesamt dürften mehrere hundert Mann im Einsatz gewesen sein.) Mann versuchte zunächst mit Kies die Leckstellen abzudichten, um einen Durchbruch zu verhindern. Der Kies mußte aus dem Lingener Hafen herbeigeschafft werden. Gegen 20.00 h mußte dieser Versuch eingestellt werden; das ausströmende Wasser spülte den Kies immer wieder aus. Die gesamte Kanalhaltung zwischen den Schleusen Gleesen und Hesselte wurde ab 15.00 h um 40 cm gesenkt, daraus resultierte ein Durchfahrtverbot von Binnenschiffen über 200 cm Tiefgang.

Ab 20.00 h wurde also statt des Kieses aus dem Lingener Hafen nunmehr Lehm aus dem Lehmhafen Moorlage mit Schiffen zur Leckstelle gebracht. (Der Transport dauerte jeweils eine Stunde.) Von Sonnabendmorgen (19.5. 5.00 h bis Sonntagmorgen , 20.5.) 8.00 h ruhte der gesamt Schiffsverkehr auf dem Teilstück Gleesen-Hesselte. Mit Greifern und Spülern wurde der Lehm im Tag- und Nachteinsatz in die Kanalsohle eingespült. Zwar wurde in drei Schichten gearbeitet, jedoch mußten Spezialisten teilweise eine 24-Stunden-Schicht leisten.

Der Großeinsatz dauerte bis zum Montagmorgen (21.5.), 8.00 h. Erst jetzt konnte die Haltung bis zum Normalstand aufgefüllt werden. Ganz abgedichtet waren die Leckstellen aber immer noch nicht. Die restlichen Abdichtungen wurden erst 14 Tage später mittels mehrerer Schiffsladungen Lehm vorgenommen, welche in die Kanalsohle eingearbeitet wurden. Während des Großeinsatzes war nach Auskunft von Augenzeugen die gesamte emsländische politische Prominenz an der Leckstelle anwesend. Trotzdem (oder deswegen?) fand sich von dem Geschehen nichts in der Presse wieder. Sie war offensichtlich nicht informiert worden. Ebenfalls wurden die beteiligten Wasserwerker und sonstigen Beschäftigten zu strengstem Stillschweigen vergattert.

Einer der wesentlichsten Gründe für dieses öffentlichkeitsscheue Verhalten der Verantwortlichen dürften die Pläne sein, etwa 20 km weiter nördlich, im Gebiet der Gemeinde Geeste einen Kühlspeichersee für zwei geplante Atomkraftwerke zu bauen, der zwischen 10 und 20 m über Geländeniveau mit einem Fassungsvermögen von 25 000 000 ccm gebaut werden soll. (Und deren sicherheitstechnische Unbedenklichkeit immer wieder beschwört wird). Offensichtlich sollte dieser Persilschein keine Flecken bekommen. Und sicherlich wollte mann auch keine „unnötige Unruhe" unter die betroffene Bevölkerung bringen.

Kontakt: Grüne Liste Umweltschutz, Kreisverband Emsland, c/o Werner Bußmann, Gartenstr. 51, 4478 Osterbrock, Tel. 05907 / 545.

Stuttgart — Initiative Freie Volksklinik

Wir sind eine Gruppe von Leuten (Krankenpflegeschüler/innen, Krankenkassenangestellten, Schwestern, Medizinstudentin, Patienten, Pfleger...), die sich in Stuttgart zum Ziel gesetzt hat, im Bereich der medizinischen und ärztlichen Versorgung eine konkrete Alternative zum bestehenden Gesundheitswesen zu entwickeln und zu praktizieren. Bisher haben wir uns zweimal getroffen und unsere Erfahrungen beschnuppert, d.h. wir stecken im Vorfeld der Diskussion. Wichtig ist für uns erst einmal, daß wir Information von allen erreichbaren Leuten und ähnlichen gelaufenen und laufenden Projekten wie Briefe, Kontaktadresseen ... usw. kriegen.

Kontakt: Initiative Freie Volksklinik, c/o Emmaus e.V.,Nesenbachstr.52, 7000 Stuttgart, Tel. 0711/ 24 05 86

Berlin — Zeitung von und für Menschen aus der Krankenpflege

INITIATIVE heißt diese, die erste Nummer ist erschienen mit Themen über Drogen, Psychiatrie, Altern. Liste, Frauen im Gesundheitswesen. Erscheinen soll sie alle 3 Monate und kostet 1,50 DM; im Abo: 10,— DM.

Adresse: Initiative, Postlagerkarte A-051507, 1000 Berlin 27.

WASSERSPERRE IN SELKENTROP

SELKENTROP 9. Juni — *Über ihre Erlebnisse beim Kauf eines Hauses auf dem flachen Lande schreiben uns:*

Wir sind uns seit langem einig darüber, daß wir unsere Zukunft nicht ausschließlich und immer in Institutionen verbringen wollen, die keinen Bezug zu einem natürlichen Leben zulassen. Wir wollen versuchen, gemeinsam zu leben und zu arbeiten. Deshalb suchten wir ein größeres Haus mit Garten und eventuell Weideland, um folgende Dinge zu experimentieren:

biol.—dyn. Gartenbau und Kleintierhaltung zu lernen und zu machen,

das wir zusätzlich in ein kleines Begegnungs— und Experimentierzentrum ausbauen wollen, um mit anderen gemeinsam zu lernen und uns weiterentwickeln. Der Ausbau sollte behindertengerecht sein, um Körperbehinderten die Teilnahme zu ermöglichen;

zusätzlich planen wir Seminare und Begegnungen zu folgenden Themenschwerpunkten:
Handwerk/Handarbeit/Friedensarbeit/Antimilitarismus/Umweltschutz

Anfang April: Beginn der Kaufverhandlungen mit dem Ehepaar Sch. um den Verkauf ihres Resthofes in Selkentrop (Hochsauerland). Ein Gerücht, daß wir ein Behindertenpflegeheim gründen wollten, versuchten wir durch ein Gespräch mit dem Vorsitzenden des örtlichen Fremdenverkehrsvereins aus der Welt zu schaffen. Ergebnis: positiv.

1. Mai: Nach der verbindlichen Kaufzusage (die Preisvereinbarung war nach einem Gutachten erfolgt), zog Norbert als erster von uns in eine Wohnung nach Selkentrop, weil der Hof erst Mitte 1980 zu beziehen war.

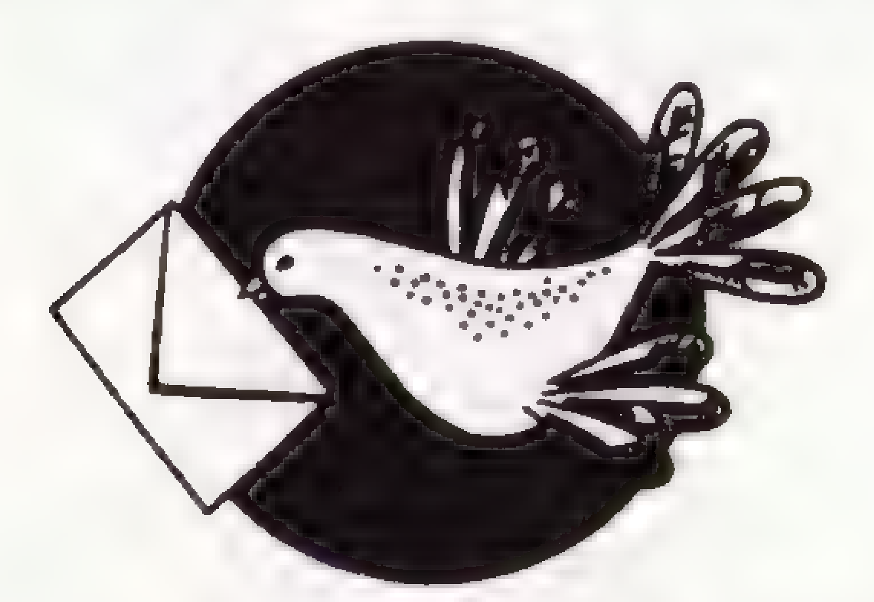
26. Mai: Verteilen eines Rundbriefes, um uns den Selkentropern vorzustellen, ihnen unser Vorhaben zu erläutern und unsere Bereitschaft zu bekunden, uns den Dorfgepflogenheiten anzupassen und offen für Gespräche zu sein; zum zweiten, um das Gerücht über das Behindertenpflegeheim richtigzustellen.

Der große Tiefschlag

Jedoch nicht alle waren uns freundlich gesonnen. Eine kleine, einflußreiche Minderheit sann nach Wegen, uns aus dem Dorf zu vertreiben. Es ist ihnen gelungen; am 27. Mai kam der große Tiefschlag:
Gegen Mittag eröffnete uns Herr Sch., daß einige Bauern im Dorf überlegten, wie sie es erreichen könnten, daß wir kein Wasser für unser Haus bekommen. Dazu muß gesagt werden, daß Selkentrop nicht ans öffentliche Wassernetz angeschlossen ist, sondern sich einige Anlieger zur gemeinsamen Erschließung einer Quelle zusammengeschlossen haben. In unserem Fall sind es 11 Mitglieder dieser sog. Wassergemeinschaft.
Einige dieser 11 Mitglieder drohten Herrn Sch. damit, in dem Falle, daß er uns seinen Hof verkauft, für eine Mehrheit in der Wassergemeinschaft zu sorgen, damit man uns das Wasser absperren kann. Begründet wurde es mit der schon vorhandenen Wasserknappheit, die keine neuen Abnehmer duldete.

Am selben Abend fand eine Versammlung mit den Mitgliedern der Wassergemeinschaft statt, auf der die wahren Gründe der angeblichen Wasserknaphheit nur allzu deutlich wurden. Im folgenden wollen wir die Verdächtigungen und Anschuldigungen wiedergeben, die teilweise wörtlich so auf der Versammlung gefallen sind:

— gegen uns persönlich hätten sie ja nichts, wir seien ganz nett — ABER:
— Norbert sei Mitglied der Deutschen Friedensgesellschaft; Frieden sei typischer Sprachgebrauch des Ostblocks, und damit bringe man uns in Zusammenhang;
— wir könnten uns "zu sehr" für Umweltschutzbelange einsetzen ("gegen eine Überlandleitung sein, damit fängt's an").
— Wir könnten von Selkentrop aus eine, von dunklen Quellen finanzierte, staatsumstürzlerische Organisation aufbauen ("Ja, wie finanzieren Sie eigentlich das Haus? Von irgendwoher müssen Sie doch Geld bekommen!").
— Wir würden das Dorf massenhaft mit Behinderten überfluten, und diesen Anblick könne man den Kindern nicht zumuten. Außerdem schade es dem Fremdenverkehr (Im Dorf lebt ein behinderter Junge, das genüge schließlich).
— Durch unser Zusammenleben (drei Frauen, ein Mann) bestünde die Gefahr, daß die Kinder verdürben ("Wie Sie leben, das ist unmoralisch und läßt sich mit unserem kath. Glauben nicht vereinbaren").
— Wir könnten in unserem Hause eine Jugendsekte gründen;
— Als besonders unsachlich und sich selbst entlarvend fanden wir den Einwand, was denn die Taube auf unserem Rundschreiben zu bedeuten habe. ("Als ich dieses Emblem sah, dachte ich sofort an solche Dinge, die man immer mal so hört").



Die Diskussion in der Versamlung wurde äußerst unsachlich geführt. Selbst an den wenigen Stellen, an denen sie uns zu Wort kommen ließen, hatten wir nicht eine einzige Chance, gegen die massiven Vorurteile anzukämpfen. Alle Argumente verpufften, weil man nicht bereit war, uns als glaubwürdig zu betrachten. Wir standen dieser Demonstration von überlegener Macht sehr hilflos und natürlich empört und immer wütender werdend gegenüber. Zu einer Inquisition gehört es auch, daß die Angeklagten bei den abschließenden Beratungen über ihr Schicksal den Raum zu verlassen haben. So geschah es auch mit uns. Nach ca. einer Stunde verkündeten sie uns ihren Spruch:

5 waren für eine Sperre
4 waren dagegen
2 enthielten sich der Stimme.

Herr Sch., der sich wie auch sein Bruder der Stimme enthalten hat, trat nach der Abstimmung von seiner Verkaufszusage zurück. Seine Gründe wirkten nicht sehr überzeugend:
— er müsse weiterhin in Selkentrop leben und mit den Leuten auskommen;
— diese "einflußreichen" Leute würden ihm evtl. Aufträge entziehen, die für seine Existenz notwendig sind;
— er selbst wolle kein verchlortes Schmallenberger Wasser trinken, was wir hätten einklagen können, wenn er bei seiner Zusage geblieben wäre.

Nachdem uns durch seine Entscheidung die Möglichkeit genommen war, rechtliche Schritte einzuleiten, blieb uns nur noch der Vergleich über die entstandenen Kosten.

In Gesprächen, die wir mit mehreren Bewohnern des Dorfes nach diesem Abend hatten, wurde uns deutlich, daß sie die Vorgehensweise dieser "Minderheit" ebenfalls für eine bodenlose Ungerechtigkeit halten. Sie ermutigten uns z.B. dadurch, daß sie betonten, daß es ihren Kindern nicht geschadet habe, in unserer Wohnung zu spielen, mit uns zusammenzusein.
Sie erzählten weiter, daß die fünf Bauern auch, bevor wir kamen, ihre Machtstellung mißbraucht hätten, um den "kleinen Mann" im Dorf zu drücken.

Rückzug — oder . . . ?

Langsam wurde uns klar, daß es für uns und vielleicht auch einige Selkentroper nut gut sein kann, die Wut nicht zu schlukken, sondern in konstruktive Bahnen zu lenken und die Geschehnisse einer breiteren Öffentlichkeit zuzuführen.
Wir entwickelten daraufhin ein Flugblatt und verteilten es am 23. Juni nach der Abendmesse vor der Kirche des Dekanates in Wormbach, wo die meisten Selkentroper zur Kirche gehen. Dieser Schritt kam für sie natürlich unerwartet. Die Leute, die eine ähnliche Beurteilung des Falls hatten, wie wir, zeigten uns gegenüber positive Reaktionen; "unsere" fünf Gegner, setzten sich zusammen, um eine geeignete Gegenmaßnahme auszubrüten. Ihnen ist bis jetzt nichts eingefallen.

Kontakt: Dagmar Bischoff, Norbert Heitkamp, Margot Hermanns, Christa Leimbrink, Martinistr. 84, 4500 Osnabrück, Tel. 0541/ 430723

SIEGFRIED HAAG, ROLAND MAYER UND SABINE SCHMITZ VERURTEILT

FRANKFURT 11. Juli — Am Mittwoch, dem 11.7.1979 wurden Siegfried Haag zu 14 Jahren, Roland Mayer zu 12 Jahren und Sabine Schmitz zu 2 Jahren und 2 Monaten verurteilt. Nach ca. 10 Monaten Hauptverhandlung ist damit in der Stammheimer Justizvollzugsanstalt das Verfahren gegen Roland Mayer und Sabine Schmitz zu Ende gegangen, gegen Siegfried Haag wird jedoch noch wegen einer angeblichen Beteiligung an dem Anschlag auf die deutsche Botschaft in Stockholm weiterverhandelt.

In der Presse war eine massive Vorverurteilung Siegfried Haag's vorausgegangen. Schon vor seiner Verhaftung am 30.11. 1976 wurde Siegfried Haag entsprechend BKA-Mitteilung zum Regisseur, Führer und Chef der Terror-Szene aufgebaut. Nach der Festnahme wurde er auf BKA-Initiative zum Drahtzieher der Anschläge auf Buback, Ponto und Schleyer, obwohl er zum

Zeitpunkt der Attentate schon lange in Haft saß. Hatte mann dann den selbsgeschaffenen Rädelsführer festgenommen, brauchte mann noch das von ihm geführte „Rädel". Den bis zur Festnahme völlig unbekannten Roland Mayer machte mann kurzerhand zum Mit-Rädelsführer und gründete sodann die nach den beiden genannte „Haag-Mayer-Bande". Dies ist das Ergebnis der Interpretation, die in das kaum entzifferbare Geschreibsel der sogenannten „Haag-Mayer-Papiere" hineingelegt wurde. Den geschaffenen „Rädelsführern" hängte mann noch drei Banküberfälle an, da doch die „Chefs" entsprechend eigenen hierarchischen Strukturen des BKA immer alle Fäden in der Hand haben. Daran änderte auch nichts, daß beide nachweisbar an den Banküberfällen nicht beteiligt waren. Bei zwei Banküberfällen sind die Täter bis zum heutigen Tage unbekannt.

BERICHTIGUNG:

Im letzten ID (Nr. 289) Nachricht "Auch für 14-jährige gibt es Einzelhaft", war die Tel.Nr. der Theatergruppe Langenfeld, die in ihrem Programm Stücke zum Thema Jugendpolizei hat, falsch angegeben. Also: Tel. 02173/794350.
weiterer Kontakt: Henrik Gähte, Freiligrathstr. 32, 02173/794350

Dieses vom BKA geschriebene Drehbuch setzte das Gericht unter der Regie der Bundesanwaltschaft dramaturgisch um. Dabei wurde streng darauf geachtet, daß vom BKA-Konstrukt nicht um eine Nuance abgewichen wurde. Das Gericht tat alles um das Konstrukt ja nicht zu gefährden.

Von ca. 168 Spurenakten wurden nur 55 beigezogen, der Rest war nicht Verfahrensgegenstand, ganz zu schweigen von den in der Presse immer wieder zitierten und erwähnten Geheimdienstakten. Alle Anträge der Verteidigung, die das Konstrukt auch nur angekratzt hätten, wurden abgelehnt.

Für ein noch im Plädoyer gestellten Beweisantrag erhielten die Beamten kurzerhand keine Aussagegenehmigung. Die immer wieder abgegebenen Erklärungen der Gefangenen, sie seien Mitglieder der RAF, es gebe keine „Gruppe Haag-Mayer", hierarchische Strukturen mit Chefs und Untergebenen, Bossen und Knechten gäbe es beim BKA, nicht in der Guerilla, blieben ungehört, waren sie doch nicht in Juristendeutsch gesprochen und waren es doch in den Augen des Gerichts nicht zu der Sache gehörende politische Erklärungen. Der Beweisantrag der Verteidigung auf Ladung der angeblichen Mitglieder der konstruierten „Haag/Mayer-Gruppe" zum Nachweis der Nichtexistenz dieser Gruppe wurde natürlich abgelehnt, hätte doch andernfalls die Gefahr bestanden, daß die Konstruktion in sich zusammengebrochen wäre. So wurden in der Beweisaufnahme eine Fülle von Nebensächlichkeiten verhandelt. Hotelübernachtungen, Autokäufe, Banküberfälle, von denen niemand den Täter kennt. Nur zum zentralen Punkt der Anklage zur „Haag/Mayer-Gruppe" und Rädelsführerschaft fand eine Beweisaufnahme nicht statt. Im Urteil kam dann das heraus, was von vornherein fest stand, die implizite Absegnung der konstruierten „Haag/Mayer-Gruppe" und sehr hohe Freiheitsstrafen, um die vom BKA ernannten, gefährlichen Rädelsführer so lange wie möglich in der Isolation verschwinden zu lassen.

Der Antrag der Bundesanwaltschaft auf Sicherungsverwahrung für Siegfried Haag ist vom Gericht abgelehnt worden, dies bedeutet jedoch nicht, daß die Absicht der Bundesanwaltschaft Siegfried Haag für immer hinter Gitter verschwinden zu lassen, durchkreuzt wurde. Denn gegen Siegfried Haag wird wegen der angeblichen Beteiligung am Anschlag auf die deutsche Botschaft in Stockholm weiterverhandelt, also, Leute für den Untergrund rekrutiert und aus der Schweiz Waffen für den Anschlag besorgt zu haben. Die Aussage des Kronzeugen Speitel, der am 17.7. vernommen werden wird, hat Siegfried Haag den Vorwurf der Mittäterschaft und damit die Gefahr zu lebenslänglicher Haft eingebracht. Nach seinen eigenen Angaben war Speitel untergetaucht, hatte Wohnungen für die Stockholm-Gruppe angemietet, falsche Papiere besorgt, Objekte und Botschaften abgeklärt und auch Waffen zur Verfügung gestellt. Speitel wurde deswegen nicht verurteilt - gegen Siegfried Haag hat jetzt die Verhandlung begonnen.

Kontakt: Robert Mayer über Rechtsanwalt Kollbach, Bergerstr. 87, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/439439

Sabine Schmitz über Rechtsanwältin Reehee, Leopoldstr. 46, 7500 Karlsruhe, Tel. 0272/816502

Siegfried Haag über Rechtsanwalt Weider, Bergerstr. 200, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/452083

Günter Hanisch verurteilt

WARUM HILFT MIR DENN NIEMAND . . .

Gießen
11. Juli

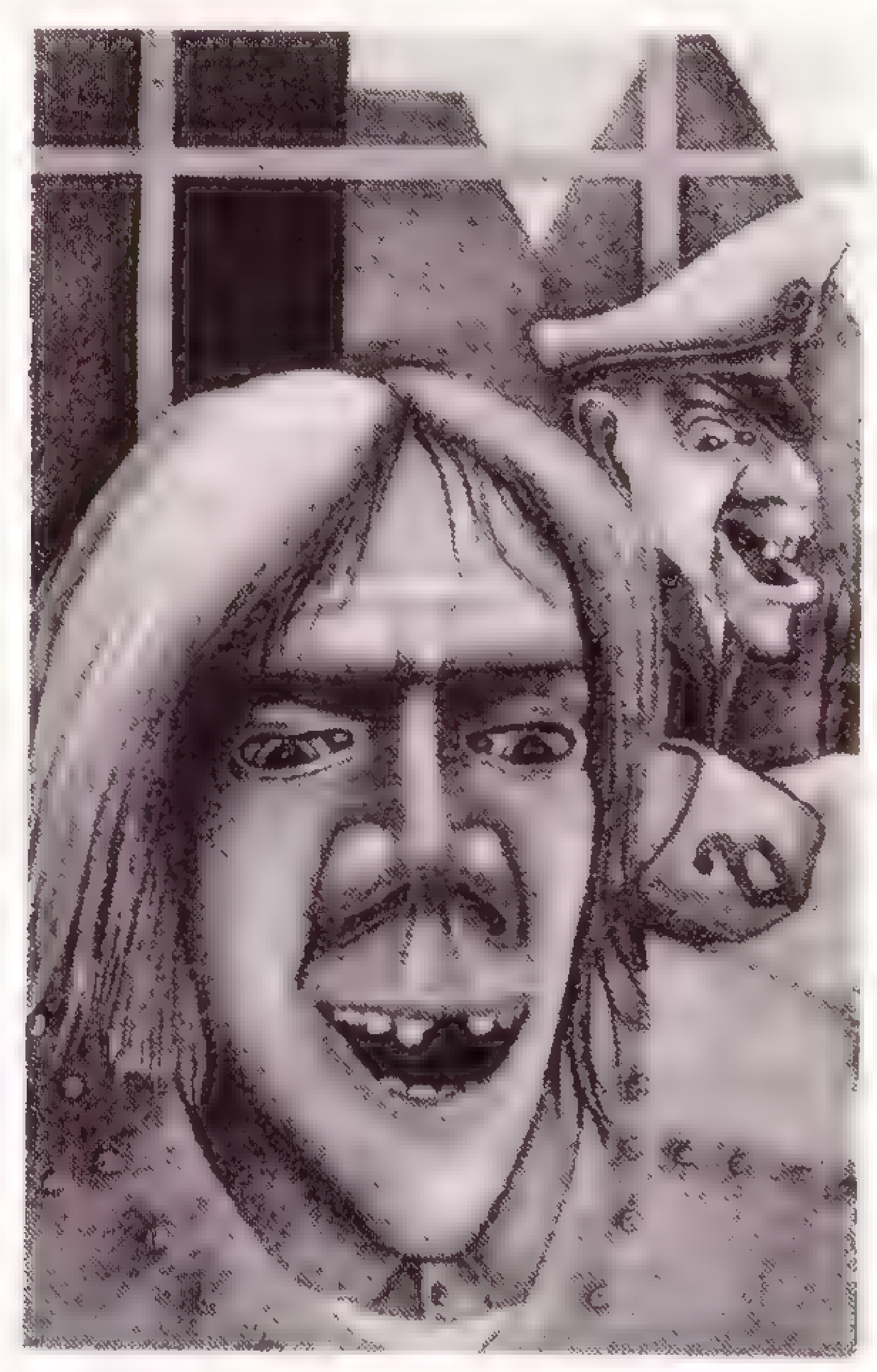
Günter Hanisch ist erneut zu 11 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Hanisch, schon 1960 wegen wegen Polizistenmordes zu lebenslänglicher Haft verurteilt, wollte eine Wiederaufnahme seines Verfahrens erreichen. Als ihm dies auf legalem Wege nicht gelang, versuchte er am 2. Juni 1976 durch eine Geiselnahme auf sich aufmerksam zu machen. Im Gefängnis Butzbach drang er in das Zimmer eines Fürsorgers ein, nahm eine Sekretärin als Geisel und verlangte Kontakt zum hessischen Rundfunk und ein Gespräch mit den zuständigen Richtern. Bei dem Versuch den Raum, in dem sich Hanisch verbarrikadiert hatte, zu stürmen, kam Anstaltsleiter Künkeler durch einen selbstgebauten Schußapparat von Hanisch zu Tode. Hier ein Auszug aus der Erklärung, die Hanisch damals beim hessischen Rundfunk verlesen wollte:

Sehr verehrte Bürger der Bundesrepublik Deutschland!

Ich heiße Günther-Manfred Hanisch und bin 54 Jahre alt.
Seit 1960 hält man mich hinter Kerkermauern gefangen. Das Schwurgericht Wiesbaden stempelte mich vor eineinhalb Jahrzehnten zum heimtückischen Mörder und Sittlichkeitsverbrecher. Der Schuldspruch wurde am 16.12.1960 verkündet, und zwar „im Namen des Volkes" – in Ihrem Namen, verehrte Mitbürger. Er lautete auf lebenslängliches Zuchthaus. Nach Rechtsfindung der Wiesbadener Richter soll ich ein eiskalter Killer und Kinderschänder sein. Weder stimmt das Eine noch das Andere. Wohl bin ich, objektiv gesehen, ursächlich schuld am Ableben eines Menschen. Es war ein Unglücksfall! . . .
Mehrere Wideraufnahmeanträge schlugen fehl. Jedesmal wurden sie verworfen. Auch mein letzter, voriges Jahr gestellter Wiederaufnahmeantrag wurde verworfen. Er sei unzulässig.
Da ich die Erfahrung machte, daß jegliche Schreiberei mit den Behörden nichts fruchtete, blieb mir nur noch das Eine: ich muß mich an die Öffentlichkeit wenden. Im Namen des Volkes wurde ja mein Unrechtsurteil gesprochen. Erst wollte ich in Hungerstreik treten, kam aber zu der Überzeugung, daß man außerhalb der Mauern kaum Notiz von mir nehmen würde.
So ergab sich zwangsläufig das, was seit heute im Gange ist, es ist dies der Kampf eines Einzelnen gegen das sanktionierte Unrecht...

Auf das Ausdrücklichste möchte ich versichern, daß ich die mir von der Justiz aufgezwungene Kampfesweise zutiefst bedaure. 16 Jahre lang flehte und bettelte ich, im wahrsten Sinne des Wortes, um mein Recht. Diese, meine Selbstachtung zerstörende Kriecherei im Staube einer sich für unfehlbar haltenden Justiz hat

nun heute ein Ende. Ich will lieber stehend sterben, als knieend weiterleben. Hört sich nach markigen Worten an. Seis drum!
16 Jahre ohne ein Minimum an Zärtlichkeit, ohne ein Quentchen Liebe, ohne ein Kinderlachen, ja, so profan es auch klingen mag, noch nicht mal die Erlaubnis, sich ein simples Ei braten zu dürfen, das ist kein Leben. Das ist weniger als vegetieren, nein, noch genauer, das heißt tot sein.
Es folgen jetzt meine mir Recht sichern sollenden Forderungen: Ich bitte höflichst, mir einen neutralen VW-Bus zu stellen. Ein Übertragungswagen des Fernsehens hat anwesend zu sein. Mit meinen beiden Begleitpersonen werde ich nach Wiesbaden fahren fahren. Im selben Saal, in dem man mich 1960 rechtswidrig zum Mörder und Sittlichkeitsverbrecher stempelte, bitte ich



anwesend zu sein: die drei Berufsrichter, mein Rechtsanwalt, der Staatsanwalt, der Protokollführer. Ich sichere den genannten Personen ehrenwörtlich körperliche Unversehrtheit zu.
Jeder meiner Schritte ist von Funk und Fernsehen zu begleiten. Falls ein Wahnsinniger da oben sitzen sollte, welcher Befehlsgewalt hat, soll ihm keine Chance gegeben werden, ein Blutbad anzurichten. Ich will mein Recht und keine Toten. Ich will mein Recht und keine Rache. Ich will mein Recht und sonst gar nichts, denn ich bin kein Mörder . . . "

Am Mittwoch, 4. Juli, hört Hanisch vor der Schwurgerichtskammer des Gießener Landgerichts sein Urteil: Elf Jahre wegen Geiselnahme in Tateinheit mit Totschlag. Leute von der Taz-Initiative Gießen waren dabei und schreiben:

Als Günter Hanisch während der Urteilsverkündung erneut die psychologischen Werturteile der Gutachter (seelisch abartig, schwer gestört, psychopathisch, neurotisch) vorgehalten werden, hält er sich nicht länger zurück. Er schreit, zuerst zum Gericht, dann zu den Zuschauern gewandt: „Was soll denn das! Ich will mir doch helfen lassen! Warum hilft mir denn niemand? Was sollen denn nochmal 11 Jahre? "
Aufgewühlt hörte er sich den Rest der Urteilsbegründung an. Dann, kurz bevor er abgeführt wird, ruft er noch: „Diese Schlacht habe ich verloren, aber der Kampf geht weiter." Und mit erhobener Faust: „Venceremos! Tod dem Faschismus!"
Während des eher undramatischen Prozesses hatte die Gießener Lokalpresse versucht, in der Bevölkerung noch ein wenig Stimmung zu machen. Am 25. 6. fiel bei der Kontrolle ein rostiges Taschenmesser aus der Handtasche. Der Prozeßbericht im „Gießener Anzeiger" am darauffolgenden Tag erschien mit der fetten Überschrift: „Hanischs Brieffreundin wollte Messer in den Saal schmuggeln." Aus dem einen Taschenmesser wurden in dem Artikel drei, die zu „Ausbruchswerkzeugen" eines möglihen Befreiungsversuchs hochstilisiert wurden.
Der Verfasser dieser journalistischen Meisterleistung, Kommel, beruft sich auf seinen Informanten: „Das hat mir der Beamte gesagt, der die Kontrollen durchgeführt hat."
Die Behauptung der Anklage, Mitglieder des Frankfurter Gefangenenrats hätten das Schießpulver in Teebeuteln in die Anstalt geschmuggelt, erwies sich als gegenstandslos. Die kriminologischen Gutachter fanden weder Teespuren am Schießpulver, noch Pulverspuren an den Teeblättern.
Seit Donnerstag, 5. 7. sitzt Günter Hanisch wieder in Schwalmstadt. Wie lange wird er die vernichtende Vollzugsmaschinerie noch überleben?
Ein kleiner Strohhalm bleibt ihm noch: Rechtsanwalt Temming wird die Wiederaufnahme des Verfahrens von 1960 beantragen und gegen das Gießener Urteil von 1979 Revision einlegen.

„. . . SAH VERLEBT AUS UND HATTE EINE PISTOLE MIT EXTREM LANGEM LAUF . . . "

8. Juli
Frankfurt

Durch das Anwaltsbüro Brunn, Koch, Krutzki erhielten wir Rolf Heißlers Bericht von seiner Verhaftung:

„Nach einem Einkauf von Zeitungen und Brötchen (und ohne seit „Wochen" observiert worden zu sein) kam ich – ohne sondermäßig auf meine Umgebung zu achten – vor der Textorstraße 79 an. Als ich den Schlüssel aus dem Briefkasten, der in der untersten Reihe liegt, holte, fiel mir auf, daß der Briefkasten ein Stück mehr als üblich aufgebogen war und daß das Couvert (in dem der Schlüssel war) anders als gedacht im Briefkasten lag und fester zugeklebt als üblich war. Trotzdem dachte ich mir außer „na ja, kann ja vorkommen" nichts dabei. Um den Briefkasten wieder zuzumachen – er klemmte oft und leicht – kniete ich mich kurz hin.
In der rechten Hand den aus dem Couvert gepackten Schlüssel, in der linken das Couvert und eine Reisetasche (in der sowohl Zeitungen als auch Brötchen waren) ging ich links in den Flur zu dem Appartment 2. Zum Aufschließen der Wohnung braucht man 2 Hände: die eine für den Schlüssel, die andere um gleichzeitig während der Drehbewegung des Schlüssels die Tür fest an sich heranzuziehen. Mit der rechten Hand schloß ich die Tür – die wie üblich verschlossen war – auf, in der linken hatte ich das Couvert. Die Reisetasche hatte ich zu meinen Füßen abgestellt. Als die Tür offen war, sah ich zwei oder drei Typen im Vorraum, wobei einer im Vorraum mit dem Rücken zur Wand und ausgestreckter Hand, in der er eine Waffe hatte, stand. Vermutlich habe ich in dem Moment instinktiv versucht, einen Schritt seitlich zurückzugehen und den Kopf nach links (von mir aus) abzuwenden (um den Treffwinkel kleiner zu machen), im gleichen Moment schoß der Typ einmal – wie ich später sah, hatte er halblange, blonde Haare mit einem Pony, war relativ groß, trug einen verwaschenen Jeansanzug, sah verlebt aus und hatte eine Pistole mit extrem langem Lauf (kann keine normale Walter PPK gewesen sein) – und ein anderer rief etwa gleichzeitig „Polizei". Getroffen fiel ich sofort um.
Die Zeit zwischen Erkennen der Situation und Reagieren können war zu kurz, als daß ich überhaupt nach meiner Waffe hätte greifen können.
Trotz dieses totalen Knalls vorm/im Kopf war ich die ganze Zeit bei Bewußtsein und konnte mit dem linken Auge sehen.
Im Laufe von einer bis zwei Minuten wurde ich nach und nach durchsucht, wobei das Hauptinteresse eventuellen Autoschlüsseln galt. Nach 15 bis 30 Sekunden (oder noch länger) entwaffneten sie mich, d. h. sie zogen meine Waffe, die im Innenholster an meinem Körper war, heraus, entnahmen der Jackentasche die Ersatzmunition und legten mir Handschellen um. Ansonsten waren sie dabei, das Haus vorne und hinten und auch die Gegend dicht zu machen. Von ihren Gesprächen ist mir nur noch der Spruch „2 cm weiter rechts – dann hätten wir das ganze

FRANKFURTER RUNDSCHAU vom 16.2.79

„Beim Ersten Polizeirevier durften die Kinder Polizist spielen"



Problem nicht" (der auch im Krankenhaus ein, zweimal fiel) und daß sie sich auf eine längere Zeit des Wartens eingestellt hatten, in Erinnerung. Wie viele Typen das insgesamt waren, kann ich nicht sagen.
Nach vielleicht 10 Minuten kamen Weißkittel, die mir einen provisorischen Verband anlegten und mit mir anschließend in die Uniklinik fuhren. Dort kam ich in den Röntgenraum, wo mir meine Klamotten vom Leib geschnitten und meine Armbanduhr mit Gewalt (habe mich dagegen gewehrt) vom Arm gerissen wurde (gegen 8.40). Anfangs wurde ich von zwei Zivilbullen bewacht. Das Röntgen habe ich genehmigt. Danach zeigte mir der Arzt die Röntgenbilder und wollte eine tomographische Untersuchung des Gehirns machen. Das,wie ebenso jede andere notwendig werdende Operation habe ich abgelehnt, bevor ich nicht mit meinem Anwalt gesprochen habe. Von den Röntgenräumen wurde ich in die Chirurgie verlegt, wo die Bullen prints abnehmen und Fotos machen wollten. Beides habe ich erstmal erfolgreich abgewehrt. Nach ner halben Stunde kamen sie mit Knebelketten wieder; sie zogen sie so fest an, daß ich vor Schmerzen geschrien habe und die Kopfwunde wieder angefangen hat zu bluten. Obwohl ich bei der zweiten Hand keinen Widerstand mehr geleistet habe, hat der Typ nochmal besonders fest an der Knebelkette gedreht, sodaß ich das Gefühl hatte, ein elektrischer Schlag ging durch den Körper. Während der ganzen Prozedur (der eine Arm angekettet an der Bahre, der andere in der Knebelkette) hat ein Typ mich fotographiert. Die Fotos müssen aber schlecht geworden sein, weil auf der einen Gesichtshälfte sowieso Verband war und der Rest des Gesichts wegen des Schmerzes bzw. des Checkens des Fotographieren total entstellt war. Nachdem sie mir auf den Kopf zugesagt haben, wer ich bin (die Muttermale erleichterten es ihnen) habe ich ihnen gegen 11 Uhr gesagt, was für Anwälte sie rannschaffen sollen (Koch, Werschak, Röder Fromann). Gegen 14 Uhr kam Staatsanwalt Dörfler von der BAW, der davon nichts wußte. Ich habe nochmal gesagt, daß die Verzögerung, einen Anwalt ranzuschaffen, die Verzögerung einer notwendigen Operation bedeutet, und daß das BKA und die BAW verantwortlich sind, wenn ich deswegen sterbe. Er wollte isch um einen Anwalt kümmern. Nach zwei Stunden kam jemand vorbei, der sagte, daß sie nur Kempf erreicht haben und er sich bereit erklärt habe, meine Verteidigung zu übernehmen und ob ich damit einverstanden sei. Ich willigte ein.
Zu der Zeit im Krankenhaus überhaupt: meist waren 2 oder 3 zivile Typen da (teils im selben Raum, teils im Vorraum) plus 2 oder 3 normale Grüne, die sich nach ner gewissen Zeit immer ab wechselten. Obwohl ich mich fürchterlich angestrengt habe, habe ich deren Gespräche größtenteils wieder vergessen, weiß nur noch: der Tenor war, besser hätten sie mich umgelegt, dann wäre ihnen jetzt nicht das Wochenende vermiest usw. Außer beim Printabnehmen und neben den Sprüchen haben sie mich korrekt behandelt. Handschellen durften die ganze Zeit auf Anweisung von oben nicht abgenommen werden. Ärzte bzw. Krankenhauspersonal verhielten sich neutral bzw. sauer (weil der Bullenbetrieb ihren Normalbetrieb durcheinanderbrachte) kopfschüttelnd (z.B. wegen der Handschellen). Im Beisein meines Anwalts Rechtsanwalt Rainer Koch wurde eine Tomographie meines Schädels gemacht. Daraus ergab sich, daß das Projektil im Schläfenmuskel steckte, die Schädeldecke, d. h. das Gehirn, nicht beschädigt war.
Vor der Operation wurden mir sämtliche Kopfhaare geschoren. Die Operation fand unter Vollnarkose und mit Handschellen (die mir auch während der Operation nicht abgenommenwerden durften) statt. Das herausoperierte Projektil war 2 cm lang, sagte der Arzt hinterher. Jegliche Schlaf- und Schmerzmittel (Novalgin) habe ich anschließend abgelehnt.
Irgendwann am Abend kam jemand vorbei, der mir einen Wisch gab, nachdem ich sofort wieder Strafgefangener war.
Nach der Operation hing ich am Tropf (Antibiotika). Ich war ständig in nem Dämmerzustand.
Am Morgen kam eine Oberärztin Schmidt von der Augenklinik, die mein rechtes Auge untersuchte. Was genau ist, weiß ich nicht mehr genau.
Es ist auf jeden Fall nicht genau blind, zeigt Reflexe; inwieweit ich damit wieder sehen kann wie bisher (was ich stark bezweifle) wird der Heilungsprozeß der nächsten Wochen zeigen.
Gegen Mittag kam mein Rechtsanwalt in Begleitung des BKAlers Pelke. Nach 5 Minuten wurde das überwachte Gespräch abgebrochen, weil mein Rechtsanwalt nur von der BAW, nicht jedoch von der Staatsanwaltschaft München — die jetzt für mich zuständig sei — zugelassen worden sei.
Pelke kam kurz danach wieder und sagte, daß wir gleich nach Straubing fliegen würden. Während des Fluges waren 6 Mann dabei: 2 Mann Besatzung, 1 normaler Grüner, Pelke (der mir noch angekündigt hat, daß er in nächster Zeit öfters vorbeikommen

würde, um mich zu vernehmen) und zwei zivile Typen, zusätzlich 2 mp. Ich lag quer vorm Rücksitz auf der Bahre, mit Handschellen. Wir landeten auf dem Sportfeld vorm Straubinger Knast, wo ich von der AL (Anstaltsleitung, d. Red.) empfangen wurde. In Straubing kam ich auf die Krankenstation (3faches Gitter, rechts und links die Zellen sind frei), habe jegliche Behandlung abgelehnt und Zusammenlegung mit Bernd und Knut verlangt.

HERBERT SOFFEL WIEDER IN HAFT

MARBURG/ – FRANKFURT 11. Juli Herbert Soffel, dessen 9. Verhandlungstag im Prozeß gegen den Frankfurter Gefangenenrat, aufgrund seines kritischen Gesundheitszustandes in der Universitätsklinik in Frankfurt stattfinden mußte, wurde am 28.6., wenige Stunden nach Beendigung der Verhandlung, aus dem Krankenbett heraus verhaftet.

Herbert Soffel ist seit 1975 in Haft und wurde 1976 in einem vorgezogenen Verfahren zu 4 Jahren Kanst verurteilt, die er abgesessen hat. Im Anschluß daran wurde er direkt wegen des anstehenden Gefangenenratsprozesses in U-Haft genommen. Der Gefangenenrat hatte versucht, gegen das menschenverachtende Kanstsystem der BRD eine Selbstorganisation der Gefangenen aufzubauen. U.a. machte der Gefangenenrat die Zustände im Mannheimer Knast öffentlich, was als sogeannter Mannheimer Gefängniskandal bekannt wurde.

Seit dem 9.4.75 gab es insgesamt 7 medizinische Gutachten, die alle Herbert Soffels zerrütteten Gesundheitszustand bescheinigten und diesen auf die extremen Haftbedingungen (Iso-Haft) und die Haftsituation zurückführten. Die meisten Gutachter hielten eine sofortige Haftentlassung für erforderlich. Herbert Soffel mußte am 4. Mai 1979, drei Wochen vor Beginn des Prozesses aus der Untersuchungshaft in Preungesheim entalssen werden. Aufgrund der jahrelangen Isolationshaft hatte sich sein Zustand lebensbedrohlich verschleohtert. Der Haftbefehl gegen ihn wurde außer Vollzug gesetzt und er wurde in die Frankfurter Universitätsklinik gebracht, wo sich sein Gesundheitszustand bis zum Beginn des Prozesses gegen ihn ständig besserte. Seit Beginn des Prozesses geht es ihm aufgrund seiner nach wie vor zerrütteten Gesundheit wieder so schlecht, daß die medizinischen Gutachter ihm zeitweise nur eine halbe Stunde Verhandlungsfähigkeit und Verhandlungsunfähigkeit attestieren mußten.

Am 19.6. trat bei Herbert ein akutes Nierenversagen ein, was zur Folge hatte, daß Herbert an zwei Tagen völlig verhandlungsunfähig war und ein Verhandlungstag im Krankenhaus stattfinden mußte.

Wenige Stunden nach dieser Verhandlung, wurde Herbert von mehreren Kriminalbeamten aus dem Bett geholt und in die JVA Preungesheim gebracht. Der Haftbefehl gegen ihn wurde wieder in Vollzug gesetzt. Begründung dafür ist, daß sich sein Gesundheitszustand soweit gebessert habe, daß er U-haftfähig sei. Weiterhin bestehe nach wie vor Fluchtgefahr. Herbert Soffel soll trotz der ihm mehrfach bescheinigten Verhandlungsunfähigkeit bzw. beschränkte Verhandlungsfähigkeit jetzt 6 Stunden täglich verhandlungsfähig sein, d.h. er soll an den nächsten Prozeßterminen teilnehmen. Außerdem hat der Anstaltsleiter Herbert Soffels Kontakt zur Außenwelt unterbrochen mit der fadenscheinigen 'Begründung' "Herbert zu schonen", was faktisch Kontaktsperre bedeutete. Mittlerweile kam Herbert Soffel am 6. Juli wegen eines erneuten Nierenversagens ins Zentrale Vollzugskrankenhaus in Kassel, wo er drei Tage später wieder in das Krankenrevier in der JVA Frankfurt-Preungesheim entlassen wurde. Nach unseren Informationen soll der nächste Verhandlungstermin gegen ihn am Dienstag, den 17. Juli sein. Nachfolgende Resolution sollte unterschrieben an die 3. Strafkammer Postfach, 6 Frankfurt oder An Birgitt Soffel, Hamburger Berg 23, 2 Hamburg 4 geschickt werden:

Resolution

Resolution:
Herbert Soffel ist am 28.6.1979 trotz absoluter Haftunfähigkeit in der Universitätsklinik, wo er sich in stationärer Behandlung befand, verhaftet worden. Die Inhaftierung von Herbert bedeutet für ihn akute Lebensgefahr.
Wir protestieren gegen diese Verhaftung und fordern, daß Herbert Soffel sofort zurückverlegt wird in die Universitätsklinik in Frankfurt und daß der Haftbefehl gegen ihn unverzüglich außer Kraft gesetzt wird.

DER BUBACK-PROZESS GEHT WEITER

Gießen 10. Juli Nachdem der Empörung unserer „liberalen Öffentlichkeit" Tribut gezollt worden ist und die professoralen Buback-Nachdrucker mit dem Schrecken davongekommen sind, wird in der „Provinz", zumal bei vermuteter tatsächlich staatfeindlicher Gesinnung, knallhart zugeschlagen.

Der „Buback-Nachruf" erschien im Juli 77 in der „Klette", Zeitung der Fachschaft Biologie. Die damals presserechtlich Verantwortliche, Gloria, wird am 16. Juli vom hiesigen Amtsgericht verknackt werden. Das ist ziemlich sicher, ob die Richter hier wollen oder nicht. Schon zweimal wollten sie nicht: zuerst lehnten sie die Eröffnung des Verfahrens ab, der Staatsanwalt ging „eins höher" (vor's Landesgericht), postwendend kam von dort die Anweisung, den Prozeß doch zu machen; daraufhin wurde Gloria vom Amtsgericht freigesprochen, der Staatsanwalt ging „noch eins höher" (vor's Oberlandesgericht Ffm.), von dort liegt das Urteil vor: Gloria muß verkanckt werden. (Hoch die richterliche Unabhängigkeit!). Der Amtsrichter hier darf nun am 16. 7. diesen OLG-Beschluß exekutieren, „frei" ist er in der Strafzumessung. . .

Noch kurz zur Begründung des OLG-Urteils: Gloria habe durch das Vorwort und die Überschrift in den „Tenor des Artikels eingestimmt": die Überschrift hieß „Bubackakak. . . . " und im Vorwort wird auf die Bullenaktion damals gegen den Göttinger Asta hingewiesen: damit hat Gloria 1.) „den Ermordeten in unflätiger Weise zusätzlich geschmäht" und 2.) „die Reaktionen der Strafverfolgungsbehörden auf den Artikel zu neuen Angriffen gegen sie benutzt". Den letzten Satz bitte auf der Zunge zergehen lassen!

Kontakt: Fachschaft Jura, Licherstraße 76, 63 Gießen
Prozeßtermin: 16. Juli, 9 Uhr, Amtsgericht Gießen.

KNASTALLTAG UND KNASTGRUPPE

Im ID 286, Seite 20, gab es einen Bericht über die Zustände im Gefängnis Köln -Ossendorf. Dazu gibt es eine Ergänzung und außerdem liefern wir die fehlende Kontaktadresse nach. – Dorthin kann sich jeder wenden, der bei einer Knastgruppe im Raum Stuttgart mitmachen will.

„Ich will Euch mal kurz die Situation von Drogenabhängigen in einer U-Haftanstalt schildern:
Bevor man/frau in die eigentliche U-Haftanstalt kommt, wird man/frau erstmal in einem engen, unmenschlichen Transport/viehwagen in ein Knastkrankenhaus verfrachtet. Das geschieht wohl aus dem Grund, daß die Schließer in der eigentlichen U-

Haftanstalt keine Scherereien mit uns haben wollen. In der U-Haftanstalt dann, ist man/frau, denen ihrer Meinung nach, schon so gut wie geheilt. Damit ja keine Scherereien auftreten, kann der oder die Gefangene täglich seine Ration Distranorin empfangen. Dadurch wird versucht, die Gefangenen still zu halten und ihnen die Lust zu nehmen, ihre Situation zu verbessern oder zu ändern. Mit sochen Mitteln wird man/frau dann in eine unmenschliche Abhängigkeit vom Staat gebracht, eine Abhängigkeit, die der Staat im Allgemeinen abstreitet, indem er sagt, daß die Abhängigen selbst für ihre Situation verantwortlich wären. Von Distanorin wird man/frau süchtig und ist somit von der Willkür solcher reaktionären Schließer abhängig, hinter der unsere Justiz und der Staat stehen. Die politischen Zusammenhänge dürften somit klar sein.

Kommen wir nun zu den sozialen und un/menschlichen: Die ärztliche Versorgung ist ja eher ein Witz (zwei Minuten Untersuchungen usw.). Die Abfertigung erfolgt wie im Bahnhof oder besser noch, wie in einem KZ. Psychiche Zusammenhänge werden nicht akzeptiert. Bei uns Drogenabhängigen war es so, daß wir für unsere Situation selbst verantwortlich gemacht wurden und diskriminiert wurden und immer noch werden. Diskriminiert in dem Sinne, daß wir von Seiten der Anstaltsleitung keine Möglichkeiten bekamen, in Gruppen unsere Probleme zu besprechen, von Seiten der Ärzte keine Untersuchungen, sowie Atteste, die wir dringend brauchten, um in eine offene Therapie entlassen zu werden. Abgeschmettert wurden wir mit Sätzen wie z.B. : Drogenabhängige brauchen keine Therapie, die packen das sowieso nicht. Erst nach langwierigen Verhandlungen und Druck, durch Anwälte, Strafanzeige usw. konnten diese Unmenschen zu so einer kleinen Menschlichkeit gezwungen werden.
Was für uns, die wir jetzt draußen sind aus dieser Maschinerie der Folter und Isolation, zu tun bleibt, ist konkret in Gruppen gegen solche Unmenschlichkeiten zu kämpfen, mit allen Mitteln die uns zu Verfügung stehen. Denn draußen sind wir stärker als unsere Genossen hinter den Mauern."

Kontakt: Hans-Jürgen Richter, Schorndorfer Str. 99, 7060 Schorndorf-Weiler

DISKUSSIONEN ZUM HUNGERSTREIK

HANNOVER 3. Juli

Am Samstag, 23.6., haben auf dem Uni-Sommerfest in Hannover fast sämtliche hannoverschen linken Gruppierungen ein gemeinsames Telegramm an den baden-württembergischen Ministerpräsidenten verfaßt und abgeschickt. Es hatte folgenden Wortlaut:

„Wie uns Rechtsanwalt Frommann aus Berlin mitteilte, befindet sich Irmgard Möller in akuter Lebensgefahr. Deshalb fordern wir sofortige Haftverschonung für Irmgard Möller und Verlegung in ein ziviles Krankenhaus unter Aufsicht von Ärzten ihres Vertrauens. Wir fordern sofortige Aufhebung der Isolationshaft für alle von Isolation betroffenen Gefangenen."

Seit mehreren Monaten schon gab es in Hannover eine Belebung der Diskussion um die Gefangenen, vor allem im Zusammenhang mit dem neuen „Hochsicherheitstrakt" im Knast Celle, wo seit Ende '78 Karl-Heinz Dellwo, Heinz Herlitz und Harry Stürmer isoliert sind. Als diese drei Mitte März wegen der unerträglichen Haftbedingungen in Hungerstreik traten, gab es dazu einige Aktivitäten von Gruppen aus Hannover und Umgebung. Außer Informationsveranstaltungen und -ständen wurde z.B. ein Auto-Corso in Celle gemacht und am Oster-Sonntag störten mehrere Leute in der Kirche Celles die NDR-Übertragung des Gottesdienstes — was dazu führte, daß in der Presse erstmal überhaupt der Hungerstreik erwähnt wurde.

Nach der Erschießung Elisabeth van Dyck's und während des erneuten Hungerstreiks von zeitweise über 70 Gefangenen — regte sich sowas wie'ne spontane Betroffenheit in der linken Scene, wenn auch vermischt mit einiger Ratlosigkeit. Eine Menge von Leuten war sich jedenfalls klar darüber, daß mensch das nicht so ohne weiteres schlucken konnte. Erstmal kamen mehrere Flugblätter dabei raus und nach längerer Zeit auch mal wieder sowas wie ein gemeinsamer Nenner. Außerdem ne Diskussion, die sich nicht in Kneipengesprächen erschöpfte, sondern in einer gemeinsame Suche nach Form und Inhalt von Protest bzw. Widerstand mündete. Diese Diskussion führte schließlich am 18. Juni zu einer vorübergehenden Besetzung der juristischen Fakultät der Uni Hannover mit dem Ziel, die Nachrichtensperre zu durchbrechen. Die Besetzung wurde am 19. Juni abgebrochen — vor allem deswegen, weil bei den Beteiligten doch noch allerhand an Unklarheit über Form und Inhalt und besonders den weiteren Verlauf der Aktion sichtbar wurde. Eine Erfahrung der Aktion war daneben mal wieder, daß durch teilweise beschissene Diskussionsbeiträge und Diskussionsstil Einzelner das ursprüngliche Ziel in den Hintergrund gedrängt wurde. Dazu kam dann noch der Frust/Resignation bei dem Versuch, diesem Ziel näher zu kommen. Die geplante Pressekonferenz kam nicht zustande, weil die angesprochenen Medien die (friedliche) Besetzung einfach ignorierten. Erst nach Bemühungen einiger Anwälte brachte der NDR was über die Situation der drei Gefangenen in Celle und Ronald Augustins in Hannover — über den Hungerstreik allerdings auch nur eine Randbemerkung.

In der gleichen Woche lief noch parallel eine Frauen-Aktion, wobei in der Innenstadt ein Baum in Beton eingegossen und mit Stacheldraht umzäunt wurde. Durch diese Aktion sollte deutlich gemacht werden, wie sich Isolationshaft auf die Gefangenen in den Knästen auswirkt. Dazu wurden Flugblätter verteilt und Parolen auf das Pflaster gesprüht. Apropos „Parolen": Vor dem Fußballspiel Hertha BSC Berlin — Fortuna Düsseldorf gossen Unbekannte mit Säure o.ä. eine Inschrift in den Rasen des Niedersachsenstadions:„70 Gefangene im Hungerstreik gegen Tote Trakte". Leider kamen die Buchstaben erst nach dem Spiel zum Vorschein. Außerdem müssen aber noch eine Menge Leute unterwegs gewesen sein, um diverse Mauern und Wände zu verzieren. Drei Leute sollen dabei angehalten worden sein. Bei denen war am Montag nach der Telegramm-Verschickung die „Herren des Morgengrauens" zur Wohnungsfilze. Einem, der schon zur Arbeit war, wurde die Tür eingetreten. Vorgeblicher Grund: Ermittlungen wegen § 129a ! Nochwas zur Fakultätsbesetzung (aus „Paragraphenkotzer" = Zeitung der Jura-Studenten in Hannover):

„Während die Besetzung von Räumen der juristischen Fakultät lief, ja sogar vom Dekan explizit gebilligt wurde, war die Ruhe dennoch trügerisch: die HANOMAG (im Gebäude ist teilweise die Verwaltung von HANOMAG/MASSEY-FERGUSON untergebracht) flog aus Stuttgart einen Sicherheitsexperten ein, der seinerseits für die Einschaltung der staatlichen Behörden sorgte. Ein Lagezentrum im Innenministerium tagte, politische Polizei und Verfassungsschutz observierten und auch die Bereitschaftspolizei stand zum Eingreifen bereit. Nur das liberale Verständnis des Dekans und des Präsidenten von der Uni als Stätte der Diskussion und geistigen Auseinandersetzung konnte ein Eingreifen der Polizei verhindern (?). Allerdings hätte der Dekan uns die Entwicklung der Lage mitteilen müssen und nicht im stillen Kämmerchen entscheiden sollen.

Was war der Grund für dieses riesige Aufgebot staatlicher Macht? Hatte die Hanomag-Verwaltung Angst, daß die Besetzer das Nervenzentrum des Massey-Fergusson-Konzerns in Hannover, eine Telex-/Kommunikationzentrale, zerstören würden, oder sollte wieder einmal bewiesen werden, daß die Angst vieler, sich an einer solchen Aktion zu beteiligen, gerechtfertigt ist?
.... am Wochenende vom 22.—24.6. befand sich die Polizei in Alarmbereitschaft. Sie observierte das Fakultätsgebäude unter dem Vorwand, daß dort eine erneute Besetzung stattfinden sollte. So'n Quatsch. — Es bestanden 2 Standleitungen zwischen Polizei und dem Wach- und Schließmann, der mit einer Tränengaspistole und zeitweise durch mehrere Kollegen verstärkt wurde. Wir wissen nicht, ob die Bullen nicht auch in die Fakultät eingedrungen sind."

Zu „Klaus Croissant unbekannt" ID 288

Mit folgender Begründung ist die Weiterleitung von (u.a.) zwei Fernseh-Mitschnitten an Klaus Croissant abgelehnt worden:

Gründe:

Die Kontrolle der beiden umfangreichen Manuskripte gem. §§ 119 Abs. 3 StPO i.V.m. Nr. 30 Abs. 1 UVollzO ist wegen der sonstigen weit über dem Durchschnitt liegenden Belastung des Haftrichters durch Zensuraufgaben infolge des sehr umfangreichen Briefwechsels des Angeklagten in deutscher und französischer Sprache und den Bezug französischer Zeitungen und Zeitschriften nicht möglich. Durch die vorliegende Beschränkung wird das Informationsinteresse des Angeklagten nicht in unzumutbarer Weise eingeschränkt.

Einen Fernseher hat Klaus Croissant nicht !

die umfangreichen Manuskripte waren:

1. 27 Seiten „Bürger fragen – Politiker antworten" (Strauß in Belgien) (mühsam und sauber in Druckbuchstaben geschrieben)
2. 16 Seiten „Bonner Perspektiven" vom 4.3.79 – Umkehr- „Erleichterungen" für 129a-ler (dito)

Knastgruppentreffen

ES MUSS EIN LERNPROZESS ERFOLGEN...

BIELEFELD 4. Juli *Die Berliner Knastgruppen Wedding und „Rote Hilfe" ziehen eine Bilanz des Knastgruppentreffens, in der sie sich mit dem Hungerstreik und der Öffentlichkeitsarbeit auseinandersetzen:*

Über das Knastgruppentreffen in Bielefeld zu berichten, schien uns anfangs unmöglich zu sein. Vom Ablauf her konnten wir uns nicht an irgendwelchen Arbeitspapieren, Tagesordnungen usw. orientieren. So etwas gab es in Bielefeld nicht. Dafür gab es aber Diskussionen und Erfahrungsberichte, die, je mehr wir weiterdiskutierten, für unsere politische Arbeit an Bedeutung gewannen. Positiv, aber teilweise auch lähmend war die Tatsache, daß nur ganz wenige Gruppen ähnliche Auffassung von Knastarbeit haben. Hinzu kommt, daß in den einzelnen Städten Knastarbeit nach der jeweiligen Szene bestimmt ist. Weiterhin fiel auf, daß nur wenige Gruppen schon jahrelang arbeiteten.

Das Knastgruppentreffen in Bielefeld hat für uns im Nachhinein den Stellenwert einer konstruktiven Selbstkritik. Das zeigt sich u.a. in der Arbeitsgruppe zum Hungerstreik der 70 Gefangenen in der BRD. Erleichtert wurde uns diese Erkenntnis durch die Diskussion mit einigen Leuten, die permanent den Standpunkt vertraten, der Hungerstreik der politischen Gefangenen müsse jetzt endlich von uns unterstützt werden, da sich einige der Gefangenen in einem lebensbedrohlichen Zustand befinden. Wir fühlen uns dadurch moralisch regelrecht erpreßt. Zu dieser Auseinandersetzung jedoch später. Da einigen Teilnehmern(innen) der AG z.T. die Inhalte der Forderungen nicht klar war, diskutierten wir erstmal über die Genfer Konvention, die Anwendung der Mindestgarantiern, Integration in den Normalvollzug, sowie die Zusammenlegung zu interaktionsfähigen Gruppen. Hier zeigten sich mal wieder die grundlegend verschiedenen Standpunkte:

Zum einen: Die Zusammenlegung der politischen Gefangenen zu interaktionsfähigen Gruppen ist für sie politisch wichtig, denn nur in der Auseinandersetzung mit anderen (Gleichgesinnten) kann mann/frau sich weiterentwickeln. Außerdem ist es für sie lebensnotwendig. Alleine wird mann/frau schneller kaputt gemacht, als in einer Gruppe. (Die politische Entwicklung der RAF und ihrer Forderungen ist nachzulesen in einem Artikel von Karl Heinz Roth „Die historische Entwicklung der RAF", Arbeiterkampf 151, 2. April 1979). Wir wollen an dieser Stelle eigentlich mal versuchen unseren gegensätzlichen Standpunkt darzustellen: warum wir diesen Hungerstreik und diese Forderungen nicht unterstützen wollen.

Der Kampf drinnen und draußen kann nur dann effektiv geführt werden, wenn eine breite, möglichst einheitliche Bewegung dahinter steht. Daß dies z.Z. nicht der Fall ist, ist ja wohl kaum wegzuleugnen. Und auch durch einen Hungerstreik, der völlig isoliert von dem geführt wird, was sich draußen abspielt, ist die Bewegung nicht aus ihrem Tiefschlaf zu reißen. So ist das Pferd am falschen Ende aufgezäumt. Ein Hungerstreik oder die Unterstützung eines Hungerstreiks beinhaltet doch Forderungen, hinter denen ein Druck steht (bzw. stehen sollte). Nur dann ist die Erfüllung einer Forderung realistisch. Aber auf der Suche nach einem geeigneten Druckmittel sind wir ganz schön ins Routieren gekommen. Wir wissen nicht, wodurch wir z.Z. Druck auf die Schweine ausüben können. Bestimmt nicht durch die Europawahl. Der Standpunkt, die BRD könne in dieser Situation ein paar Tote sich nicht leisten, ist einfach lächerlich (was sich die BRD leisten kann, sieht mann/frau ja am Beispiel Stammheim).

Denen ist es scheißegal, ob im Knast eine(r) abkratzt. Die Öffentlichkeit sieht nur noch ohnmächtig zu. Mann/frau braucht sich nur den Mord an Willi Peter Stoll, Elisabeth van Dyck und den versuchten Mord an Rolf Heißler anzusehen. Früher war die Linke wenigstens noch imstande, auf solche Schweinereien zu reagieren. Heute kann sie nicht einmal mehr das. Das charakterisiert den Zustand in der Linken nur zu gut, und das wissen auch die Schweine ganz genau.

Und bei jedem Hungerstreik stehen wir vor demselben Dilemma: In Null-Komma-Nix eine Bewegung aus dem Boden stampfen zu müssen, die letztendlich unter einem moralischen Druck agiert: Die im Knast, das sind doch Genossen, die für eine gerechte Sache kämpfen und gekämpft haben, die beschissene Haftbedingungen haben, und deren Körpergewicht schon weniger als 50 kg beträgt... Und was ist damit in den letzten Jahren erreicht worden? ? ? Nämlich Nichts!!! Im Gegenteil, die Haftbedingungen sind kontinuierlich beschissener, die Gesetze verschärft worden.

Das liegt sicherlich auch daran, daß jeder Hungerstreik total uneinheitlich und chaotisch abläuft, mit einer Fülle von Forderungen, deren Zusage mit Sicherheit deswegen unrealistisch ist, weil nie eine Forderung einheitlich und konseqent gestellt wurde. Z.B. die nach Integration in den Normalvollzug.

Würden wir diese Forderung nicht unterstützen, so würden wir gleichzeitig unsere ganze Knastarbeit in Frage stellen. Warum gehen wir denn in die Knäste, diskutieren mit den Gefangenen über ihre Haftsituation, über das, was drinnen und draußen abläuft etc. Warum machen wir Öffentlichkeitsarbeit, machen Veranstaltungen in Kneipen, machen Aktionen usw.? ? ?

Weil wir der Meinung sind, daß sich Widerstand von unten entwickeln muß und nicht wie ein Hut von oben übergestülpt werden kann. Eine Weiterentwicklung kann nur in der ständigen Auseinandersetzung über die gesellschaftlichen Widersprüche stattfinden und zwar mit allen, die davon täglich und überall betroffen sind, ob am Arbeitsplatz, in Schulen, Unis oder in Knästen. Wäre dieser Kampf konsequent geführt und die Forderung nach Integration konsequent von allen im Hungerstreik befindlichen Gefangenen geführt worden, so wären wir heute sicherlich einen erheblichen Schritt weiter. Und wir halten an dieser Forderung fest und machen keine Einschränkugnen, nur weil der Feind nicht gewillt ist, unserer Forderung nachzukommen.

Wir waren uns in Bielefeld dahingehend einig, daß eine breite, wachsame, spontane und solidarische Bewegung wiederhergestellt werden muß, und wir beschlossen, den Kampf gegen Vernichtungshaft, Hochsicherheitstrakte und Knastneubauten zu intensivieren. Wir kritisierten in diesem Zusammenhang die

linken Zeitungen, z.B. die TAZ und fordern diese nun zu unzensierten Berichten in Bezug auf Knast und Hungerstreik auf. Eine Resolution zum Hungerstreik, die an amnesty international geschickt werden sollte, kam nicht zustande. Der Vorschlag einer gemeinsamen Aktion in Celle (Demonstration, Kundgebung etc.) der in diesem Zusammenhang gemacht wurde, setzt jedoch eine vorher geleistete, breite Öffentlichkeitsarbeit voraus.

Bei den Erfahrungen der einzelnen Gruppen in der AG Öffentlichkeitsarbeit machte sich die heterogene Zusammensetzung besonders deutlich. Erst nach und nach kamen wir darauf, daß wir eigentlich alle keine konkrete Konzeption unserer Öffentlichkeitsarbeit vorweisen können. Offen und ehrlich wurde über das große Problem berichtet, mit dem Thema Knast/Justiz an die Öffentlichkeit zu gehen. Die Flugblätter, Broschüren, Dokumentationen zu einzelnen Prozessen, bzw. Knastschweinereien wurde eigentlich nur so nebenbei bemerkt. Dies zeigt aber gerade auf, welche Bedeutung dieser Art von Öffentlichkeitsarbeit auch von uns beigemessen wird. In der Plenumsdiskussion entwickelte sich dann langsam eine gemeinsame Einschätzung, warum Knastarbeit (und hier auch Öffentlichkeitsarbeit) so wenig offensiv ist.

Es existiert weder im noch außerhalb des Knastes eine Knastbewegung. Vielmehr ist es so, daß sich alles, was mit Knast zu tun hat, unheimlich stark auf die „politischen" Gefangenen konzentriert hat. Diese Spaltung der Gefangenen ist ganz sicher nicht in unserem Interesse. Trotzdem wird sie von vielen Gruppen akzeptiert, bzw. gar nicht in Frage gestellt.

Den Gruppen, die die Spaltung der Gefangenen akzeptieren und weiterhin von politischen Gefangenen (im Gegensatz zu normalen, sozialen Gefangenen) reden, wurde vorgeworfen, das System von „Teile und herrsche" mitzumachen. Immerhin, so die sicherlich kurzgefaßte Gegenposition, ist das Leben dieser „politischen" Gefangenen bedroht durch eine gezielte Vernichtungsstrategie. Beide Positionen sind sich eigentlich während des ganzen Treffens nicht näher gekommen. Vielmehr war es so, daß sich durch diese kontroverse Diskussion die Gruppen näher kamen, die die Spaltung als Moment der Schwächung einschätzen.

Da unsere Gruppe diese Position vertritt, kann eigentlich nur unsere Einschätzung wiedergegeben werden. Aus der dauernd erlebten und in Bielefeld berichteten Tatsache, daß unsere Öffentlichkeitsarbeit ziemlich tot ist, weil die Linke das Thema Knast verdrängt, muß auch der Lernprozeß erfolgen, daß wir Knastgruppen zu dieser Interessenlosigkeit sehr viel beigetragen haben. Wir haben uns total auf das Thema Knast in unserer politischen Arbeit festnageln lassen (isoliert). Weiterhin haben wir uns innerhalb des Knast/Justizbereichs nur noch mit den „politischen" Häftlingen an die Öffentlichkeit gewandt.

Der Knastkampf dar sich nicht auf den Kampf gegen die Isolationshaft für „Politische" Gefangene beschränken. Wenn er das tut, ist er von vornherein unsolidarisch. Immerhin gibt es die Bunker, von denen wesentlich mehr Gefangene betroffen sind. Der Knastkampf darf sich auch nicht auf den Kampf gegen die gezielte Vernichtung von „politischen" Gefangenen beschränken. Immerhin gibt es pro Jahr eine endlose Liste von selbstgemordeten Knackis.

Unser Kampf darf sich nicht in Kampagnen zu den „politischen" Gefangenen erschöpfen, wenn wir miterleben, daß immer weniger Öffentlichkeit erreicht wird. Unser Hauptansatzpunkt muß demnach sein, unsere Einschätzung von der Absicht des Staates, mit seinen Isolationsbestrebeungen weitere Erfolge zu erzielen, öffentlich zu machen. Indem mit Millionenaufwand Hochsicherheitstrakts gebaut werden, sollen alle politischen Momente aus dem Knast rausgehalten werden. Isolationsknast und Reformknast gehören zusammen und bedingen sich. Ein weiterer Schritt, unserern isolierten Knastkampf aufzugeben, wäre der, die Isolation nicht nur im Knast zu sehen. Was ist mit der Isolation in den Wohnklos, den Lernfabriken usw. Haben wir als Knastgruppen schon jemals in größerem Umfang zu Problemen wie Atomenergie, Akkordhetze usw. Stellung bezogen und Öffentlichkeitsarbeit gemacht ? ? ? Sicherlich wird es auch in Zukunft Knastgruppen, Anti-AKW-Gruppen, Gewerkschaftsgruppen usw. geben, aber verändert werden muß, daß die jeweiligen Kämpfe isoliert und unvermittelt nebeneinander her laufen.

Bei diesen Diskussionen kam in Bielefeld zutage, daß verschiedene Knastgruppen diese Problematik ansatzweise gecheckt haben und mit ihrer praktischen Arbeit sowohl aus dem Scene- als auch aus dem Knastghetto rauszukommen. Und das war das positive Moment für uns. Jetzt nicht in hektische Aktivitäten auszubrechen, weil eine neue Einschätzung gefunden worden ist, sondern die schon lange als solche erlebten Fehler aufzugeben und nicht mehr nur Knastarbeit sondern wirklich politische Knastarbeit zu machen. Um die politischen Auseinandersetzungen und die praktische politische Arbeit (Zusammenarbeit) zu intensivieren, ist im Herbst ein weiteres nationales Knastgruppentreffen geplant.

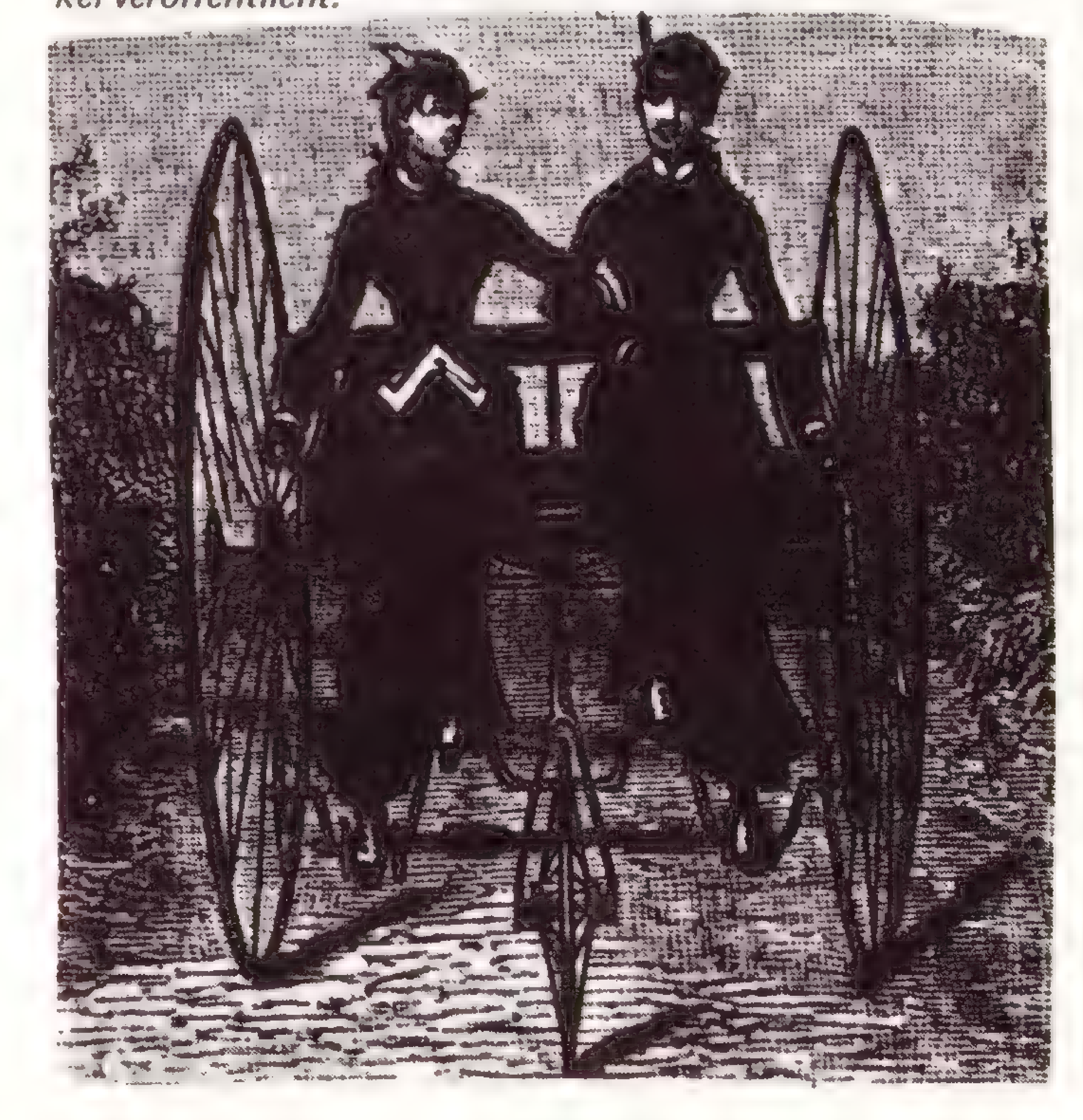
Knastgruppe Wedding, Rote Hilfe Westberlin, Mehringdamm 99, 1000 Berlin 61.

(Liebe Autoren: Schweine sind rosa Tiere, vierbeinig, sehr gescheit, die sich ab und zu wälzen, mordsstinken, und einen guten Schinken geben. Beschränkt euch doch bitte darauf, zukünftig nur solche Lebewesen als Schweine zu bezeichnen, die auch wirklich Schweine sind, nämlich rosa... usw.
Außerdem: Ich hab in eurem Manuskript die anonymen Buchstaben „HS" wieder in das verwandelt, was sie meinen, nämlich einen: HUNGERSTREIK!, d. Red./Heide.)

MIT AGNOLI UND KRIPPENDORF BEI FIAT: NOCH EINE ART ZU REISEN

BERLIN/TURIN
Juli 79

In der TAZ wird demnächst eine Artikelserie über die Italienfahrt erscheinen, so ne richtige wissenschaftliche Auswertung, dies hier ist nur son Erfahrungsbericht, der auch den desolaten Zustand der linken Studenten erkennen läßt. Wer gut, wenn Ihr es übers Herz bringen könntet und diesen Artikel veröffentlicht.



Impressionen von einer Exkursion nach Norditalien

Vor ein paar Wochen machten sich so um die 20 West-Berliner Studies des Fachbereich 15, Politische Wissenschaften, mit den allseits bekannten systemkritischen Profs. Agnoli und Krippendorf, auf nach Italien, um etwas von der revolutionären Stimmung für das allseits getrübte Gemüt, hier im kalten West–Deutschland, einzufangen. Die Fahrt wurde, wie es sich für entpolitisierte Studenten des größten politikwissenschaftlichen Instituts Europas (Otto-Suhr-Institut = OSI) ziemt, natürlich nicht gemeinsam angetreten, die Profs. im flotten Alfa, weitere hatten eine Großmutter in München oder Bekannte in Venedig, wieder andere wollten sich nicht der strapaziösen Bahnfahrt unterziehen und zogen, getreu des Massen–Individual–Tourismus, das eigene Auto vor.

In Florenz, nach ermattender Bahnfahrt, Sonntag abend angekommen, gings Montag morgen gleich richtig in die Vollen, Besichtigung einer Lumpenaufbereitungs-, Garn- und Textilherstellungsbetriebes, zwischen Bushaltestelle und Fabriktor hatten wir Einblick, in das sich bei den Kapitalisten zunehmender Beliebtheit erfreuende 'fabbrica-diffusa'-System, also Verlagerung der Großproduktion in viele kleine Produktionseinheiten in die Wohnorte der Arbeiter (auch Verlagssystem oder Heimarbeit genannt). Über 1,5 Mio. Menschen arbeiten bereits nach diesem System, aber der Kapitalismus treibt halt die dollsten Blüten, um den Menschen die Arbeit schmackhaft zu machen.

In der Fabrik gab es, nach der Besichtigung der Produktionsstätten und den nervenden Fragen "Wie funktioniert denn diese Maschine? " "Wie wird was verarbeitet? " ohne auch nur den kleinsten Produktionsarbeiter/in zu sehen, eine kleinere Diskussion mit Fabrikräten, die kaum über banale Dinge hinauskam. Anzumerken sei, daß es den Arbeitern gelungen ist, die Spaltung/Aufsplitterung der Arbeiterklasse durch die dezentralisierte Produktion wenigstens im Ansatz entgegenzusteuern, durch die Durchsetzung einer gemeinsamen zentralen Kantine, wo die notwendige Kommunikation wiederhergestellt werden kann.

Dienstag ging es weiter aufs Land , worauf nun schon viele gewartet hatten, zur Landkommune. Ja, und dies war wohl für uns Studenten eine Überraschung (Enttäuschung?), anstatt den links-intellektuellen, shit-rauchenden, Hängematten oder Kerzen produzierenden Stadtverdrossenen fanden wir eine richtige originäre Landkommune vor. Klassenkämpferische Omas und Opas, Männer und Frauen, Söhne und Töchter. Praktisch tätig, ob als Landarbeiter, Metaller oder Angestellte, die einen Kulturbund mit aufgebaut haben, der links von der PCI sich sieht und an alte Traditionen der Landarbeiter anknüpfen will (in Italien gab es richtige militante Landarbeiterkämpfe – eine Landarbeiterbewegung – deren letzter großer Kampf 1948 über 2 Monate dauerte und (leider) verloren ging).

Für mich war dieser Trip aufs Land sehr eindrucksvoll, obwohl ich schon vor dieser Fahrt einen Bauernhof mit Kühen gesehen hatte. Während des Landaufenthaltes hatten wir Gelegenheit mit dem Bürgermeister (PCI), einen klassenbewußten Lehrer, mit der Sozialarbeiterin und mit Industriearbeitern (im weitesten Sinne) zu diskutieren, wenn auch mit erheblichen Sprachschwierigkeiten verbunden (spreche kein Wort Italienisch, naja bis auf lotta continua und so – für diese Art des Reisens nicht ganz unwichtig – die Red.). Bei der abendlichen Diskussion herrschte völlige Ruhe, als Guiseppe, der Angestellte, einer der Hauptträger des Kulturbundes (von seinen Genossen liebevoll der Intelektuelle genannt) über die politische Arbeit des Bundes mit vehementer Stimme berichtete. So nahm der Kulturbund beispielsweise Stellung zum Indochina–Konflikt, mit der Intention Vietnam raus aus der VR Kambodscha, die VR China raus aus der VR Vietnam oder aber auch zu scheinbar



ganz banalen Dingen, wie der Asphaltierung der Straße. Ruhig im Raum wurde es, als er über die Ereignisse im Herbst 77 in Stuttgart–Stammheim (Ermordung der Genossen der RAF im Knast 4) erzählte, zu diesem Thema machten sie eine Flugblattaktion und eine Diskussionsveranstaltung. Wir müssen uns dies vor Augen halten, in einer Kleinstadt mit 3.500 Seelen werden Vorgänge in West–Deutschland diskutiert, die wir hier (so scheint es) noch nicht einmal wahrgenommen haben. Nach der mit Engagement vorgetragenen Rede wurde die Diskussion abgebrochen. Vorausgegangen waren Fragen nach dem Umweltschutz, Anwendung chemischer Mittel für die Bewirtschaftung des Ackers. Die Bauern wenden ein, daß sie diese benutzen müssen, um genügend produzieren zu können – konkurrenzfähig zu bleiben – ja schließlich um sich reproduzieren zu können. Für diejenigen, die dort leben sicher einsichtig, für OSI–Studenten wohl nicht. Ferner drehte sich die Diskussion um die PCI–Strategie, Anbiederung an die Klein–Mittelbourgeoisie, Erhaltung der Kleinbauern, obwohl es kaum noch welche gibt, – Strategie ohne Subjekt – naja halt PCI, die eine Restaurierung des Kapitalismus will, nicht die Abschaffung.

Nach dieser moralischen Aufrüstung auf dem Land gings weiter nach Turin, völlig ermattet, um Mitternacht im Hotel angekommen, erhielten wir eine (sicher nicht auf dem Ramsch gekaufte) Tasche der "FIAT–Gruppe" mit Informationen und dem Programm vom nächsten Tag. Total kaputt um 2.00 Uhr früh ins Bett, hieß es bereits um 7.00 Uhr früh aufstehen, da der Bus schon um 8.00 Uhr für die Fahrt zum FIAT–Werk wartete.

Im FIAT–Werk angekommen, hieß es umsteigen in einen FIAT–Kleinbus, mit diesem fuhren wir, begleitet von einer Fahrrad-Werkschutzeskorte und ständigem belanglosen Gefasel eines FIAT–Touristenführers – untermalt von Fragen, wie etwa, ob es denn den Arbeitern auch gut gehe – durch eine kleine relativ stark automatisierte FIAT–Produktionsstätte, ohne aussteigen oder gar das Fenster öffnen zu können. Dafür gibt es zwei Erklärungsversuche, die eine Erklärung ist, daß FIAT Angst hatte vor den revolutionären Berliner Studenten (dieser Versuch ist nun wirklich nicht plausibel), die zweite, wohl einleuchtende Erklärung, ist die, daß die FIAT–Arbeiter es ablehnen besichtigt zu werden, wie Affen im Zoo, und wenn dies geschieht sie einfach aufhören zu arbeiten.

Der Abfahrt der FIAT–Teststrecke – für Rallye-Freunde, Auto–Freaks sicher sehr interessant – folgte die Besichtigung des FIAT–Automuseums, woran sich ein Film (Motto: FIAR ist überall auf der Welt – Dein Freund und Helfer – kaufen Sie den, der ist besser) mit anschließender Diskussion mit FIAT–Kopfarbeitern (sicher nicht so gefährlich wie Politolo-

gen) zuständig für die 'außenwirtschaftlichen Beziehungen' und eine sehr nette, Frau, kompetent für betriebswirtschaftliche Fragen, anschließ. Fragen allgemeinerer Natur, wie etwa wieviel 'Mitarbeiter' denn im gütigen FIAT–Unternehmen beschäftigt sind, was denn (um himmelswillen) ein Arbeitsplatz kostet (arme FIAT–Gruppe — so viel), aber es gab auch richtige linke Fragen, wie es denn mit dem Handel zu Südafrika stehe, Produktionsverlagerungen in den Süden (FIAT verlagert zunehmend die Produktion in den Süden, diese Produktionsstätten werden auch 'Kathedralen in der Wüste' genannt) . . . Letztlich kam heraus, daß wir das große FIAT–Werk Mirafiori nicht besichtigen durften, da dort gerade gestreikt wird und FIAT um unsere körperliche und geistige Sicherheit fürchtet. (Vor 10 Jahren standen dort erstmals bewaffnete Streikposten . . . mein Herz schlug hoch und höher . . . für deutsche Verhältnisse wohl (noch) nicht denkbar).

Nach dem üppigen FIAT–Dinner folgte eine Diskussion mit PCI–Hochschulleuten, sicher nicht erwähnenswert . . .

Am Abend fand ein kleineres Gespräch mit Gewerkschaftern der Metallergewerkschaft FLM und FIAT–Fabrikräten (vergleichbar mit deutschen Vertrauensleuten) statt. Die Diskussionsbeiträge wurden sehr kämpferisch von den Fabrikräten vorgebracht, sie waren nicht so kaputt wie wir, obwohl sie gerade von der Schicht kamen. Interessant an diesem Gespräch waren die Berichte über die neue Gewerkschaftsführungs–Strategie (wohl im Zuge der PCI-Politik — Historischer Kompromiß — zu sehen ist) die versucht, die Lohnschere, die bei FIAT schon fast zu ist — also keine erheblichen Unterschiede im Lohn zwischen der untersten und der obersten Lohngruppe existieren — wieder auseinandergehen zu lassen. Anzumerken sei, daß die Löhne vierteljährlich den Preissteigerungen angepaßt werden, welche anhand der 'scala-mobile' (eine Art Warenkorb — wo 400 verschiedene lebensnotwendige Produkte aufgeführt sind, welche dort aufgenommen werden, wird von den Gewerkschaften mitbestimmt) ermittelt werden. So wird die Erhöhung der Zeitungspreise als Einschränkung der Informationsfreiheit angesehen. Den FIAT–Arbeitern gelingt es durch Streiks an produktionswichtigen Stellen /Zweigen die Arbeitsplätze von mehreren Zehntausend Arbeitern lahmzulegen. Streiks bei FIAT haben oft Signalwirkungen für andere Sektoren der Industrie.

Zum Schluß soll nun kein Resümee gezogen werden; Kritik, die kommen mußte, ist — so hoffe ich — an den einzelnen Punkten zum Vorschein gekommen. Vielleicht nur so viel: für mich war der Einblick in die landwirtschaftliche–, Klein-, Mittel- und Großindustrie-Produktion (mal abgesehen von der 'fabbrica diffusa') nicht neu, vielleicht im Gegensatz zu manch anderen, die noch nie ne Kuh oder nen Arbeiter gesehen haben (Scheiß Anmacherei). Interessant sicherlich die Arbeit des Kulturbundes (wenn auch diese nicht überbewertet werden darf). Das Essen war immer hervorragend, die italienische Landschaft (nicht nur die) wird mehr und mehr durch die Industrie versaut, die Städte kreisen das Land ein. . .
Nun, ich frag mich, was wir als OSI–Studenten den kämpferischen Metallern oder Landarbeitern berichten/vorzeigen würden, wenn diese, zu uns, in das uns selbst so fremde OSI kommen würden.

CHILE: DER WIDERSTAND WÄCHST

Frankfurt
24. Juni

Die folgenden Erklärungen sind Auszüge aus einem Brief des MIR, der als Antwort auf einen Artikel „Counter Insurgency in Chile" (ID 282) vom 19. Mai geschrieben worden ist. Am Anfang des Briefes wird dieser Artikel kritisiert, der, nach Meinung des MIR, den Leser verwirrt, da er den Stand der Klassenkämpfe heute in Chile nicht zum Ausdruck bringt. Die Genossen des MIR gehen dann auf die Brutalität und den Sinn des Putsches ein (niederschlagung der Arbeiterbewegung) und das Ziel der Strategie der „Counter Insurgency", die als politisch-militärischer Komplex die Volkskämpfe stoppen soll. Wir haben diesen Teil des Briefes nicht veröffentlicht, da wir hoffen, daß die Leser noch soweit über Chile informiert sind.

„. . . Wenn auch die Politik der „Counter Insurgency" zunächst ihre Ziele erreichte, vergingen nur wenige Jahre, bis die Volksmassen in Lateinamerika mit ihrem neuen „Fluß" die Früchte der bourgeoisen Lösung der Krise infrage zu stellen begannen. Heute zeigen weder das wirtschaftliche System, noch das politische Fähigkeiten, den Kämpfen auf ökonomischen und politischem Gebiet Einhalt zu gebieten.
Zu behaupten, „daß in Chile mit dem Abklingen der offenen Repression eine Phase der „Counter Insurgency begonnen hat", (ID), heißt, die lateinamerikanischen Realitäten zu verkennen. Mehr noch, als eben diese Counter Insurgency sich als Herrschaftsmodell in Lateinamerika erschöpft hat, was eben genau darauf zurückzuführen ist, daß der ersehnte „soziale Friede" nicht erreicht wurde. Es reicht heute schon, mit ein wenig Gewissenhaftigkeit Mittelamerika zu untersuchen, Nicaragua, El Salvador, Honduras, und auf einer ähnlichen Ebene Chile, Peru, usw. um festzustellen, daß sich eine neue Ebene des Klassenkampfes eröffnet hat, charakterisiert durch das Scheitern der „Counter Insurgency" und durch die ansteigende Wiederbelebung der Massenbewegung. Das Scheitern der Counter Insurgency und die Erneuerung der Massenbewegung geben auch für Chile heute den politischen Rahmen.



Einmal mehr hat der Klassenkampf seine Dialektik gezeigt: die Entscheidung des MIR und der Revolutionäre, in Chile zu bleiben (bzw. zurückzukehren) und Seite an Seite mit dem Volk zu kämpfen, die Aufgaben seines geordneten Rückzuges zu übernehmen, die Neuorganisierung der Massenbewegung, selbst der Gefahr des Verlustes des Lebens der Genossen, waren ein wichtiger Faktor, der die Erholung der Massenbewegung mitbewirken konnte und heute sehen wir mit eigenen Augen, daß die Reorganisierung der Massenbewegung neue Bedingungen für die Revolutionäre in Chile in ihrem Kampf schafft, die Schaffung

eines geographisch-politischen Spielraums (nicht befreites Gebiet!), in dem sich die Revolutionäre bewegen können, ohne Behinderungen und vor der Repression gedeckt und mit verbesserten Bedingungen, der Repressionsgewalt entgegentreten. Dies hat die Gegenwart des MIR und anderern Organisationen der Linken innerhalb der Massenbeweung erweitert. Die Führung und der Einfluß der chilenischen Linken in der Bewegung können von der Diktatur nicht mehr geleugnet werden. Ausdruck dessen ist die Volksdemonstration vom 1. Mai gewesen, die von der Gesamtheit der Linken getragen wurde und der eine breite Propagandakampagne vorausging. Die Ergebnisse liegen auf der Hand: die größte Manifestation dieser letzten 6 Jahre unter der Diktatur, trotz Verhaftung aktiver Gewerkschaftsführer, ihren Verhören usw. Auf diese Weise definiert der Stand des Klassenkampfes in Chile selber die Aufgaben der Revolutionäre. Der MIR und der Widerstand wachsen, vergrößern die Anwesenheit in allen Bereichen des Kampfes, legal, halblegal und im Untergrund, ohne auch nur auf eine Kampfform zu verzichten, die der Schaffung des Sozialrevolutionären Blockes nützen könnte, um die Diktatur zu stürzen, und so politisch-militärische Kräfte sammelt. Von daher stellt die Formdes bewaffneten Kampfes für den MIR ein wichtiges Instrument im Kampf gegen die Dikatatur dar. Der MIR beharrt darauf, daß es heute nötig und möglich ist, die bewaffnete Propaganda zu entwickeln.

Wegen der hohen Kosten und der Wichtigkeit können wir es nicht hinnehmen, wenn man mit „den Zweifeln" argumentiert, die nicht mal ihr eigener Autor, die chilenische Diktatur, aufrechterhalten kann (wenn man spanisch lesen kann und bisweilen mal chilenische Presseerzeugnisse zur Hand nimmt). Die „Zweifel an der linken Herkunft der Bombenanschläge; sowohl von ihrer Durchführung als auch von ihren Zielobjekten" wurden anfangs von der Diktatur selber genährt, weil eine Anerkennung dieser Aktivitäten des Widerstandes bedeutet hätte, ihre eigene Theorie der Vernichtung der Revolutionäre zu widerlegen. Heute, wo die Ereignisse dazu zwingen, sind es nationale und internationale Faktoren, die selbst Interesse am Sturz der Diktatur haben, die die „Zweifel" hegen und eine Version in Umlauf setzen, nach denen die Diktatur die Bomben legt (auf den Chef des Mercurio-Juntablattes, oder in die Jugendzentrale der Junta? !?) und nicht der Widerstand, und somit jenen Faktoren zuhilfe eilen, die mit der Version hausieren gehen, die Revolutionäre seien vernichtet und zu solchen Aktionen nicht fähig.

. . . Es geht darum, den wahren Gehalt dieser Aktionen zu verbreiten und die Notwendigkeit und Möglichkeit und ihre Unterschiede zum Terrorismus, den die chilenischen Revolutionäre ebensowenig gutheißen. Es handelt sich um die Erklärung, nicht jedoch darum, einen Terrorismus zu verteidigen, der eine „bodenlose Willkürlichkeit" mit nationalen „Ursachen" darstellt. In Chile gibt es bewaffnete Aktionen, von der Linken vorgetragen, als Recht des Volkes, ohne etwas mit Terrorismus zu tun zu haben. Nicaragua ist in usnerem Bewußtsein immer zugegen, Nicaragua lehrt uns, wohin die Diktaturen gelangen, wenn sie Gewaltpositionen in Komplizenschaft mit dem Imperialismus aufrechterhalten. Dem NAPALM können die lateinamerikanischen Revolutionäre nicht allein Reden entgegensetzen. Das Leben des Volkes verteidigt man alleine mit der Niederschlagung seiner Aggressoren.

Der Widerstand wird siegen!

HEUCHELEI STATT SOLIDARITÄT

Zur Stellungnahme der ID-Auslandsgruppe zu dem „Kriegsbericht" einer deutschen Genossin aus Nicaragua.

OFFENBACH
10. Juli

Ich finde eure Kritik peinlich. Ums vorweg zu nehmen, ich interpretiere sie als Rationalisierung eurer Scham, — und das sollte mensch euch noch zugute halten —, die ihr empfindet, angesichts der praktischen Solidarität dieser Genossin, die von „Betroffenheit" wie ihr nicht bloß redet, sondern offensichtlich tatsächlich so betroffen ist, daß sie in Nicaragua Kopf und Kragen riskiert. Um den Widerspruch zwischen eurem ausgelatschten Reden von Betroffenheit, Wut, Trauer, Hoffnung etc. — und wie diese Erkennungsvokabeln der „scene" alle heißen — und eurem bloßen (Zitat ID) „Drang aus unserer Zuschauerrolle heraus zu wollen um praktische Solidarität zu üben" euch nicht als Scham zu Bewußtsein kommen zu lassen, müßt ihr der Genossin, die doch wohl praktisch solidarisch ist, eine Diskrepanz ihrer verwerflichen Motive zu ihrem legitimen Handeln unterstellen. Denn (Zitat ID) „die Legitimation für den Befreiungskampf in Nicaragua wird wohl niemand bestreiten". Dies geht wie gesagt nicht ohne Unterstellung.

Ihr behauptet, sie sei leidenschaftlich engagiert für die Befriedigung, am Krieg teilnehmen zu können. Sie spricht davon, daß Krieg grausam ist, daß mensch keine andere Wahl hat, was ja wohl heißt, daß ihr die Nöte und Leiden des Volkes egal sind, sie der Faszination des „Kriegsspiels" erlegen ist. Sie spricht von vielen Einzelnen und gerade nicht von dem (Zitat ID) „Volk als abstraktem Begriff". Oder meint ihr, der 16jährige David, der Flippi Roberto, die lieben und religiösen Daniel und Deyton, der schöne und intellektuelle Patrizio, die compagnera Raquel von denen sie spricht, haben dadurch, daß sie sich den Sandinistas angeschlossen haben, aufgehört „Volk" zu sein. Die Sandinistas und (Zitat ID) „die Soldatin der Weltrevolution" als volksfremde Söldnertruppen? Doch wohl kaum. Ihr schreibt, „zu Somoza kann sie nur sagen, daß die Geschichte ihn als einen blutrünstigen Diktator kennt. Warum nur die abstrakte Geschichte? Was hat sie von Somozas Terrorregime selbst kennengelernt, oder von ihren „compagneros" erfahren. Was will sie im Bürgerkrieg von Nicaragua? „Da die Genossin keine Auskunft über ihre subjektiven Erfahrungen mit Somozas Terrorregime gibt, entspringt ihr Engagement wohl nicht „echter Betroffenheit", kämpft sie wohl nur für einen abstrakten „gerechten Krieg" und muß sich von euch fragen lassen, was sie dann in Nicaragua zu suchen hat. Sie wäre dann wohl besser in Frankfurt geblieben, wie die Genossen der ID-Auslandsgruppe, die zwar nur (Zitat ID) „den Drang ... zur praktischen Solidarität fühlen", dafür aber (Zitat ID) „heiß über Nicaragua diskutiert haben" und in dem so sympathisch offenen Aussprechen ihrer „Ängste", „Hoffnungen" und „Zweifel", ihre, wenn auch nur verbale moralische Integrität genießen. Oder wie Hegel über diesen deutschen Typus des moralischen Menschen schreibt: „Es ist die Heuchelei, die das Urteilen für wirkliche Tat genommen wissen will und statt durch Handlungen durch das Aussprechen vortrefflicher Gesinnungen die Rechtschaffenheit beweist."

Für euch kann die Entschlossenheit mit der diese Genossin mit dem nicaraguanischen Volk gegen die Diktatur und für dessen Freiheit kämpft nur faschistoide Heroisierung des „Kampfes als inneres Erlebnis" a la Ernst Jünger bedeuten. Daß dieser Kampf die Möglichkeit des Sterbens mit einschließt, kann für das distanzierte Publikum nur „Todessehnsucht" und nicht das Festhalten an dem Willen zur Freiheit trotz Somozas Bombardements bedeuten. „Die Logik der Parole ‚Freiheit oder Tod' ist den Unterdrückten aufgezwungen und nur sie befolgend können sie sie brechen." (Sartre)

P.S.: Zur Nicaragua-Demonstration letzte Woche in Frankfurt kamen etwa 200 Leute. Beschämend, eine Woche nach ‚Rock gegen Rechts' und angesichts der Tatsache, daß die Demonstration durch Bockenheim ging, wo linke Wohngemeinschaften nicht gerade spärlich sind. Die Linken haben wie die Bürger verschämt hervorgelunst oder gerade in der „Tagesschau' mit viel Betroffenheit Somozas Völkermord zur Kenntnis genommen.

Unterbliebene Geschichte

DUKE OF YORK ERSCHIESST ZWEI SEINER SOLDATEN

BRIGHTON 12. Juni 1795 General der britischen Armee, Duke (Herzog) of York siegt über Oxfordshire Militia . . . . Nachdem britische Soldaten in Newhaven Getreide an die Bevölkerung verteilt hatten (die Preise waren in den vergangenen Monaten so angestiegen, daß man kaum mehr zum Essen kam), hatte der General mit größter Wirksamkeit die Disziplin wiederhergestellt und zwei angebliche Rädelsführer – Seargent Henry Cooke und den Gefreiten Henry Parish – auf einem Hügel in Brighton in Anwesenheit von 10.000 Soldaten erschießen lassen. Vier andere Soldaten wurden nur zu 350 Peitschenhieben verurteilt. Danach konnten die übriggebliebenen Soldaten den Hügel wieder heruntersteigen.

Der Duke of York ging in die Geschichte ein mit einem Lied: "Oh, the merry Duke of York
he had 10.000 men,
he marched them up to the top of the hill,
he marched them down again!"

Aber von den zwei Soldaten war bis jetzt kaum die Rede. Bitte weitergeben an Wolf Biermann, der das Lied vom Duke of York auch schon gesungen hat.

Max Watts

Mehr über die 'Revolte der Soldaten' ("The soldiers Revolt") von: Spokesman Press, Bertrand Russell House, Gamble Street, Nottingham NG7 4ET, England

"DÄMLICHER MASSENTOURIST"?

WIESBADEN 7. Juli *Noch eine kurze Ergänzung zu Christians Marokko–Artikel und den beiden Leserbriefen.*

Meso und Christel haben die Sachprobleme bestimmt richtig erkannt, waren aber wohl nicht so wütend und böse wie ich (vielleicht ist das eine bessere Grundlage für eine sachliche Auseinandersetzung). Aber ehrlich, wer die Leute bei Massa erlebt hat, wie sie in einer Affenhitze LKW's per Schaufel beladen, der kann nicht mehr vom "goldenen Sand" faseln! Neben allen sachlichen Unrichtigkeiten (wer verwechselt heute schon freiwillig Öl mit Phosphat?) bleibt wirklich ein bitterer Nachgeschmack.

Z.B. hat ein so "dämlicher Massentourist" aus Münster in seiner Heimat mal 'ne Brillensamlung veranstaltet. Die etwa 6000 Brillen wurden an das marokkanische Rote Kreuz (Halbmond) weitergegeben und waren sofort verteilt worden. Ein so "aufgeklärter" Typ wie Euer Autor würde natürlich nie auf solche Ideen kommen, da es ja ein "schwarzes Pulver" gibt. Mich kotzt dieses "erhaben sein" über die Niederungen des Massentourismus bei Christian an, solange er nichts besser macht.

Beim Herausziehen des Busses durch "50 stoned Marokkaner" sind diese zivilisationssüchtigen (plastikbehandschuht, Chemikalien verwendend) Frauen natürlich auch nur im Weg (ich wette, sie haben gerade seinen Scheiss weggespült, weil er als der "Kopf" gerade verhandelte) kreischen und werden nicht gefragt. In diesem Punkt hat sich Christian auf Marokko eingestellt. Ist halt' ne Männergesellschaft, nicht?

Die politischen und sozialen Gegebenheiten hat Cristian weder durchschaut, was bei drei Wochen Aufenthalt entschuldbar ist, noch empfunden, was nicht mehr entschuldbar ist. Da muß schon ganz schön stoned sein, um die alltägliche Repression, den Polizeistaat, die Truppenbewegungen Richtung Tan Tan und Foum el Hassane nicht mehr mitzukriegen.

Mit solidarischem Gruß

BUNTER HERBST IN GELSENKIRCHEN!

Der Buchladen "Trotz alledem" will im Herbst Veranstaltungen (Diskussionen, Lesungen uggl.) machen. Wir suchen dafür Autoren und Verlage, die daran Interesse haben. Jeder, der'ne Tour in den Ruhrpott plant oder Lust hat, auch so mal hierher zu kommen, soll sich bitte melden.

Buchladen "Trotz alledem" Grillostr. 41, 4650 Gelsenkirchen, Tel. 0209/84403 ab 13 Uhr

Wiesbaden Solidaritätsfest für Nicaragua

findet am 18. Juli auf dem Nero-Berg in Wiesbaden statt. Anfangen tuts um 19 Uhr. Spielen werden die Gruppen Freispiel, Brotlos, Duo Cravo u.a.. Informationsstände und Suff im Ausschank sind vorhanden. Der Eintritt ist 3 Mark, zu Spenden wird aufgerufen. Der Erlös geht halbe-halbe ans Rote Kreuz und an die Sandinistas. Die Veranstalter sind Peter und Paul Wolterstorff aus Bingen.

ERSTES CLENZER OPEN AIR

am 20., 21., 22. Juli, Beginn am Freitag um 18 Uhr, Eintritt frei. Es spielen Good Food, Nepomuk. Votum u.v.a.
Kontakt: H. Dajonk, Starre 1 a, 3133 Schnega



Pforzheim Kinderhungerstreik

Kinder und Jugendliche wollen Mitte bis Ende Juli in der Pforzheimer Innenstadt einen Hungerstreik machen: für die Rechte der Kinder, Zärtlichkeit, für freie Wohnungswahl, für den Auszug aus dem Elternhaus ohne Repression.
Dazu haben sie eine Broschüre verfaßt, die sie, weil sie Geld brauchen, an Leute mit Geld für ein bis zwei Mark verkaufen wollen. Leute, die selbst kein Geld haben, zahlen 50 bis 70 Pfennige.

Kontakt: Peter Laudenbach, Glockenwiesenstr. 5, 7534 Birkenfeld (Tel. 07231/47108)

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX

ID Nr. 290 | Nummer des Abos | bez. bis ID Nr. | Exempl.

Informationsdienst
Postfach 900 343
6000 Frankfurt 90

Achtung liebe Abonnenten!
Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, hei daß baldigst Geld auf unser Postscheckkonto 5252 28-602 übe werden muß, um den ID auch weiterhin wöchentlich zu erhalt
KEIN GELD AUF'M KONTO – KEIN ID IM KASTEN!

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. 'Zurhabenahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nichtausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

VERLÄNGERT EUER ABONNEMENT BEVOR IHR IN DIE FERIEN ABDÜST!

Warum? Warum nur, Warum?
Lest mal die Hausmitteilung auf Seite 1!

Abonnement: Bei Bestellung bitte Stichworte angeben: Neuabo, Verlängerung oder Adresswechsel. Außerdem die genaue Anschrift (und die Abonummer). Bitte deutlich auf die Einzahlungsabschnitte schreiben. Für ein Abonnement bitten wir um Vorauskasse von DM 18.- für ein Vierteljahr, DM 36.- für ein halbes, DM 72.- für ein ganzes Jahr **Postscheckkonto 52 52 28 - 602**